

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 4. Dezember 2014

Prot.-Nr. 35

Jugendmotion «Save the Provi»/Beantwortung

Im September wurde eine Jugendmotion mit folgendem Wortlaut eingereicht:



Jugendmotion (gestützt auf Art. 16, Abs. 2 der Oltnen Gemeindeordnung)

Save the Provi – Wir wollen das Provisorium 8 beibehalten!

Der Oltnen Stadtrat beabsichtigt, die Beiträge an das Provisorium 8 aus Spargründen ersatzlos zu streichen. Für die Stadt Olten würde dies eine vollumfängliche Abschaffung der Jugendarbeit und damit ein noch schlechteres Image bedeuten. Eine Ära, die bereits mit der „Färbi“ begonnen hat, wäre zu Ende.

Das Provisorium 8 ermöglicht Jugendlichen die eigenständige Realisierung von Ideen, fördert die Eigenverantwortung, unterstützt sie in diversen Freizeitgestaltungsmöglichkeiten, berät sie persönlich in verschiedensten Lebenslagen und gibt ihnen einen Platz, um sich entfalten zu können. Der Erfolg dieses Konzepts war und ist enorm.

All dies soll auf einen Schlag verschwinden. Die Jugendlichen sind schockiert ab einer solchen Verständnislosigkeit des Stadtrats und spüren keine Wertschätzung mehr für die Anliegen der Jugend. Es darf nicht sein, dass ein dermassen grosses Bedürfnis einfach ignoriert wird! Deshalb fordern die Unterzeichnenden die Stadt Olten zu folgendem auf:

Das Provisorium 8 darf nicht geschlossen werden. Es soll in seiner jetzigen Form weitergeführt werden. Die Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt Olten und dem Provisorium 8 muss ab 2015 weiter verlängert werden und ein entsprechender Betrag soll ins Budget 2015 aufgenommen werden!

Stadtpräsident Martin Wey beantwortet die Jugendmotion im Namen des Stadtrates wie folgt:

1. Ausgangslage

Aktuell wird das Provisorium 8 seit 2010 – 2013 und auch 2014 gemäss einer Leistungsvereinbarung zwischen der Einwohnergemeinde Olten vertreten durch die Direktion Bildung und Sport und dem Verein JugendKulturHaus Färbi betreffend des Betriebs des Jugendhauses gestützt auf das durch das Gemeindeparlament genehmigte Budget unterstützt. Die beiden Parteien führten jeweils halbjährlich ein Standortgespräch.

Die Stadt entgelt die Leistungen des Verein mit einem jährlichen Betriebsbeitrag in der Höhe von CHF 262'000.-, welche jeweils bis spätestens am 31. Januar, 30. April, 31. Juli und 30. Oktober in vier Tranchen ausbezahlt wird. In diesem Betrag ist die Miete zu Gunsten der Liegenschaftsverwaltung der Einwohnergemeinde Olten in der Höhe von ca. CHF 85'000.- inklusive. Der Verein hat zudem die Möglichkeit, seine Mitarbeitenden bei der städtischen Pensionskasse zu versichern, was aktuell der Fall ist.

Der Verein bezweckt den Betrieb eines JugendKulturHauses, bietet Jugendlichen Freiräume an und setzt sich für die Förderung von Initiative und verantwortlichem Handeln ein.

Die Leistungen umfassen offene Jugendarbeit für alle während 14 Stunden pro Woche (Jugendtreff) und an 205 Tagen im Jahr sowie Angebote/Projekte für Jugendliche. Die Angebote und Projekte sowie Veranstaltungen richten sich nach den Bedürfnissen der Jugendlichen. Während den Sommerferien wird jeweils das Sommerkafi organisiert.

2. Erwägungen

Aufgrund der finanziellen Situation der Stadt Olten wurde der Verein anlässlich der Standortgespräche vom 04.12.2013 sowie 14.03.2014 über die aktuelle Situation informiert. In der ersten Sitzung wurde angesprochen, dass die Leistungsfelder des Vereins transparenter zu definieren und mit Kosten zu beziffern seien. Wichtig seien auch Vorschläge für ein neues Konzept, ein Leitbild oder eine Vision und eine entsprechende Strategie.

In der zweiten Sitzung brachte der Verein seine Überlegungen ein. Der Verein hat folgende Kernkompetenzen: Ausdruckraum für Jugendliche (Eventraum), Treffraum ist Anlaufstelle für Jugendliche, individuelle Entwicklungen (Musik, Kunst, Foto, Billard etc) sowie die Begleitung von Jugendlichen (Lehrstellenbewerbungen, Bewerbungsgespräche etc.). Die neue zusätzliche Ausrichtung könnte die aufsuchende Jugendarbeit sein. Provisorium 8 würde an die Treffpunkte gehen, wo sich die Jugendlichen treffen.

Für das Jahr 2014 wurde der Betriebsbeitrag schlussendlich verlängert. Nach den runden Tischen hat der Stadtrat, insbesondere aufgrund der aktuellen finanziellen Situation beschlossen, die Leistungsvereinbarung per 31.12.2014 zu kündigen.

Aufgrund der in der Zwischenzeit geführten Gespräche mit Vertretern der Institution und Rückmeldungen aus der Bevölkerung, erachtet der Stadtrat eine Unterstützung durch die Einwohnergemeinde als angezeigt, wenn auch mit einem neuen, noch zu erarbeitenden Konzept und tieferen Kosten. Der Inhalt der neuen Leistungsvereinbarung ab 2016 wird sich im Wesentlichen danach richten, welcher Betrag im Budget aufgenommen wird.

Für das Jahr 2015 soll die bisherige Leistungsvereinbarung verlängert und im Budget ein reduzierter Betrag von CHF 242'000.- aufgenommen werden.

Gestützt auf vorstehende Ausführungen, beantragt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, die Jugendmotion zu überweisen und als erfüllt abzuschreiben.

Simon Gomm: Ich bin im Komitee „Save the Provi“, das wir gegründet haben, nachdem wir Mitte 2014 die ersatzlose Streichung des Jugendkulturhauses Provisorium 8 mitbekommen haben, das einzige Jugendkulturhaus und somit auch die einzige Stelle für Jugendarbeit in diesem Ausmass in der Stadt Olten. Das hat bei uns relativ schnell grosse Wellen geschlagen und wir haben dementsprechend auch die Formierung eines Komitees recht schnell angeführt. Sie war Vertreter von verschiedenen Kulturinstitutionen, Kulturvereinen, Kulturschaffenden selber, Jungparteien von links bis Mitte rechts möchte ich sagen und natürlich der Jugendlichen selber. Das Ziel, das dort klar formuliert wurde, war, dass wir wollen, dass das Provisorium 8 bestehen bleibt, laut dem Motionstext, der eigentlich allen vorliegt. Wir haben nachher die Jugendmotion am 19. September 2014 mit 1'220 Unterzeichnenden eingereicht. Gleichzeitig haben wir auch Informationsarbeit wie zum Beispiel den Tag der offenen Tür für Gemeinderat und Stadtrat gemacht, an den Ihr alle eingeladen wart, wo wir die Räumlichkeiten des Provisoriums etwas vorgestellt haben. Es sind nicht so viele gekommen. Deshalb möchte ich hier noch einmal kurz vorstellen, was das Jugendkulturhaus Provisorium überhaupt ist. Das ist das neue Jugendkulturhaus, das einen neuen Standort der alten Färberei hat, die nachher in die Rötzmatt umgezogen ist, heute aber nicht mehr unter diesem Vereinsnamen bekannt ist, sondern eben das Jugendkulturhaus Provisorium 8. Das ist auch der Verein. Es sind Bandräume, ein Malatelier, ein Fotolabor, ein Tanzraum, ein Treffbereich – sie sind beide multifunktional einsetzbar – auf drei Stockwerken. Wir haben eine Küche, einen Billardraum und im Erdgeschoss einen Eventraum. Natürlich ist das Provisorium 8 mehr als nur das. Man kann sagen, dass es nicht nur die Räume. Was das Provisorium 8 ermöglicht ist auch, was wir in die Motionsunterlagen geschrieben haben. Es ermöglicht den Jugendlichen eine eigenständige Realisierung der Ideen. Wir fördern dort die Eigenverantwortung, unterstützen sie in diversen Freizeitmöglichkeiten, betreuen sie persönlich. Das ist auch wichtig. In einer solchen Lebenslage eines Jugendlichen gibt es viele Unschlüssigkeiten, was man weiter machen will. Wir helfen ihnen. Auf diesem Lebensweg unterstützen wir sie, wenn es darum geht, ob man jetzt eine Bewerbung oder irgendetwas schreiben will. Es geht darum, dass sie dort den Platz haben, um sich zu entfalten. Das bieten wir. Wir sind eine ergänzende Leistung zum klassischen Bildungsbereich. Das muss man auch so sagen. Aber eine ergänzende Leistung, wo wir finden, sie ist wichtig und wird auch wahrgenommen. Bei uns gibt es keinen Tag, an dem niemand vorbei kommt und irgendeine Leistung von uns entgegennimmt. Auf der anderen Seite haben wir auch in der Öffentlichkeit Projekte, die man jedes Jahr von uns sieht. Das ist das Sommercafé mit der integrierten 1. August-Feier, das wir auch in diesem Jahr hatten. Das war vom Provisorium 8 organisiert. Dann haben wir immer die Schulfestdisco, die am Schulfest stattfindet, die auch jetzt wieder in den Vorbereitungen, in den Startlöchern ist. Dann haben wir Sachen wie die Mädchenwoche. Wir haben eine Graffiti-Wand aufgebaut, wo man sprayen kann, damit dies dort und nicht anderswo passiert. Es klappt nicht immer, wie man sieht, aber grösstenteils doch. Ich möchte nur kurz etwas zu den Besucherzahlen sagen. Ich habe relativ viele Dokumente. Es tut mir leid, dass ich mich immer wieder umdrehe. Bei den Besucherzahlen sind wir gesamthaft 2013 bei 14'000. Das ist eine recht beachtliche Anzahl, was man hier sieht für welches Geld, das wir erhalten, dass wir doch 14'000 Personen erreichen können, die unsere Konzerte besuchen, sonstige niederschwellige Beratungen entgegennehmen und auch sonst ihre Projekte realisieren wollen, bei Hausaufgabenhilfe, teilweise wenn sie Probleme haben zu uns kommen und wir ihnen dort Unterstützung geben können. Ich glaube, wichtig ist auch, dass man die harten Facts halt auch etwas erläutert. 2014 waren wir ja in den Gesprächen einer neuen Leistungsvereinbarung, damit sie 2015 gelten wird. Das ist nicht zustande gekommen, weil eben dort diese Streichung dazwischen gefunkt hat. Wir waren 2014 jetzt in einer provisorischen Situation, passend zum Namen, aber es ist so, und hatten jedoch von 2013 aus noch eine verlängerte Leistungsvereinbarung für 2014 mit dem Ziel, dass man 2015 eine neue hat. Das wird jetzt nicht umgesetzt werden können. Aber wir hatten am 16. Juli Gespräche mit der Stadt über ein neues Konzept, das wir ausgearbeitet und dem Stadtrat vorgelegt haben. Auch dort ist das Ziel, dass es auf eine neue Leistungsvereinbarung ins 2016 hinein hinausführt. Wenn man dies etwas erläutern kann und ich glaube, auch Stadtpräsident Martin Wey kann dort nachher auch noch ergänzende Auskünfte geben. Der Betriebsleiter René Hermann und die Co-Präsidentin des Vereins sind auch anwesend. Man kann uns nachher fragen. Ich führe es noch etwas weiter aus. Wir haben auch Auslastungen,

wenn man bei den Zahlen bleibt, des Eventraums oder auch sonstige Projekte, die wir hatten. Das waren 70, zusammengefasst 2013. Das heisst, es ist jedes Wochenende oder jede Woche etwas gelaufen, wenn nicht sogar zwei Sachen. Es ist eine beachtliche Auslastung. Wir haben dies alles mit 150 Stellenprozenten gemacht, obwohl wir eigentlich auch dort strukturell schon Überstunden leisten, die wir uns nicht verrechnen. Das ist das Eine, dass der Betrag schon jetzt nicht deckend ist. Wir subventionieren uns mit diesem Geld jetzt schon quer. Von unseren Einkünften, was wir an Mieteinnahmen aus dem Eventraum haben, wenn wir externe Veranstaltungen, was die Mieten sind, weil wir einfach auch mit dem Geld, das wir jetzt schon haben, was seit der Färbi mit dem operativen Budget eigentlich gleich geblieben ist. Wenn man auch dort die Zahlen sehen will. Neu jetzt. Wir waren vorher mit Fr. 262'000.— im Budget. Jetzt mit dem neuen Antrag, der mit dieser Motion heute Abend besprochen oder bestimmt wird, sind es Fr. 242'000.—, also eine Kürzung von Fr. 20'000.—. Von diesen Fr. 242'000.— sind Fr. 91'000.— Nebenkosten und Mieten, die bei uns gleich wieder weggehen, also sind wir bei einem operativen Budget von ca. Fr. 160'000.— und Fr. 170'000.—. Das war gleichbleibend wie es auch die Färbi bereits erhalten hatte, die kleiner war und wo wir heute bedeutend mehr an Räumlichkeiten anbieten können, was die Jugendlichen machen können. Ich möchte nur etwas auf die Kritik zurückgehen, die es gab, als es zum Beispiel bei einer unserer Stellen nachher einen Abgang gab und sie nicht mehr ausgeschrieben wurde. Es ist genau aus dem Grund nicht mehr passiert, weil wir 2014 in einem Provisorium waren und keine Planungssicherheit hatten. Deshalb ist diese Stelle zum Beispiel nicht ausgeschrieben worden. Das macht in meinen Augen auch Sinn, weil man nicht eine Stelle anbieten, wo es nachher eventuell nach drei Monaten wieder heisst: Du musst gehen. Ich möchte eigentlich jetzt nicht mehr viele Worte darüber verlieren. Auf der einen Seite möchte ich einfach als erstes dem Parlament einmal danken, das auch in der ersten Hälfte dieses Jahres dem Stadtrat den Auftrag gegeben hat, dass man Neuverhandlungen wird machen sollen. Dadurch sind wir jetzt mit diesem Vorschlag hier und wir finden, dass wir 2015 mit einer verlängerten Leistungsvereinbarung und Fr. 20'000.— Streichung, wie es jetzt vorgeschlagen ist, noch so durchkommen. Wir müssen uns noch mehr mit Quersubventionierungen auseinandersetzen und noch mehr auf Sponsoring gehen, damit wir überhaupt die laufenden Ausgaben irgendwie decken können. Ich möchte einfach nur sagen: Das sind unsere Sparbemühungen. Die Fr. 20'000.— treffen noch mehr, weil wir vorher einfach auch schon auf dem Zahnfleisch gefahren sind und auch vorgängige Bemerkungen, die es gab, irgendwie von wegen man ist nicht sicher, ob es im nächsten Jahr eine Leistungsvereinbarung gibt oder nicht: Es gibt sie. Noch einmal: Die verlängerte, die wir in diesem Jahr hatten, wird noch einmal mit Einsparungen von Fr. 20'000.— verlängert. Ihr werdet keine Katze im Sack kaufen. Ich glaube, für die Jugendkultur in Olten ist es relativ wichtig, dass dieses Haus erhalten bleibt, und für mich wäre es eine ernüchternde Feststellung, falls man jetzt wirklich das einzige Jugendkulturhaus und den einzigen Knotenpunkt der Jugendarbeit in Olten streichen möchte, gerade weil wir mit der neuen Leistungsvereinbarung, die wir 2016 anstreben, dass das Provisorium die Synergien nutzen kann und damit nachher das Provisorium 8 zu einer Art Drehscheibe in der Jugendarbeit wird. Ich glaube, es ist heute Abend doch ein grundsätzlicher Entscheid, ob man jetzt Jugendarbeit und Jugendkultur befürwortet oder nicht. Es gibt entweder nur ein Ja oder eine ersatzlose Streichung. Ich finde, für eine Stadt mit einem der ältesten Jugendkulturhäuser in der ganzen Schweiz wäre es doch schön, wenn man dies behalten würde. Ich bitte deshalb den Gemeinderat, dass er der Beantwortung des Stadtrates folgt, mit einer verlängerten Leistungsvereinbarung für 2015 auf der Basis von 2010 bis 2013 mit einer Kürzung von Fr. 20'000.—. Merci.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Zuerst möchte ich dem Sprecher der Jugendmotion für das engagierte Votum herzlich danken. Es ist eine Jugendmotion. Motion hat etwas mit Bewegung und Emotionen zu tun und das hat dies auch deutlich dargelegt. Die ganze Geschichte möchte ich nicht wieder aufrollen. Der Stadtrat hat sich weiter entwickelt und auch mehrfach in der Öffentlichkeit zu dieser Diskussion, die wir intern geführt haben, geäußert. Deshalb gebe ich nicht noch einmal die gleiche Erklärung. Sie wird nicht besser. Ich muss aber gleichwohl sagen, dass das Provisorium, wie es jetzt auch dargelegt ist und insbesondere wie wir auch die Beantwortung geschrieben hat, auf einem absolut stabilen Stand ist, dass auch, wenn man in diesem Sinne eine Leistungsvereinbarung verlängert hat,

dies nichts mit provisorischem Charakter zu tun hat, sondern dass ein sehr stabiler Bereich ist. Was wir auch festgestellt haben – das vielleicht eine allgemeine Vorbemerkung – dass weil die Färbi eigentlich seit sie besteht und das war ein harter Kampf, auch als diese Institution eingeführt wurde, in einem politisch ruhigen Gewässer fahren konnte. Es wurde gute Arbeit gemacht und eine eigentliche Jugendpolitik ist in unserer Stadt gar nie geführt worden. Mit der Kündigung dieser Vereinbarung und der Diskussion befasst sich die Stadt Olten politisch mit Jugendarbeit befassen und das ist auch gut so. Mir war auch wichtig, dass man mit dem Nachreichen der erarbeiteten Konzeption von 2016 auch darlegen kann, dass hier tatsächlich schon Überlegungen gemacht werden, auch von Seiten des Provisoriums selber, dass der Stadtrat dies zur Kenntnis genommen hat und dies die Grundlage für die weitere Entwicklung dieses Projekts sein soll, wo wir uns noch verschiedene weitere Vernetzungen mit der Jugendarbeit als solche auf dem Platz Olten vorstellen können. Wir sind ja im Moment nicht in einer Budgetdebatte oder sind noch nicht drin. Es sind sozusagen die Vorhallen dazu. Deshalb bitte ich Euch, die Motion im Sinne des Stadtrates zu überweisen und dem Jugendhaus in diesem Sinne auch eine Zukunft zu garantieren.

Anna Engeler, Fraktion Grüne: Wir waren etwas ratlos, als wir die Beantwortung des Stadtrats dieser Jugendmotion gesehen haben. Auf der einen Seite entspricht der Stadtrat der Forderung vollumfänglich, das Jugendhaus wieder ins Budget aufzunehmen und das freut uns sehr. Auf der anderen Seite entsteht etwas der Eindruck, dass in Sachen Provisorium 8 seit der Überweisung der Motion nichts gelaufen ist und der Entwicklung, die es im Budget gegeben hat, nicht Rechnung getragen wurde. Es stimmt zwar, dass wir heute nur die Jugendmotion Provi 8 behandeln und die einzig eine Verlängerung der bestehenden Leistungsvereinbarung und eine Wiederaufnahme ins Budget fordert. Es ist allerdings angesichts der angespannten Finanzlage illusorisch zu glauben, dass man einen so hohen Betrag von Fr. 242'000.— einfach wieder ins Budget aufnimmt, völlig getrennt von einer neuen Leistungsvereinbarung. Dass es eine solche braucht, war eigentlich schon bei der Überweisung von allen Seiten unbestritten. Wenn man die Antwort des Stadtrats liest, könnte man meinen, dass das Provi 8 seit der letzten Diskussion keine Anstrengungen mehr unternommen hat. Dass dies nicht so ist, haben wir erst den zusätzlichen Unterlagen, die auf Initiative des Provi 8 selber verteilt wurden, entnehmen können. Hier sehen wir, dass dem Stadtrat seit dem Juli ein umfassendes neues Konzept für die Jugendarbeit 2015 vorliegt. Aus unserer Sicht wäre dies mehr als genug Zeit gewesen, um auf dieser Basis eine neue Leistungsvereinbarung für Januar 2015 zu erarbeiten. Wir hätten jetzt in dieser Diskussion auch gerne vom Stadtrat erfahren, wie er das neue Konzept denn beurteilt, weil die letzte Leistungsvereinbarung ja anscheinend nicht mehr zeitgemäss war. Was hält er denn jetzt von diesem neuen Konzept? Wir wissen es nicht. Auch die Idee, die der Stadtrat hier einbringt, dass man eine Projektgruppe gründet, andere Institutionen, die eine gewisse Art von Jugendarbeit in der Stadt leisten, dass sie näher zusammenarbeiten, finden wir sehr gut und wird vom Provisorium 8 auch sehr positiv aufgegriffen. Sie sind für eine solche Vernetzung mehr als offen und wir wissen, wir müssen alle möglichen Synergien nutzen, die wir finden können. Uns beschleicht etwas das ungute Gefühl, dass man uns diese Informationen vorenthalten hat, damit wir diesen Betrag stärker in Frage stellen. Das neue Konzept schärft den Begriff der offenen Jugendarbeit weiter. Er war bereits in der alten Leistungsvereinbarung enthalten. Es konkretisiert diesen Begriff und es wird aber auch um den Aspekt der aufsuchenden Jugendarbeit ergänzt. Das war eine explizite Forderung des Stadtrats, die im neuen Konzept erfüllt wird. Das Konzept zeigt deutlich auf, dass das Provi 8 eben nicht nur ein Raum ist, sondern ganz viele zusätzliche Aufgaben übernimmt. Man sieht in den Zahlen, die mitgeliefert werden, dass im Provi 8 allein im Jahr 2013 über 600 niederschwellige Beratungen durchgeführt wurden. Genau solche Beratungen ermöglichen zum Beispiel den Berufseinstieg für Jugendliche, die es nicht so einfach haben, was wieder einen Einfluss auf die Gesamtgesellschaft hat. Was uns im Konzeptpapier noch etwas fehlt und was sicher Teil einer Leistungsvereinbarung sein muss, ist das sogenannte ZDF, Zahlen, Daten, Fakten. Wenn wir einen Budgetbetrag in dieser Höhe sprechen, erwarten wir, dass wir auch gewisse messbare Grössen in einer Leistungsvereinbarung haben. Zum Beispiel wie viele zusätzliche Jugendliche will man mit dieser aufsuchenden Jugendarbeit dann erreichen? Wir finden, man muss sich dort zumindest gewisse Zielgrössen setzen. Aufgrund dieser Überlegungen werden wir dem Stadtrat folgen und der Wiederaufnahme des

Budgetbeitrags zustimmen. Wir knüpfen aber gewisse Erwartungen an diese Zustimmung. Wir sind der Meinung, dass man weiter als die Forderungen der Jugendmotion gehen muss und eine neue neue Leistungsvereinbarung auf der Basis dieses sehr guten Konzepts so schnell wie möglich und nicht erst 2016 unterzeichnen muss. Idealerweise müsste man dies im ersten Quartal 2015 tun. Wenn wir eine neue Leistungsvereinbarung erst ab 2016 haben, werden wir nämlich im nächsten Jahr wieder am genau gleichen Punkt wie jetzt stehen und es besteht wieder die Gefahr, dass das Provi 8 einer neuen Sparrunde zum Opfer fällt. Wir brauchen eine neue Bewertungsgrundlage für die Oltnen Jugendarbeit und auf Basis dieses Konzepts haben wir die ideale Ausgangslage, um diese zu schaffen. Wir werden den Antrag der SVP auf Streichung von weiteren Fr. 20'000.— ablehnen. Wir haben ein gewisses Verständnis in Anbetracht der Vorgeschichte dieses Geschäfts, dass man nicht ohne eine neue Leistungsvereinbarung einen so hohen Betrag sprechen will. Wir beurteilen aber das neue Konzept sehr positiv und dort haben wir eine deutliche Leistungserweiterung, die eben zum Beispiel auch die Verknüpfung der Stadtseiten aufzeigt. Wenn man jetzt eine weitere empfindliche Streichung dieser Fr. 20'000.— befürwortet, werden genau so positive Ansätze wieder im Keim erstickt. Wir haben mit diesem Konzept mehr Leistung für weniger Geld, als bis jetzt gesprochen wurde. Wir werden deshalb den Antrag des Stadtrats unterstützen, die Fr. 242'000.— im Budget zu belassen. Wir werden aber die Motion explizit nicht abschreiben, weil wir erwarten, dass man hier noch einen Schritt weiter geht.

Matthias Borner, SVP-Fraktion: Ich bin mir jetzt nicht sicher, ob ich meinen Antrag zum Budget jetzt stellen muss oder nicht, weil in dieser Motion ganz eindeutig steht, dass man den Betrag belassen muss. „Das Provisorium darf nicht geschlossen werden. Es soll in der jetzigen Form weiter geführt werden. Die Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt Olten und dem Provisorium muss ab 2015 weiter verlängert werden und ein entsprechender Betrag soll ins Budget 2015 aufgenommen werden“.

Parlamentspräsident Marcel Steffen: Nein, Du musst dies nicht jetzt stellen, weil der Betrag ja im Budget enthalten und Ihr habt dort einen Abänderungsantrag drin. Dieser Betrag ist so, wie er hier steht, erfüllt abzuschreiben und ist bereits im Budget enthalten. Den Antrag musst Du erst im Budget stellen.

Matthias Borner: Ich muss dem Motionär widersprechen. Ich kann ihm sagen, dass es auch in unseren Reihen durchaus Fürsprecher des Provisoriums gibt. Von daher muss ich dieses Feindbild vielleicht etwas abbauen. Wir sehen ein, dass es Jugendarbeit in gewissem Mass braucht. Wir haben einfach gewisse Differenzen, in welcher Form dies sein muss. Weitere Ausführungen werden aber beim Budget folgen. Entschuldigung für die Störung.

Wolfgang von Arx, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Wir haben eine Jugendmotion, die unsere Fraktion überweisen und auch zugleich abschreiben will, so wie es der Stadtrat empfiehlt. Wir haben die Leistungen sehr ausführlich gehört, was die Jugendarbeit in diesem Provisorium 8 macht. Ich möchte sie hier nicht wiederholen. Wir hatten aber Nina Müller und sie konnte uns sehr engagiert aufzeigen, dass wir hier, wenn wir wirklich das Ganze streichen würden, das Bad mit dem Kind ausschütten würden. Das breite Angebot, die engagierten Jugendlichen und auch die gute Infrastruktur, die sie heute dort haben, gilt es weiterhin zu unterhalten und zu betreiben. Auch hier sind die Stellenprozente nicht ganz ausgefüllt, wie dies bereits gesagt wurde. Für uns ist auch wichtig, dass die Leistungsvereinbarung, wenn wir dieses Geld jetzt wieder sprechen, kommt. Es ist uns auch versichert worden, dass es nicht möglich war, auch vom Provi 8 aus, die Leistungsvereinbarung in dieser Zeit auf den Tisch legen zu können. Wir wollen dies aber deswegen nicht abschreiben. Wir sind überzeugt, dass der Stadtrat und die entsprechende Projektgruppe die Leistungsvereinbarung mit dem Provi 8 zustande bringt. Gleichwohl aber zur Transparenz: Wir haben heute die Fr. 242'000.— drin. Die CVP/EVP/GLP-Fraktion unterstützt aber auch zusätzlich den Antrag von Matthias Borner für eine weitere Kürzung um Fr. 20'000.—. Wir sind der Meinung, auch mit diesem Geld könne man im kommenden Jahr einen ganz grossen Teil dieser Leistungen erbringen. Vielleicht muss man dann auch darüber diskutieren, ob es wirklich alle Räumlichkeiten braucht und die Fr. 91'000.—, die vorher

genannt wurden, wirklich so fix seien. In diesem Sinne beantragen wir Überweisung und Abschreibung.

Luisa Jakob: Ich halte mich sehr, sehr kurz. Ich glaube, inhaltlich ist es eigentlich alles gesagt worden. Die wichtige Arbeit des Provisoriums 8 ist betont worden. Auch wir als Fraktion SP/Junge SP anerkennen die wichtige Arbeit. Wir finden auch, dass die geforderte Transparenz geschaffen wurde. Man hat ein klares und gutes Konzept vorgelegt. Aber auch wir schliessen uns dahingehend den Voten der VorrednerInnen an, dass es gut ist, wenn es wieder eine neue Leistungsvereinbarung gibt, dass sie auch bald folgen soll, werden aber in diesem Sinne dem Antrag des Stadtrats folgen.

Beschluss

Einstimmig wird die Jugendmotion überwiesen.

Beschluss

Mit 32 : 15 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird die Jugendmotion abgeschrieben.

Mitteilung an:
Direktion Bildung und Sport/Herr Ueli Kleiner
Rechtskonsulent/Herr Patrik Stadler
Geschäftskontrolle

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 4. Dezember 2014

Prot.-Nr. 36

Jugendmotion «Skatepark 4600 Olten»/Beantwortung

Im September wurde eine Motion mit folgendem Wortlaut eingereicht:

Jugendmotion (gestützt auf Art. 16, Abs. 2 der Oltnier Gemeindeordnung)

„Skatepark 4600 Olten“ – Ein weiteres Jugendprojekt soll für immer geschlossen werden!

Der Oltnier Stadtrat beabsichtigt, die Beiträge an den „Skatepark 4600 Olten“ ersatzlos zu streichen. Für die Stadt Olten wäre dies eine weitere Abschaffung eines Projektes von Jungen Menschen für Junge Menschen. Im Jahr 2000 hat das Jugendparlament der Stadt mittels Motion den Auftrag erteilt, den Bau einer Skate- und Trendsporthalle in Olten umzusetzen. Seit 11 Jahren wird nun ein provisorischer Betrieb geführt. Mit der Schliessung verschwindet ein schweizweit bekannter Skatepark und somit ein positives Image von Olten von der Bildfläche.

Der Oltnier Skatepark ist vollständig entworfen, berechnet, gestaltet und aufgebaut durch das Jugendprojekt «von Skatern für Skater». Es wurden nur Module verwendet, welche den Bedürfnissen der „heutigen“ Skater und Trendsportlern entsprechen. Kinder, Jugendliche und Erwachsene frönen gemeinsam ihren Sport. Der Skatepark ist ein Ort, in welchem neben freiwilligem hartem Training, kulturelle Unterschiede und Altersschränken abgebaut werden. Der enorm Erfolg dieses Konzeptes fand in der ganzen Schweiz Beachtung. All dies soll jetzt zu Ende sein und ein weiterer Ort der „Sportstadt“ Olten würde für Jugendliche für immer geschlossen. Deshalb fordern die Unterzeichnenden die Stadt Olten zu folgendem auf:

Der „Skatepark 4600 Olten“ darf nicht geschlossen werden. Die Jugend darf in ihrer Bewegungsfreiheit nicht noch weiter eingeschränkt werden. Die Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt Olten und dem „Skatepark 4600 Olten“ muss ab 2015 weiter verlängert werden und ein entsprechender Betrag soll ins Budget 2015 aufgenommen werden!

Stadtpräsident Martin Wey beantwortet die Jugendmotion im Namen des Stadtrates wie folgt:

1. Ausgangslage

Aktuell wird die Trendsportanlage seit 2010 – 2013 und auch 2014 gemäss einer Leistungsvereinbarung zwischen der Einwohnergemeinde Olten vertreten durch die Direktion Bildung und Sport und der Aspinall Design GmbH betreffend des Betriebs der Trendsportanlage auf dem Aussenfeld der Sportpark Olten AG gestützt auf das durch das Gemeindeparlament genehmigte Budget unterstützt. Die beiden Parteien führten jeweils halbjährlich ein Standortgespräch.

Die Stadt entgelt die Leistungen der Aspinall Design GmbH mit einem jährlichen Betriebsbeitrag in der Höhe von CHF 33'000.-, welche jeweils bis spätestens 30. Juni und 30. November in zwei Tranchen ausbezahlt wurden.

Die Miete des Aussenfeldes kostet seit 2013 CHF 15'000.- zu Gunsten der Sportpark Olten AG. Vorher konnte ein Investitionsbeitrag zur Sanierung des Aussenfeldes in Verrechnung gebracht werden.

Der Betrieb der Trendsportanlage dauert von ca. Mitte April bis ca. Mitte September (Beginn und Ende sind abhängig von der Eissportbetriebssaison). Die Sportpark Olten AG stellt bisher keine WC-Anlagen und weitere Garderoben zur Verfügung. Das öffentliche WC an der Sportstrasse kann mit Hilfe eines Schlüssels genutzt werden.

Der Vorstand des Vereins Rollbrätbuebe, bestehend aus Lee Aspinall, Mike Wullschlegel und Jörg Kägi, arbeitet ehrenamtlich.

Zur Jahresrechnung der Aspinall Design GmbH

Die Ausgaben setzen sich primär aus folgenden Positionen zusammen: Löhne ca. CHF 22'000–24'000.-, gesetzliche Abgaben (AHV, ALV, etc.) ca. CHF 2'000.-, Material für den Bauchef ca. CHF 1'000.-, dazu kommen Versicherungen für die Angestellten, Module/Skatelemente und den Betrieb, welche anteilmässig zusammen ca. CHF 3'600.- ausmachen, der Treuhänder, Steuern etc. sind anteilmässig ca. CHF 2'500.- und Spesen, Material, Druckkosten, AVOR etc. ca. CHF 500.-.

Zur Jahresrechnung des Vereins Rollbrätbuebe Olte

Die Ausgaben setzen sich primär aus folgenden Positionen zusammen: Einkauf Kiosk CHF 1'900.-, GV CHF 1'600.-, Instandhaltungskosten CHF 1'300.-, Transportkosten CHF 1'000.-, sowie weiteren Ausgaben, total CHF 8'790.-. Die Einnahmen bestehen aus dem Erlös Kiosk CHF 4'800.-, Verkauf Vereinsskateboards CHF 2'800.-, Skateevents CHF 1'800.-, Mitgliederbeiträgen CHF 1'800.- sowie weiteren Einnahmen, total CHF 10'745.-. Aktuell bestehen noch Schulden von CHF 5'000.- bei der Aspinall Design GmbH. Bei einer definitiven Schliessung der Skateranlage könnten die bereits auf CHF 0.- abgeschriebenen Module noch verkauft werden. Für die Entsorgung könnte eine Lösung mit der Stadt Olten bzw. dem Werkhof diskutiert werden.

Die Trendsportanlage hatte in den letzten 11 Jahren durchschnittlich ca. 680 Besucher während der Saison, nicht eingerechnet sind die Personen, welche gratis reinkommen aufgrund der Mithilfe beim Aufbau, Betrieb und Abbau der Anlage. Von den Besuchern sind durchschnittlich 65% aus Olten.

Öffnungszeiten:

Dienstag ab 19 bis 21.30 Uhr für Vereinsmitglieder plus 1 Kollege,

Mittwoch ab 14 bis 21.30 Uhr,

Freitag ab 17 bis 21.30 Uhr,

Samstag ab 14 Uhr bis 19 Uhr,

Sonntag ab 14 bis 18 Uhr.

2. Erwägungen

Aufgrund der finanziellen Situation der Stadt Olten wurde der Verein anlässlich der Standortgespräche vom 12.12.2013 sowie 21.03.2014 über die aktuelle Situation informiert.

Diskutiert wurden die seit 2010 eingebrochenen Besucherzahlen, die kürzere Saison und die Tatsache, dass es keine Inlineskater mehr gibt. Auch der Standort bzw. ein neues Trendsportanlagenkonzept wurde diskutiert. Für das Jahr 2014 wurde der Betriebsbeitrag schlussendlich verlängert.

Nach den runden Tischen hat der Stadtrat aufgrund vorstehender Erwägungen beschlossen, die Leistungsvereinbarung per 31.12.2014 zu kündigen.

Aufgrund der in der Zwischenzeit geführten Gespräche mit Vertretern der Institution und Rückmeldungen aus der Bevölkerung, erachtet der Stadtrat eine weitere Unterstützung durch die Einwohnergemeinde als nicht angezeigt. Bei dieser Gelegenheit hält der Stadtrat jedoch fest, dass in diesem Bereich wertvolle Arbeit zu Gunsten der Jugend geleistet wurde. Der finanzielle Aufwand steht aber in einem ungünstigen Verhältnis zum Nutzen, den wenigen Besuchern, welche die Trendsportanlage pro Saison benutzen.

Gestützt auf die vorstehenden Erwägungen, beantragt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, die Jugendmotion abzulehnen.

Lee Aspinall: Schön, dass ich einmal hier sein durfte. Das ist das Eine. Wir sind Trendsportler. Wir sind laut. Wir sind wild. Wir sind schräg. Als wir vor vierzehn Jahren angefangen haben und die Idee für eine Trendsporthalle hatten, waren die meisten noch gar nicht hier. Die meisten hatten noch mehr Haare und ich hatte noch eine andere Haarfarbe, nicht grau. Wir sind immer noch da. Die ersten Jahre waren sehr chaotisch. Aber nichts desto trotz: Wir haben etwas aufgebaut, etwas zusammen aufgebaut, etwas gemacht. Wir haben eine Struktur hinein gebracht. Merci auch der Schuldirektion. Sie haben uns immer unterstützt. Heutzutage sieht es ganz anders aus. Wir haben zwar etwas weniger Leute. Es sieht etwas weniger aus. Aber wir haben schlussendlich in den letzten elf Jahren fast 15'000 Personen durchgebracht. Olten ist in der Schweiz bekannt geworden. Auch dank uns. Nicht nur Eisenbahnstadt, sondern Trendsportanlage Olten, 4600, kennt man in der ganzen Schweiz. Wir haben drei Junioren-Europameister. Sie kommen aus Olten. Hat dies jemand gewusst? Die meisten waren noch gar nie bei uns oben. Die meisten haben diese Halle noch nie gesehen. Weil Ihr diese Halle nie gesehen habt und noch nie dort wart, könnt Ihr ja gar nicht beurteilen, was dort alles gelaufen ist. Wir haben sehr viele Problemkinder, die bei uns sind. Sie machen aber bei uns keine Probleme, weil wir eine Struktur aufgebaut haben, ein Götti-System. Jeder muss für den anderen arbeiten. Jeder muss aufräumen. Jeder muss helfen. Viele Lehrer kommen jeweils und fragen: Wie macht Ihr dies? Wir haben dies aufgebaut. Wir müssen aufeinander schauen, gegenseitiges Verständnis. Dieser Sport funktioniert nur, wenn man gegenseitiges Verständnis hat. Wenn man hinfällt, muss man einander helfen, wieder aufzustehen. Man muss schauen, dass jeder einen Platz hat, um durchzufahren. Wir haben an einem Samstag zum Teil bis zu 100 Personen. Wart Ihr einmal dort oben auf dem Aussenfeld? Es ist nicht einmal ein ganzes Feld. Es sind ja nur zwei Drittel. Für die Eishockeyspieler. Da muss man schauen, dass man aneinander vorbei kommt. Genau so ist es gegangen. Man musste schauen, dass man aneinander vorbei kommt. Jetzt stehen wir heute da. Man hat uns eigentlich etwas unserer Heimat beraubt. Man hat dies weggenommen. Wir wissen eigentlich, dass wir ersatzlos gestrichen sind. Es wird keine Skaterhalle mehr geben. Wir können dies akzeptieren. Wir werden unserer Heimat beraubt. Das ist leider so. Aber nichts desto trotz: Es geht gleichwohl weiter. Jetzt hat es geheissen: Ja, weisst Du, die Zahlen sinken, die Zahlen sinken. Es wird immer schlimmer. Aber Olten ist im Trend halt einfach zwei, drei Jahre im Rückstand. Das ist einfach so. Jetzt schießen diese Trendsportanlagen aus dem Boden wie nur etwas. Sihl Zürich: 1,8 Millionen für eine Trendsportanlage. Warum? Standortmarketing. Sie wollen, dass die Leute dorthin kommen, dass in den neuen Siedlungen, die in der Sihl entstanden sind, die Kinder etwas zu tun haben. Dass es eben nicht wieder Lärm gibt. Wir sind weg vom Geschoss. Wir sind dort in der Eisbahn oben. Dort hört uns niemand. Denkt einfach daran: Diese Kinder sind nachher in der Stadt. Die Brettchen machen Lärm. Dann habt Ihr wieder die ganze Zeit überall diese Lärmaktionen. Das, dieses und jenes ist nicht gut. Dort hatten wir einen Platz. Es war ruhig und wir waren alle geordnet und gesittet dort. Die Kinder haben diese Hallen alle selber aufgebaut, jedes Jahr wieder aufs Neue aufgebaut. Wenn Ihr einmal gesehen habt, wie Holz aussieht, nachdem es ein Jahr lang draussen lag, und sie es von Hand mit dem Papier geschliffen haben. Sie wissen nachher, was sie dort gemacht haben. Sonst kann jeder gerne einmal helfen kommen, wenn wir dies machen. Deshalb: Ich weiss, dass unsere Zahlen schlecht aussehen. Aber auf der anderen Seite muss ich sagen: Fr. 45'000.— für ein halbes

Jahr ist verdammt nicht viel, dafür dass viele Kinder eine Heimat haben, ihr Taschengeld jeden Monat, jeden Mittag zusammenkratzen, um die Fr. 2.— Eintritt zu zahlen, die sie haben. Es ist nämlich für jeden erschwinglich. Es kostet nicht Fr. 8.—, wie die Badi. Ich wäre froh, wenn Ihr den Kindern weiterhin eine Heimat geben würdet. Nicht für mich, aber für sie. Ich bin zu alt. Aber sie möchten dies gerne.

Renata Pfeiler: Wir, die Fraktion der SP/Jungen SP haben grosse Sympathien für diese Jugendmotion. Deshalb werden wir sie unterstützen. Das wirklich tolle Jugendprojekt leistet seit elf Jahren einen Beitrag an die Attraktivität unserer Stadt. Genau solche innovative Freizeitmöglichkeiten machen unsere Stadt lebens- und liebenswert. So etwas sollte wirklich nicht tot gespart werden. Es gibt keine kulturellen Unterschiede, wie wir gehört haben. Auch finanziell Schwächere können diese Sportart ausüben. Vieles vereint skaten: Freude, Ehrgeiz, Disziplin, Gemeinschaft, Erfolgserlebnisse, Kreativität. Eigenschaften, die gelebt werden, gestärkt werden und zum Teil auch entwickelt werden können. Fähigkeiten, die auch neben dem Skaten zum Tragen kommen und das Leben auf verschiedene Weisen bereichern. Will die Stadt Olten wirklich diese Möglichkeit unterbinden? Die Stadt Olten, die sich gerne Sportstadt Olten nenn, also eine Stadt, die sich Sport und Bewegung auf die Fahne schreibt? Wir wollen keine Schlafstadt und machen daher beliebt, die Motion zu unterstützen. Danke vielmals.

Dieter Ulrich: Es geht mir eigentlich weniger als das Projekt. Da hat unsere Fraktionssprecherin schon gesagt, was unsere Haltung ist. Ich hätte einfach die Kritik anbringen wollen, dass die Beantwortung des Stadtrats so spät gekommen ist. Ich weiss nicht, ob die Tatsache, dass sich jetzt keine anderen Fraktionssprecher geäußert haben, damit verbunden ist, dass dieses Geschäft vielleicht in den ordentlichen Fraktionssitzungen nicht behandelt werden konnte. Ich finde, wir sollten die Unterlagen jeweils schon vor unseren Fraktionssitzungen haben, damit man dies diskutieren kann und nicht, dass man sich im Nachhinein abstimmen muss. Dies einfach noch als Hinweis.

Felix Wettstein: Wir hatten noch Gelegenheit an einer Fraktionssitzung zwischen der Verteilung der Unterlagen. Aber ich gebe Dir recht, Dieter Ulrich. Das hätte eigentlich früher möglich sein müssen. Ich möchte einfach noch zwei Gedanken hineinbringen. Das Eine ist, dass es diese Trendsportanlage geben soll und weiterhin geben könnte. Das Andere ist, dass sich die Stadt finanziell engagiert. Mir scheint, dass dies ein deutliches Beispiel ist, was wir meinen, wenn wir sagen, wir haben in der Stadt verschiedene Brachen, die sich für Zwischennutzungen anbieten. Vielleicht werde ich eines Besseren belehrt. Aber meines Wissens ist es nicht so entscheidend, dass man ein Dach über diesen Geräten hat, vor allem im Sommer nicht. Im Winter haben wir aber Eis. Von daher meine ich, dass es unter freiem Himmel möglich ist. Das ist der eine Gedanke. Das Andere ist, dass ich überzeugt bin, dass dies eine attraktive Form für Crowdfunding ist. Ich wäre auch dabei, wenn ich zum Crowd gezählt würde. Ich glaube auch, dass hier eine Möglichkeit einer Dynamik drin ist, dass dies jetzt wirklich auf Leute, die bereit sind, so etwas möglich zu machen und mitzutragen, abgestützt werden kann. Wenn sie etwas Geld geben, fangen sie an, sich etwas genauer dafür zu interessieren. Hier rede ich auch aus Erfahrung. Deshalb würde ich dies auseinander nehmen. Ich stimme dem Vorschlag des Stadtrats zu und bin bereit, meinen Anteil beizutragen, wenn es halt eine Fortsetzung ohne städtische Gelder gibt.

Beschluss

Mit 25 : 17 Stimmen bei 6 Enthaltungen wird die Jugendmotion überwiesen.

Parlamentspräsident Marcel Steffen: Somit wäre dies der erste Betrag, der neu wieder im Budget ist. Das ist für Urs Tanner, damit er gleich mitrechnen kann.

Mitteilung an:
Direktion Bildung und Sport/Herr Ueli Kleiner
Rechtskonsulent/Herr Patrik Stadler
Geschäftskontrolle

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 4. Dezember 2014

Prot.-Nr. 37

Vorschlag („Volksmotion“) „ANDAARE JETZT!“/Beantwortung

Der Vorschlag („Volksmotion“) „ANDAARE JETZT!“ wurde mit 169 gültigen Unterschriften am 8. April 2013 zuhanden der Parlamentssitzung vom 23. Mai 2013 eingereicht:

„Die Unterzeichnenden verlangen vom Stadtrat Olten, dass die Projektierungsarbeiten zum Projekt Andaare umgehend wieder aufgenommen werden und dass die dazu notwendigen Mittel gemäss bewilligtem Budget 2013 zur Verfügung stehen.“

- - - - -

Stadtpräsident Martin Wey beantwortet im Namen des Stadtrates den Vorstoss wie folgt:

Ausgangslage

Am 23. Oktober 2011 genehmigten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Stadt Olten den Kredit über 25,2 Mio. CHF für die Realisation des Projekts Andaare in der Variante mit Aaresteg. Gemäss damaliger Investitions- und Finanzplanung sollte die Gesamtbauphase über die Investitionsperioden 2011-2017 und 2018-2024 verteilt werden. Dem entsprechend waren im Finanz- und Investitionsplan 2013-2019 total 15,0 Mio. CHF und im Budget 2013 ein Planungs- und Ausführungskredit über CHF 0,5 Mio. mit Baubeginn am Ländiweg ab Herbst 2013 vorgesehen gewesen. Die Ausführung der Bausteine Schwanenmätteli, Wildsauplatz und Bahnhofterrasse wären nach den damaligen Plänen ab 2015, der Fussgängersteg ab 2016 in Angriff genommen worden.

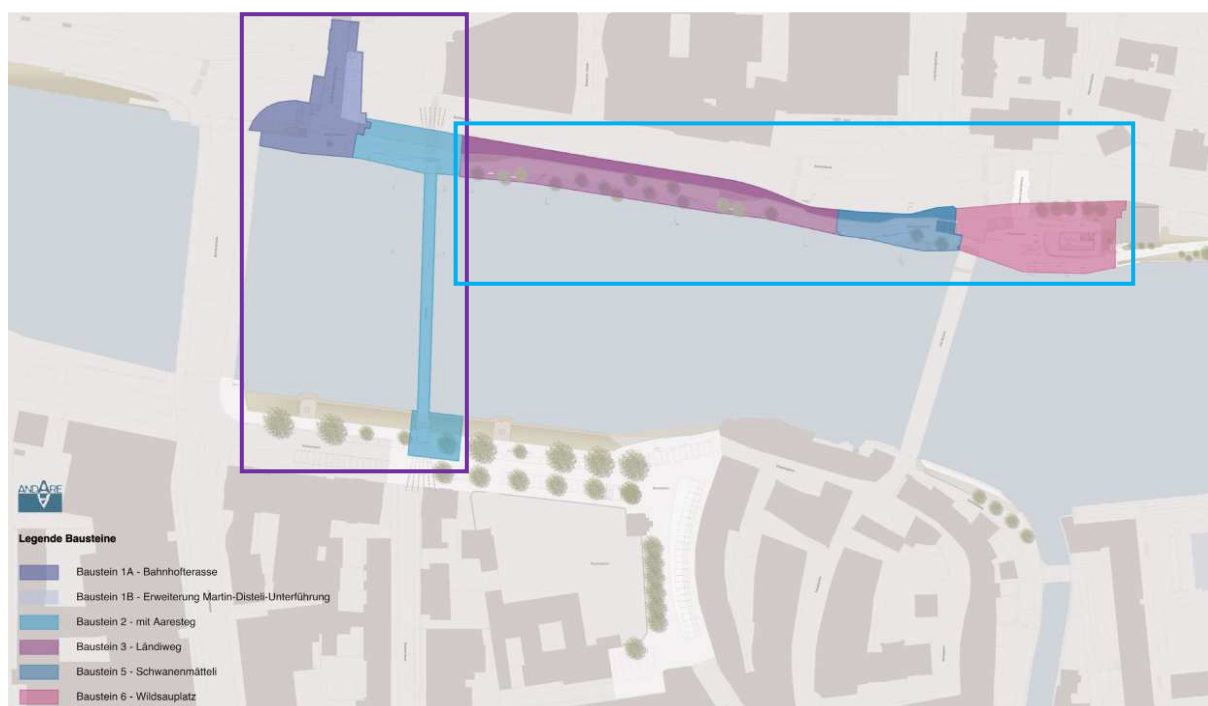
Im Zuge der verschlechterten Finanzlage und laufenden Sanierungsprogramme entschied der Stadtrat im März 2013, das bewilligte Budget 2013 im Sinne einer Sofortmassnahme zu beschränken und die Prioritäten in der Finanz- und Investitionsplanung den geänderten Rahmenbedingungen anzupassen. Der Stadtrat kam dabei zum Schluss, dass das Projekt Andaare in der vorgesehenen Form nicht mehr finanzierbar sei. In der Gesamtbetrachtung wurden bspw. die Vorhaben „Neuer Bahnhofplatz Olten“ oder auch die Fussgänger- und Veloverbindung Hammer zum Entwicklungsgebiet Südwest als dringender eingestuft. Allein die Finanzierung dieser beiden Vorhaben wird eine grosse Herausforderung für die Stadt darstellen. Für eine zusätzliche Realisation des Projekts Andaare fehlen aus damaliger wie heutiger Sicht schlicht die Handlungsspielräume. Im Rahmen der Budgetüberprüfung wurden folglich die Ausführungsplanung für das Projekt Andaare bis auf Weiteres sistiert und die im Budget 2013 ursprünglich eingestellte Jahrestanche von 0,5 Mio. CHF auf Null gesetzt. Durch die Verzichts- resp. Verschiebplanung konnte die Investitionsrechnung 2013 gesamthaft um budgetierte 12,2 Mio. CHF entlastet werden.

Aufwertung Aareraum „Light“

Das Projekt Andaare muss mit Rücksicht auf die aktuelle wie mittelfristige Finanzlage verworfen werden. Die Anliegen für eine Uferaufwertung sind damit aber nicht gänzlich vom Tisch. Der Stadtrat beabsichtigt die Erarbeitung eines neuen, bezüglich Umfang und Kosten stark reduzierten Projektes. Dieses soll im Wesentlichen die Sanierung der Bahnhofferrasse (inkl. neue Treppenanlage auf der Südseite), das Entfernen der Kanzel mit dem unattraktiven Durchgang zum Ländiweg sowie die Instandstellung des Ländiweges umfassen. Entlang des Ländiweges soll, wo möglich, die Aufenthaltsqualität verbessert und der Zugang zur Aare ermöglicht werden. Dafür sieht der Stadtrat im Finanz- und Investitionsplan 2015-2021 einen Kredit von total 2,0 Mio. CHF vor und beantragt dem Parlament eine erste Tranche im Budget 2015 über 0,5 Mio. CHF für die Projektierungsarbeiten. Diese sollen unmittelbar nach Genehmigung des Budgets 2015 an die Hand genommen werden. Die Realisation kann voraussichtlich in zwei Etappen in den Jahren 2016-17 erfolgen. Das Projekt- und Kreditbegehren wird dem Gemeindeparlament im Rahmen einer separaten Vorlage unterbreitet werden. Die konkreten Massnahmen sind Gegenstand der Projektierung, wobei funktionale, statische, wasserbauliche und gewässerschutzrechtliche Fragen, das Kosten/Nutzenverhältnis und die Schnittstellen mit dem Projekt „Neuer Bahnhofplatz“ zu berücksichtigen sind.

Ehemalige Andaare-Bausteine im Projekt „Neuer Bahnhofplatz Olten“

Zur Erhöhung der Beitragschancen im Agglomerationsprogramm des Bundes wurden die Andaare-Bausteine 1a, 1b und 2 (Bahnhofferrasse, Erweiterung Martin-Disteli-Unterführung und Aaresteg) für die Programmeingabe im Jahr 2012 ins Projekt „Neuer Bahnhofplatz“ integriert. Das ebenfalls ins Agglomerationsprogramm eingegebene Andaare-Projekt umfasst entsprechend nur die Bausteine 3, 5 und 6. Die Ergebnisse der im Jahr 2013 durchgeführten Testplanung „Neuer Bahnhofplatz“ haben den Bedarf des Aarestegs für die Bewältigung der hohen Verkehrsfrequenzen bestätigt und gezeigt, dass der Aaresteg nebst dem Fussverkehr zusätzlich auch den Veloverkehr aufnehmen sollte. Dazu muss der Aaresteg breiter dimensioniert und entsprechend überarbeitet werden.



■ Agglomerationsprojekt „Andaare“

■ Andaare-Bausteine im Agglomerationsprojekt „Neuer Bahnhofplatz Olten“

Die neue Aarebrücke für den Fuss- und Veloverkehr, die definitive Umgestaltung der Bahnhofferrasse, die Verlängerung der Hardegg-Unterführung zur Aare und ein Ausbau des

Uferweges zwischen den beiden PUs sind feste Bestandteile im Agglomerationsprojekt „Neuer Bahnhofplatz“. Dieses Projekt soll weitergeführt werden. Der Realisierungskredit kann dem Volk voraussichtlich im Jahr 2018 zur Abstimmung unterbreitet werden.

Agglomerationsprogramm AareLand der 2. Generation

Gemäss der Strategie des Stadtrates zur Sanierung der Gemeindefinanzen soll auf weitere Kreditaufnahmen für die laufende Rechnung verzichtet, eine positive Eigenfinanzierung erreicht und die Verschuldung massvoll bleiben. Dies soll mit Ausgabenkürzungen und Mehreinnahmen realisiert werden, ohne die Standortattraktivität entscheidend zu schwächen. Bei den Ausgaben soll eine Konzentration auf vorgeschriebene und für die Stadt Olten wichtige Aufgaben erfolgen. Die Investitionen müssen auf jährliche Tranchen von maximal 10 bis 12 Mio. CHF auf rund die Hälfte der Vorjahre reduziert werden. Für die Prioritätensetzung bei den nicht gebundenen Ausgaben ist der Anteil an Beiträgen Dritter, mit anderen Worten das Nettokosten-Nutzen-Verhältnis von Bedeutung.

Die Agglomerationsprogramme des Bundes der 2. Generation wurden am 26. September 2014 von beiden Kammern abschliessend genehmigt. Für die Agglomeration AareLand stehen Beiträge von total 58 Mio. CHF in Aussicht. Innerhalb der Stadt Olten wurden drei Vorhaben als A-Massnahmen bewilligt: das Hauptprojekt Neuer Bahnhofplatz, das Projekt Andaare, die Fussgänger- und Veloverbindung Hammer sowie ein Bündel kleiner Massnahmen für den Langsamverkehr.

Für das Projekt Neuer Bahnhofplatz stehen max. 10,4 Mio. CHF Agglomerationsbeiträge zur Verfügung, davon gut 3 Mio. CHF für die ins Projekt integrierten drei Andaare-Bausteine. Das Projekt wird vom Kanton mitgetragen. Verschiedene Anlageteile werden namhaft vom Kanton und eventuell auch von den SBB mitfinanziert. Das Vorhaben ist von grosser Bedeutung für die Stadt- und Mobilitätsentwicklung.

Die Anlagekosten für die separaten Andaare-Bausteine 3, 5 und 6 (Ländiweg, Schwanenmätteli, Wildsauplatz) waren auf total 15,66 Mio. CHF veranschlagt. Der Bund genehmigte dafür einen Agglomerationsbeitrag von max. 2,47 Mio. CHF. Hinzu kommen in Aussicht gestellte Beiträge der ZAO für die Kanalverlegung (0,3 Mio.) und des Kantons für die Böschungssicherung entlang dem Bahnhofquai (min. 0,4 Mio.). Damit stünden Beiträge von total 3,17 Mio. CHF zur Verfügung, was einem Anteil von rund 80% der Eigenleistungen im Verhältnis zu den Brutto-Anlagekosten entspricht. Das Verhältnis der Bundesbeiträge zu den Anlagekosten ist deshalb ungünstig, weil der Bund nur die programmwürdigen Anlageteile mitfinanziert. Das sind im Projekt Andaare die Verbesserungen für den Langsamverkehr. Nicht beitragsfähig sind sämtliche Sanierungs- und Leitungskosten sowie rein gestalterische Massnahmen, d.h. die Zugänge zur Aare.

Der Stadtrat ist eingeladen, bis Ende 2015 die Leistungsvereinbarungen des Bundes zum Agglomerationsprogramm zu unterzeichnen. Damit entstehen der Stadt Olten grosse Chancen, aber auch Verpflichtungen. Aufgrund der finanziellen Lage ist eine vollständige Umsetzung aller als A-Massnahmen bewilligten Projekte nicht realistisch. Gestützt auf die Prioritäten der Finanz- und Investitionsplanung sowie Stadtentwicklung und des verschiedenen Nettokosten-/Nutzenverhältnisses sieht der Stadtrat vor, auf die Weiterführung des Andaare-Projektes (Bausteine 3, 5 und 6) in der vom Souverän genehmigten Form definitiv zu verzichten.

Der Perimeter der vormaligen Bausteine 1 und 2 aus dem Andaare-Projekt sind hingegen in die Bahnhofplatz-Planung integriert. Im Sinne einer Sofortmassnahme sollen ausserdem die dringendsten Sanierungsarbeiten im Bereich Bahnhofterrasse-Ländiweg und nach Möglichkeit Verbesserungen der Aufenthaltsqualität am Ländiweg umgesetzt werden. Der Projektierungskredit wird dem Parlament im Rahmen des Budgets 2015 beantragt. Eine ganzheitliche Aufwertung des Ländiwegs und der Uferzugänge kann allenfalls zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufgenommen werden.

Gestützt auf das Budget 2015 und den Finanz- und Investitionsplan 2015-2021 beantragt der Stadtrat dem Parlament, die Volksmotion zu überweisen und gleichzeitig als erfüllt abzuschreiben.

- - - - -

Dieter Ulrich: Ich werde einerseits für die Motionäre und andererseits auch gleich für die Fraktion sprechen. Wir haben die Antwort des Stadtrates grundsätzlich positiv entgegengenommen. Die Zeit, in der man die Motion eingereicht hat, war noch eine etwas andere. Man hat die finanziellen Probleme damals schon gekannt, aber nicht unbedingt das volle Ausmass absehen können. Insofern sind wir froh, dass dieses Projekt immer noch auf eine Art am Leben ist und können uns grundsätzlich auch mit dem Vorschlag, den der Stadtrat hier präsentiert, einverstanden erklären. Ein Punkt, der uns einfach auch wichtig erscheint, ist, dass man hier nicht einfach Stückwerk produziert. Für uns ist es wichtig, dass hier wirklich ein Konzept dahintersteht, das dann auch insgesamt „verhebt“. Insofern haben wir auch positiv zur Kenntnis genommen, dass dies offenbar mit den bisherigen Planern von Andaare weiterverfolgt werden soll. Dies einfach als Anregung: Wir sind mit dem Vorgehen des Stadtrats einverstanden, möchten aber wirklich darauf drücken, dass hier auch gestalterisch, planerisch am Bisherigen festgehalten oder darauf aufgebaut wird und man dies so weiterverfolgt.

Beschluss

Mit 45 :1 Stimme bei 2 Enthaltungen wird der Vorschlag (Volksmotion) überwiesen und abgeschrieben.

Mitteilung an
Stadtplanung
Baudirektion/Herr Adrian Balz (3)
Finanzverwaltung/Herr Urs Tanner
Rechtskonsulent/Herr Patrik Stadler
Geschäftskontrolle

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 4. Dezember 2014

Prot.-Nr. 38

Voranschlag 2015/Genehmigung

Das Budget 2015 präsentiert sich mit einem Verlust von 2'670'800 Franken. Sämtliche Aufwandpositionen konnten gegenüber dem Budget 2014 nochmals deutlich gesenkt werden. Bei den Personalkosten konnte die Vorgabe aus der dringlichen Motion CVP bezüglich einer Kosteneinsparung von 10% gegenüber dem Budget 2013 nur aufgrund der Volksmotion „Sicherung Schulqualität“ knapp nicht erfüllt werden. Mit der Senkung der Sachkosten von 14% gegenüber dem Budget 2013 werden die Kosten für Wartung und Pflege auf ein gefährliches Niveau gesenkt. In allen Funktionen konnten gegenüber dem Budget 2013 markante Senkungen der Nettokosten vorgenommen werden. Trotz der eingeleiteten Entlastungsmassnahmen genügen die aktuell zur Verfügung stehenden Steuermittel nicht, um die aktuell zu erbringenden Leistungen zu decken. Der Stadtrat schlägt deshalb wie bereits im Budget 2014 einen Steuersatz von 115% vor. Mit einem Steuersatz von 115% liegt Olten immer noch in der tieferen Hälfte der Steuersätze im Kanton Solothurn. Bei den Investitionen wurden ebenfalls deutliche Senkungen vorgenommen. Lag der Investitionsbedarf in den Vorjahren bei mehr als 20 Mio. Franken jährlich (B2013: 28.8 Mio. / B2014: 20.7 Mio.), so sinkt dieser nun im Budget 2015 auf rund 11.1 Mio. Franken. Der Selbstfinanzierungsgrad von rund 56% zwingt zwar die Stadt weiterhin Kapital aufzunehmen, jedoch in deutlich reduziertem Umfang.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen den Voranschlag für das Jahr 2015, basierend auf den Budgetrichtlinien, dem Entlastungsprogramm sowie dem Finanz- und Investitionsplan mit dem Antrag auf Genehmigung.

1. Ausgangslage

Der aktuelle Finanzplan 2015 – 2021 zeigt, dass aufgrund der ab dem Jahr 2011 erfolgten hohen Steuerausfälle die bisher sehr ambitionierten finanzpolitischen Grundsätze auf ein realistisches Mass und die gesetzlichen Mindeststandards angepasst werden mussten und man sich die bisherigen, sehr tiefen Steuerfüsse nicht mehr leisten kann. Durch den immer noch hohen Investitionsbedarf und die fehlende Selbstfinanzierung wird eine Verschuldung pro Einwohner in der Höhe von 3'067 Franken prognostiziert.

2. Ergebnisse auf einen Blick

2.1. Ergebnis der Laufenden Rechnung

Bei einem Aufwand von 101'327'300 Franken (ohne interne Verrechnungen von 9'465'000 Franken) und einem Ertrag von 98'656'500 Franken wird ein **Mehraufwand von 2'670'800 Franken**.

2.2. Ergebnis der Investitions-Rechnung

Bei Brutto-Ausgaben von rund 14.54 Mio. Franken und Investitionseinnahmen von 3.44 Mio. Franken betragen die Netto-Investitionen 11.2 Mio. Franken. Die geplante Investitionstätigkeit wurde zwar gegenüber den Finanzplänen der Vorjahre erheblich reduziert, bleibt aber aufgrund der finanziellen Möglichkeiten (Selbstfinanzierung) immer noch eine Herausforderung. Aufgrund der bereits hohen Pro-Kopf-Verschuldung, welche unter anderem auf die zu hohe Investitionstätigkeit in den letzten paar Jahren zurückzuführen ist (ERO, FHNW Beitrag, Investitionsbeitrag an den Eissport, Stadthausanierung etc.), sind künftige Investitionen nur noch in einem sehr beschränkten Masse möglich. Es sei denn, der Souverän stellt die nötigen zusätzlichen Mittel zur Verfügung. Der Investitionsanteil (Anteil der Bruttoinvestitionen an den konsolidierten Ausgaben) beträgt für das Budgetjahr 2015 immer noch hohe 13.8% (= hohe Investitionstätigkeit), konnte aber gegenüber den in den Rechnungsjahren 2010 – 2013 erzielten Werten (18.6% – 26.1%) sehr deutlich reduziert werden.

2.3. Gestufter Erfolgsausweis (in Tausend Franken)

		B2014	B2015
3	Betrieblicher Aufwand vor Abschreibungen	-93'348	-88'536
30	Personalaufwand	-45'360	-42'916
31	Sachaufwand	-15'282	-15'178
35	Entschädigungen Gemeinwesen	-3'901	-3'731
36	Beiträge	-28'694	-26'707
380	Einlagen in Spezialfinanzierungen	-109	-2
385	Vorfinanzierung	-2	-2
4	Betrieblicher Ertrag vor Steuern	24'799	22'183
41	Regalien und Konzessionen	104	139
43	Entgelte	13'133	14'086
45	Rückerstattungen	2'263	1'946
46	Beiträge für eigene Rechnungen	4'488	4'341
480	Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	8	11
485	Auflösung Vorfinanzierungen	4'803	1'660
	Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit vor Abschreibungen und Steuern	-68'549	-66'353
	Ergebnis aus Finanzierung	-12'281	-7'175
32	Passivzinsen (Finanzaufwand)	-1'354	-1'462
33	Abschreibungen (Finanzaufwand)	-15'477	-11'330
42	Vermögenserträge (Finanzertrag)*	4'550	5'617
	Operatives Ergebnis vor Steuern	-80'830	- 73'528
40	Steuerertrag	65'327	70'857
	Operatives Ergebnis nach Steuern	-15'503	-2'671

*2015: inkl. Buchgewinn aus Verkauf Liegenschaften von TCHF 1'180

3. Zielerreichung im Voranschlag 2015

3.1. Budgetvorgabe Entlastungspaket / Personal- und Sachaufwand

- Als Budgetgrundlage für das Jahr 2015 diene das vom Stadtrat beschlossene Entlastungspaket. Dieses konnte zu einem sehr grossen Teil bereits umgesetzt werden. Auf der Aufwandseite bleiben einige Posten noch zu bereinigen (vgl. Finanzplan 2015 – 2021), während auf der Ertragsseite vor allem noch eine gewisse Unsicherheit bei der Erzielung der Parkplatzgebühren besteht.
-
- Ein weiteres Ziel war es, die von der CVP-Fraktion eingereichte dringliche Motion bezüglich einem Personalkostenabbau von mindestens 10% soweit wie möglich bereits berücksichtigen zu können. Gegenüber dem Budget 2013 konnte der geforderte Abbau nur deshalb nicht erfüllt werden, weil mit der Volksmotion „Sicherung der Schulqualität“ zusätzliche Personalkosten für Lehrpersonen im Umfang von 421'200 Franken gegenüber dem Entlastungspaket wieder mitberücksichtigt werden mussten. Weitere in der Motion geforderte Massnahmen sind zurzeit in der Prüfung und werden dem Parlament vorgelegt, (Bsp. Auslagerung von Personal oder Anpassung von Nebenleistungen).
-
- Als letztes Ziel durften die Sachkosten keine Steigerung erfahren.

3.2. Blick auf die finanzpolitischen Grundsätze

- Im Vergleich zu den letzten Finanz- und Investitionsplanungen zeichnet sich ab, dass die bisherigen finanzpolitischen Grundsätze, welche sich Olten gegeben hat, nur teilweise erreicht werden können.
-
- Grundsatz zur Verschuldung:
 - Die Pro-Kopf Verschuldung soll Fr. 2'500 nicht übersteigen:
 - Wie im Finanzplan bereits aufgezeigt, wird sich die Stadt Olten mit den geplanten Vorhaben weiter verschulden müssen. Trotz der geplanten Anhebung des Steuerfusses wird eine Pro-Kopf-Verschuldung von Fr. 3'067 erwartet.
 - Der mittelfristige Wert weicht positiv vom gewichteten Durchschnitt aller Solothurner Gemeinden ab:
 - Im Jahr 2013 lag der Durchschnitt der Pro-Kopf Verschuldung bei den Solothurner Gemeinden bei 296 Franken. Für das Jahr 2015 wird in Olten eine Pro-Kopf-Verschuldung von 3'067 Franken prognostiziert.
-
- Grundsätze zu den Investitionen
 - Der Selbstfinanzierungsgrad für Werterhalt beträgt dauernd 100%:
Wird zurzeit nicht erfüllt
 - Der Selbstfinanzierungsgrad der Gesamtinvestitionen liegt langfristig bei 100%:
Wird zurzeit nicht erfüllt
-
- Grundsätze zu den Steuern
 - Identischer Steuerfuss für juristische und natürliche Personen:
kann eingehalten werden
 - Die steuerliche Belastung liegt in der tieferen Hälfte aller Solothurner Gemeinden:
Der durchschnittliche Steuersatz der Solothurner Gemeinden liegt im Jahr 2014 bei 118.2%, der pro Einwohner gewichtete Steuersatz liegt bei 116.5%. Mit einem Steuersatz von 115% hat die Stadt Olten immer noch einen Satz, der sowohl unter dem Gemeindedurchschnitt als auch unter dem Pro-Kopf-Durchschnitt liegt.

4. Veränderungen im Budget / Vergleichbarkeit und Darstellungsform

Es wurde im Vergleich zum Budget 2014 an der Darstellungsform nichts geändert.

4.1. Grössere Abweichungen in der Laufenden Rechnung (Aufwand)

Abweichungen in einzelnen **Aufwands**veränderungen über Fr. 200'000 (in Tausend Franken) in den jeweiligen Funktionen:

Funktion	B2014	B2015	Differenz	Begründung
020 Stadtkanzlei, Stabstellen	1'184	982	-202	Stellenreduktionen Kanzlei, Rechtsdienst, Wegfall Rest Finanzkontrolle
023 Finanzverwaltung	1'101	894	-207	Zusammenschluss Stadtkasse/Steuerverwaltung, Stellenreduktionen
110 Stadtpolizei	4'778	4'361	-417	Aufhebung Polizeistellen
212 Sekundarschulen	7'664	6'753	-911	Veränderung Klassengrössen, verbunden mit Stellenreduktionen
215 Werken	1'385	1'118	-267	Pensenreduktionen
500 Sozialversicherungen	4'404	4'020	-384	Beiträge an EL gem. kant. Vorgaben
570 Alters- und Pflegeheime	1'540	954	-586	Beiträge gem. kant. Vorgaben
620 Gemeindestrassen	3'230	3475	+245	Kosten Strassenbeleuchtung gem. eff. Beträgen Vorjahre

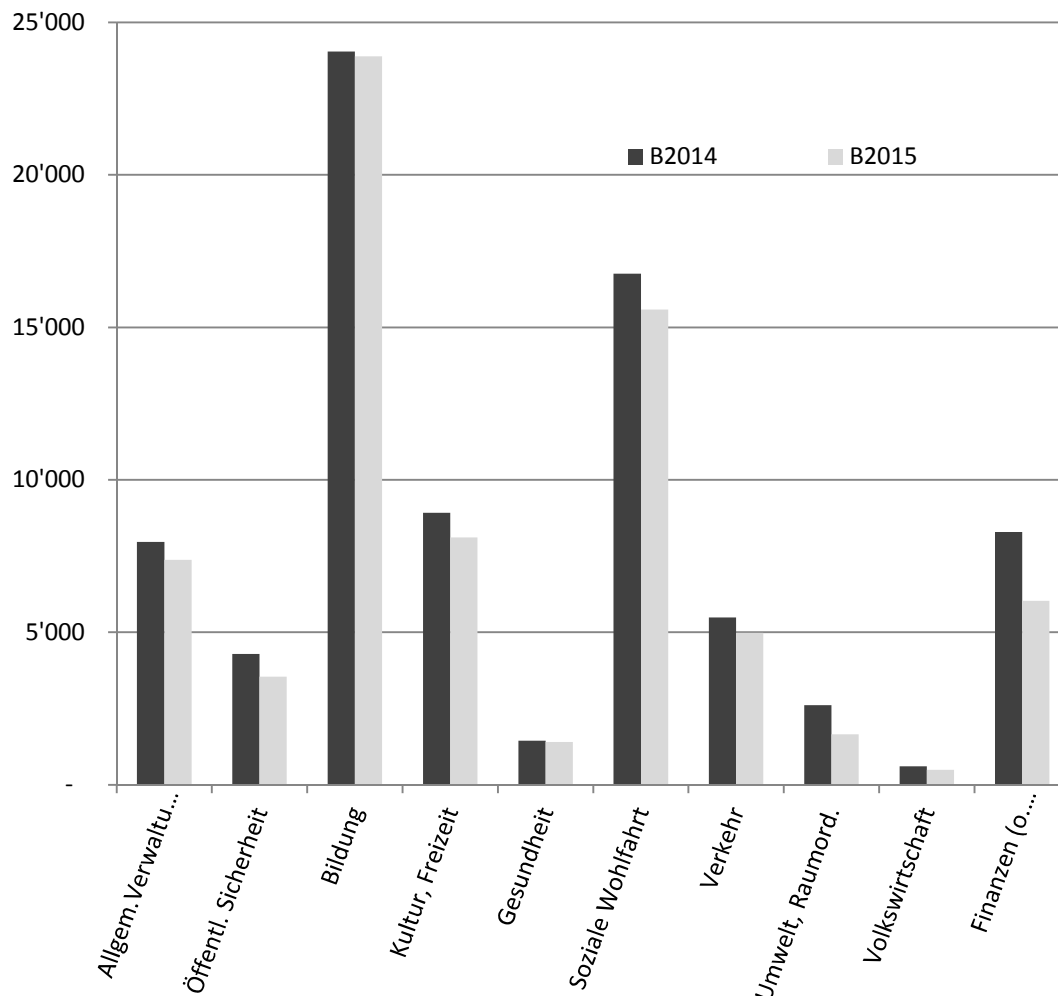
4.2. Grössere Abweichungen in der Laufenden Rechnung (Ertrag)

Abweichungen in einzelnen Ertragskonten über Fr. 200'000 (in 1'000 Franken):

Funktion	B2014	B2015	Differenz	Begründung
028 Allgemeine Personalkosten	7'745	7'402	-343	Tiefere Weiterverrechnungen der Sozialleistungen aufgrund tieferer Löhne
212 Sekundarschulen	1'503	1'155	-349	Tiefere Gemeinde- und Kantonsbeiträge aufgrund Veränderungen der Klassengrössen.
293 Schulanlage	473	150	-323	Gemeindebeiträge für Gebäude sind neu in den Klassenfunktionen
621 Parkplätze	1'522	2'074	552	Erhöhung der Parkplatzgebühren
900 Gemeindesteuern	65'445	70'986	5'531	Steuersatz von 105% auf 115% angehoben.
942 Liegenschaften im Finanzvermögen	976	2'082	1'106	Buchgewinn
995 Vorfinanzierungen	4'700	1'570	-3'130	Tiefere Projektkosten vorfinanzierter Projekte

5. Begründungen zu den Funktionen

Die Nettobelastungen der Hauptfunktionen haben sich gegenüber dem Vorjahresbudget wie folgt entwickelt:



Grafik: Veränderung B2014/B2015 – in Tausend Franken

0 Allgemeine Verwaltung (B 2014: 7'961 B 2015: 7'375 Differenz: -586)

Das Budget 2015 reduziert sich gegenüber dem Budget 2014 um rund 586'000 Franken. Bei den allgemeinen Personalkosten wird ein Teil der Verzinsung der Deckungslücke aufgrund der neuen Pensionskassenvorlage neu über die Arbeitgeberbeitragsreserve finanziert. Bei den Besoldungen machen sich die Pensenreduktionen bei Steuerverwaltung, Finanzverwaltung, Personaldienst und Finanzkontrolle sowie im Hauswartdienst des Stadthauses erstmals bemerkbar. Bei den Entschädigungen an Gemeinwesen (Kostenart 35) beträgt die Entlastung für die Veranlagungskosten der Steuererklärungen durch den Kanton 0.16 Mio. Franken (steuerkraftabhängig).

1 Öffentliche Sicherheit (B 2014: 4'293 B 2015: 3'550 Differenz: -743)

Gebührenerhöhungen bei der Einwohnerkontrolle, Zusammenschluss des Inventur- und Kontrolldienstes (-200'600 Franken), Reduktion der Deckungslücke in der Spezialfinanzierung Feuerwehr (-64'000), Einsparungen bei den Personalkosten der Polizei

(457'300 Franken)

2 Bildung (B 2014: 24'042 B2015: 23'889 Differenz: -153)

Aufgrund der eingereichten Volksmotion „Sicherung der Schulqualität“ konnten nahezu keine Einsparungen vorgenommen werden.

3 Kultur und Freizeit (B 2014: 8'916 B2015: 8'101 Differenz: -815)

Im Bereich Kultur und Freizeit wurden die Beiträge um rund 13% oder 318'500 Franken gekürzt. Gleichzeitig wurden Gebühren vor allem im Bereich Sport (Schwimmbad, Freiwilliger Schulsport) etc. erhöht. Beim Kunstmuseum konnte durch Sponsoring Mehreinnahmen von 290'000 Franken generiert werden. Beim Naturmuseum wurde ein Saldo von 500'000 Franken festgelegt, bei den anderen Museen ein solcher von 550'000 Franken.

4 Gesundheit (B 2014: 1'451 B2015: 1'401 Differenz: - 50)

Keine Bemerkungen

5 Soziale Wohlfahrt (B 2014: 16'765 B2015: 15'586 Differenz: -1'179)

Die Saldoüberänderung des Bereichs Soziale Wohlfahrt (-1'179'000 Franken) kann durch folgende Veränderungen mehrheitlich erklärt werden:

- Kostenreduktion im Bereich der Ergänzungsleistungen (-384'300 Franken)
- Beiträge an die Pflegefinanzierung in den Altersheimen (-585'500 Franken)
- Kostenreduktion bei den Verwaltungskosten Sozialregion (-162'000 Franken)

6 Verkehr (B 2014: 5'489 B2015: 4'988 Differenz: -501)

- Tieferer Beitrag gemäss öV-Gesetz an den Kanton im Betrag (-168'300 Franken)
- Wegfall Einlage Parkplatzfonds (-106'000 Franken)
- Korrektur der Budgetierung der Beleuchtung (+360'000 Franken)
- Mehrerträge der Parkplatzgebühren (+549'200 Franken)

7 Umwelt und Raumordnung (B2014: 2'608 B2015 1'658 Differenz: -950)

- Gebührenanpassungen im Friedhofswesen (+271'600 Franken)
- Einstellung der Aktivitäten des Umweltschutzamt (- 182'500 Franken)
- Mitarbeiterreduktion bei der Stadtplanung (- 191'500 Franken)
- Aufhebung der Stadtentwicklung (- 275'300 Franken)

8 Volkswirtschaft (B2014: 607 B2015: 492 Differenz: -115)

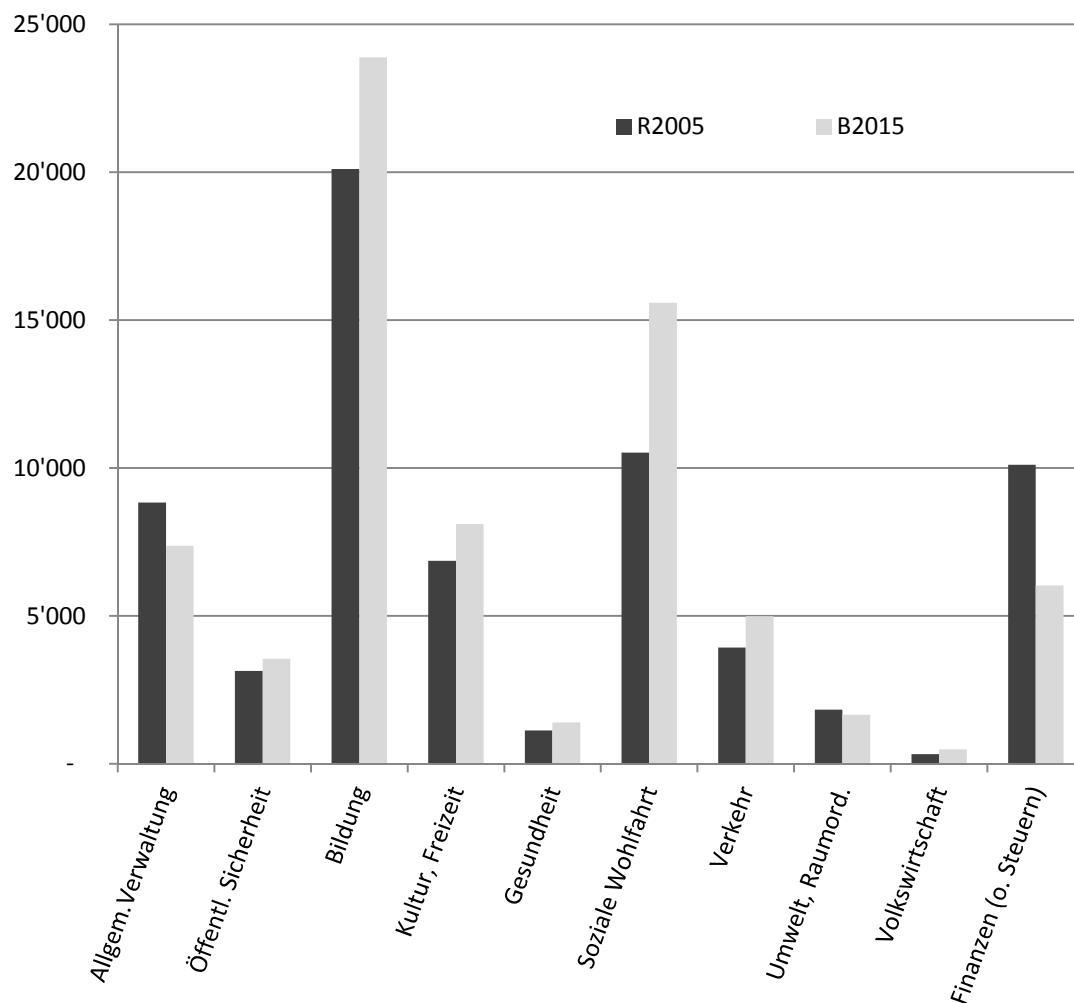
- Reduktionen der Leistungsaufträge mit Region Olten Tourismus (- 27'000 Franken)
- Reduktion des Leistungsauftrages mit der Wirtschaftsförderung (- 38'000 Franken)
- Sachkostenreduktion Weihnachtsbeleuchtung, Standortmarketing (- 58'000 Franken)

9 Finanzen ohne Steuern Koa 400+401 (B2014: 8291 B2015: 6'030 Differenz: -2'261)

- Finanzausgleich (- 162'000 Franken)
- Buchgewinne aus Liegenschaftsverkauf (+ 1'180'000 Franken)
- Reduktion der Abschreibungen, verbunden mit der Auflösung aus Vorfinanzierungen (- 894'000 Franken)

5.1 Ein Blick 10 Jahre zurück

Trotz erheblichen Sparprogrammen stiegen die Nettoaussgaben in den meisten Funktionen beträchtlich.



Grafik: Entwicklung des Nettoaufwand pro Funktion vor Steuern

Der Blick 10 Jahre zurück zeigt, dass folgende Bereiche ihre Nettokosten (vor Steuern Kostenarten 400 + 401) senken konnten:

0 Allgemeine Verwaltung	-16.5%
7 Umwelt und Raumordnung	- 9.6%
9 Finanzen	- 40.4%

Alle anderen Bereiche haben teilweise hohe 2-stellige Zuwachsraten erfahren:

1 �ffentliche Sicherheit	13.0%
2 Bildung	18.8%
3 Kultur / Freizeit	18.1%
4 Gesundheit	23.9%
5 Soziale Wohlfahrt	48.1%
6 Verkehr	27.0%
8 Volkswirtschaft	51.1%

6. Begründungen zu den einzelnen Kosten- und Ertragsarten

(Abweichungen zum Vorjahresbudget)

30 Personalaufwand

Der Personalaufwand sinkt im Vergleich zum Vorjahresbudget um 5.4%. Im Vergleich zum Budget 2013 (ohne HPS und Sonderpädagogik) hat der gesamte Personalaufwand um 9.2% abgenommen. Nebst dem Wegfall einzelner Stellen sind u.a. auch Reduktionen durch die Anpassung von gesetzlichen Grundlagen (Bsp. Dienstaltersgeschenke, Austrittsgeschenke etc.) vorgesehen. Aufgrund der Volksmotion „Sicherheit der Schulqualität“, welche Einsparungen von rund 421'000 Franken verhinderte, konnte das Reduktionsziel von 10% nicht erreicht werden.

31 Sachaufwand

Der gemeindesteuer- und gebührenfinanzierte Sachaufwand liegt Fr. 105'400 Franken oder 0.7% unter dem Budget 2014. Die Veränderung gegenüber dem Budget 2013 beträgt rund 22% oder 4.3 Mio. Franken.

32 Passivzinsen

Durch den erfolgten Weggang von angeschlossenen Körperschaften aus der PK Olten und der damit verbundenen Auszahlung der Guthaben über das Kontokorrent bei der Stadt hat sich die Schuld gegenüber der Pensionskasse erheblich verringert. Das Kontokorrent wird zum technischen Zinssatz von 3% verzinst.

Gleichzeitig steigt aufgrund der zunehmenden Schuldenlast auch die Verzinsung der langfristigen Schulden der Stadt.

33 Abschreibungen

Für das Verwaltungsvermögen (ohne Spezialfinanzierung) wird eine Abschreibung von 8% (degressiv) vorgenommen.

Bei den Spezialfinanzierungen Abfall und Abwasser wird die Abschreibung aufgrund der Nutzdauer vorgenommen.

35 Entschädigungen an Gemeinwesen

Beträge über Fr. 200'000 sind nachfolgend aufgeführt (in Tausend Franken):

	Position	B2014	B2015	Differenz
	Beitrag an den Kanton für Steuerveranlagungen	980	820	-160
	Schulgelder an Sonderschule inkl. HPS	444	444	0
	Standortbeitrag an die Fachhochschule	340	310	-30
	Betriebskostenanteil Kläranlage	1'629	1'629	0

36 Eigene Beiträge

Beträge über Fr. 200'000 sind nachfolgend aufgeführt (in Tausend Fr.):

- davon an Kanton, unter anderem:

	Position	B2014	B2015	Differenz
	Schulgelder an Kanton / Mittelschulgesetz	1'780	1'780	0

Gemeindebeitrag an die Ergänzungsleistung	4'404	4'020	-384
Gemeindebeitrag an den öffentlichen Verkehr	2'315	2'147	-168
Finanzausgleich	2'519	2'357	-162

- davon **an Gemeinden**, unter anderem:

Position	B2014	B2015	Differenz
Pflegekostenfinanzierung	1'446	954	-492
Beitrag an Sozialregion / gesetzliche Leistungen	6'541	6'603	62
Beitrag an Sozialadministration	1'126	1'178	52
Restkosten Sozialregion	1'800	1'586	-214

- davon **an gemeinwirtschaftliche Unternehmen**, unter anderem:

Position	B2014	B2015	Differenz
Beiträge für Kinder in Heimen	432	432	0
Beitrag an die Stadttheater AG Olten, Brutto	697	647	-50
Sportpark Olten AG für Eissportbetrieb	750	700	-50

- davon **an private Institutionen**, unter anderem:

Position	B2014	B2015	Differenz
Beitrag Robi-Spielplatz	232	200	-32
Beitrag an Spitex-Verein Olten	920	920	0
Provisorium 8	262	242	-20
Kinderkrippen	830	830	0
Beitrag an Olten Tourismus	257	230	-27

38 Einlagen in Spezialfinanzierungen

Bei den Einlagen in die Spezialfinanzierung macht sich der Wegfall der Einlage für den Parkplatzfonds bemerkbar.

39 + 49 Interne Verrechnungen

Interne Verrechnungen sind Belastungen und Gutschriften zwischen verschiedenen Aufgabenbereichen (Funktionen). Dabei werden insbesondere Personal- und Sachaufwendungen, Zinsen wie auch Erträge zwischen den einzelnen Funktionen verrechnet mit dem Ziel, die betriebswirtschaftliche Aufgabenerfüllung je Aufgabenbereich beurteilen zu können.

40 Steuererträge

Für die Budgetierung der Steuererträge wurde auf die letzten sicheren Veranlagungsstände abgestellt. Für das Budget 2015 wurde bei den natürlichen Personen auf die Veranlagungen 2011 und 2012 abgestellt. Auf die Veranlagungen des Jahres 2013 konnte aufgrund des geringen Veranlagungsstandes nicht abgestellt werden. Bei den juristischen Personen wurden die Veranlagungsstände 2012 und 2013 für die Festlegung des Steuerertrages berücksichtigt.

Natürliche Personen / Veranlagungsstände per 1.9.2014

	<u>2011</u>	<u>2012</u>	<u>2013</u>	<u>2015</u>
Veranlagt	41.361	39.19	15.30	48.82*
Personalsteuer	0.11	0.11	0.05	0.55
Anteil im Vorbezug	0.15	0.46	23.70	
Total	41.62	39.76	39.05	49.37 / 49.00
Steuersatz	100%	95%	95%	115%
Korrekturfaktoren				-0.37

In Mio.

*Hochgerechnet Veranlagungsstände 2011/2012 auf 115%, mit 2% BIP-Steigerung und 0.25% Bevölkerungswachstum, abgerundet auf die nächste ½ Mio. Franken.

Juristische Personen / Veranlagungsstände per 1.9.2014

	<u>2011</u>	<u>2012</u>	<u>2013</u>	<u>2015</u>
Veranlagt / JP	24.00	16.23	1.88	18.73*
Vorbezug JP	0.10	0.20	12.64	
Holdingsteuer	0.33	0.34	0.00	
Holdingsteuer Vorbezug	0.00	0.00	0.34	0.35
Total	24.43	16.77	14.86	19.08 / 18.50
Steuersatz JP	100%	95%	95%	115%
Steuersatz Holding	50%	50%	50%	50%
Korrekturfaktoren				-0.58

In Mio.

* Hochgerechnet Veranlagungsstände 2012/2013 auf 115%, ohne BIP-Steigerung, abgerundet auf die nächste ½ Mio. Franken, wobei für das Jahr 2013 auf die Veranlagungsstände und die Vorbezugsbestände abgestellt worden ist.

Festlegung der Steuerfüsse

§ 144 Gemeindegesetz besagt folgendes:

¹ Im Voranschlag ist der Steuerfuss für das nächste Jahr festzusetzen.

² Der Steuerfuss ist so zu bemessen, dass der voraussichtliche Steuerertrag mit dem übrigen Ertrag **mittelfristig** den Aufwand der laufenden Rechnung einschliesslich der notwendigen Abschreibungen finanziert.

Die Festlegung der Steuerfüsse ist somit abhängig von den **mittelfristigen** Planergebnissen und nicht vom Resultat eines Budgetjahres.

Der Stadtrat beantragt basierend auf den Resultaten des Finanzplans 2015 – 2021 den Steuerfuss für natürliche und juristische Personen auf 115% des Staatssteuerbetrages festzulegen.

41 Konzessionen

- Anpassung der Marktgebühren (+15'000 Franken)
- Taxikonzessionen (+10'000 Franken)
- Plakatgebühren (+10'000 Franken)

42 Vermögenserträge

Gegenüber dem Budget 2014 wird im Budget 2015 mit einem Buchgewinn aus Liegenschaftsverkauf von 1'180'000 Franken gerechnet.

43 Entgelte

Die grössten Veränderungen bei den Entgelten betreffen folgende Positionen:

- Parkplatzgebühren: (+ 489'200 Franken)
- Parkkarten (+ 60'000 Franken)
- Eintrittsgebühren Freibad (+100'000 Franken)
- Veränderung Gebührenordnung Friedhof (+196'000 Franken)

45 Rückerstattungen von Gemeinwesen

Anpassung der Schulgelder von anderen Gemeinden im Bereich Sekundarschule (212) – 286'100

46 Beiträge für eigene Rechnung

293.462.01 Gemeindebeiträge an Schulraumkosten: - 300'000 Franken, neu in den Gemeindebeiträgen (452) integriert.

48 Entnahme aus Spezialfinanzierung

Auflösung nicht mehr benötigter Vorfinanzierungen aus ERO + FHNW

7. Ergebnisse der Rechnungen mit Spezialfinanzierungen

141 Feuerwehr

Bei einem Aufwand von rund 1.39 Mio. Franken und einem Ertrag von rund 1.30 Mio. Franken schliesst das Budget 2015 mit einem Nettoaufwand von Fr. 93'900 (Vorjahr 157'900 Franken) ab. Die Saldoverbesserung konnte vor allem durch tiefere Personalkosten realisiert werden.

711 Abwasserentsorgung

Im Bereich Abwasserentsorgung sind bei voller Selbstfinanzierung und einem Umsatz von 4.5 Millionen Franken Abschreibungen von insgesamt 1.8 Mio. Franken vorgesehen.

721 Abfallbeseitigung

Der Voranschlag rechnet mit einem Betriebsverlust und einer Entnahme aus der Spezialfinanzierung von 10'600 Franken.

783 Konfiskatsammelstelle

Der Voranschlag rechnet mit einem Überschuss und einer Einlage in die Spezialfinanzierung von 1'700 Franken.

8. Investitionsbudget

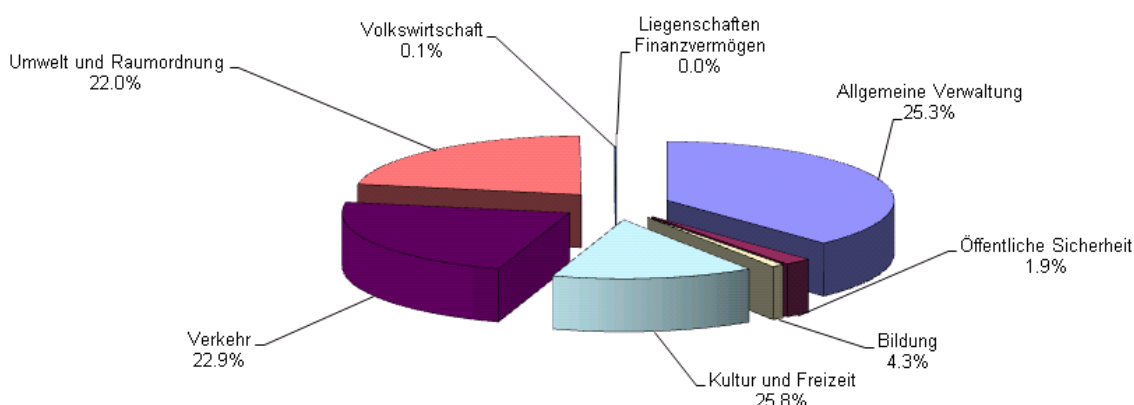
Das Gemeindeparlament nimmt mit der Budgetvorlage auch Kenntnis vom Finanz- und Investitionsplan 2015 – 2021. Das vorliegende Investitionsbudget 2015 erfuhr gegenüber dem Finanzplan 2014 -2020 nochmals Kürzungen. Waren im Finanzplan 2014 – 2020 noch 14.7 Mio. Franken Nettoinvestitionen vorgesehen, weist nun das Investitionsbudget Nettoinvestitionen von rund 11.1 Mio. Franken aus. Die Notwendigkeit der Investitionen bzw.

der Kreditbedarf ist im Anhang zur Investitionsrechnung pro Objekt begründet.

Folgende Projekte mit Investitionstranchen im Jahr 2015 von über Fr. 500'000 sind im Voranschlag enthalten:

- Sanierung Stadthaus (090.503.010 / 090.503.016) 6.000 Mio. Fr.
- Eissportanlage, Investitionsbeitrag (340.564.003) 1.600 Mio. Fr.
- Fussgänger- u. Veloverbindung / Hammer-Olten Südwest (620.501.046) 0.600 Mio. Fr.
- Attraktivierung Aareraum (790.501.052) 0.500 Mio. Fr.

Die Bruttoinvestitionen teilen sich auf folgende Aufgabenbereiche auf:



Der Selbstfinanzierungsgrad für das laufende Budget beträgt rund 55%. 45% der Investitionen werden über Fremdkapital finanziert werden müssen.

9. Interpretation und Anmerkungen zu relevanten Kennzahlen

Selbstfinanzierungsgrad

allgemein

unter 70 %	grosse Neuverschuldung
70 – 100 %	verantwortbare Neuverschuldung

Der Selbstfinanzierungsgrad eines Jahres ist nur bedingt aussagefähig, da er vom Investitionsvolumen stark abhängig ist und deshalb von Jahr zu Jahr grossen Schwankungen unterworfen sein kann. Die Beurteilung über eine längere Planperiode hat die grössere Aussagekraft. Zudem muss die Nutzungsdauer einer grösseren Investition in die Finanzüberlegungen mit einbezogen werden (Nachhaltigkeit der Investition).

Nettoschuld pro Einwohner

Die Beurteilung dieser Kennzahl ist im Rechnungsmodell wie folgt definiert:

bis 1'000 Franken	geringe Verschuldung
1'001 – 2'500 Franken	mittlere Verschuldung
2'501 – 5'000 Franken	hohe Verschuldung
> 5'000 Franken	sehr hohe Verschuldung

Aufgrund der aktuellen Finanzkraft und der festgelegten Finanzziele mussten bereits im Rahmen des Finanzplans Prioritäten gesetzt werden.

Die ausgewiesene Nettoverschuldung per Ende 2013 beträgt Fr. 1'350 pro Einwohner und ist bereits sehr hoch. Durch die zusätzliche Verschuldung im Jahr 2014 sowie des geplanten Selbstfinanzierungsgrades von rund 60% wird die voraussichtliche Pro-Kopf-Verschuldung auf 3'067 Franken ansteigen.

10. Zusammenfassung

Ziel des Voranschlages 2015 ist es, nebst den eingeleiteten Entlastungsmassnahmen und einer Steuererhöhung auf ein kantonales Mittel eine vernünftige Selbstfinanzierung der Investitionen zu erreichen. Eine negative Selbstfinanzierung, wie sie im vergangenen Jahr erreicht wurde, ist nicht mehr verantwortbar.

Die zwar bereits reduzierten Investitionen in der Planperiode des Finanzplanes zeigen mit ihren Auswirkungen auf den Selbstfinanzierungsgrad und damit auf die Verschuldung mit aller Deutlichkeit die finanziellen Grenzen für den Haushalt der Stadt Olten und die damit verbundene Notwendigkeit, künftige Investitionen weiter zu priorisieren, zu reduzieren oder die mit den Investitionen verbundenen Mehreinnahmen zu ermöglichen.

Mögliche Veränderungen im finanzpolitischen Umfeld sind im Auge zu behalten und gegebenenfalls rechtzeitig Gegenmassnahmen zu ergreifen.

Beschlussesantrag:

I.

1. Der Voranschlag 2015 der Laufenden Rechnung mit einem Mehraufwand von 2'670'800 Franken wird genehmigt.
2. Die Investitionsrechnung der Allgemeinen Verwaltung und der Spezialfinanzierung mit Nettoinvestitionen von Fr. 11'102'000 wird genehmigt.
3. Die Feuerwehrrersatzabgabe wird unverändert auf 9% der einfachen Staatssteuer festgelegt (Minimum Fr. 20.00, Maximum Fr. 400.00).
4. Der Steuerfuss für die natürlichen Personen wird auf 115% der einfachen Staatssteuertarife festgelegt.
5. Der Steuerfuss für die juristischen Personen wird auf 115% der einfachen Staatssteuertarife festgelegt.
6. Die Personalsteuer wird auf Fr. 50.00 festgelegt.
7. Das Budget der Regionalen Zivilschutzorganisation (RZSO) mit einem Aufwand und Ertrag von 562'200 Franken wird genehmigt.
8. Das Budget des Regionalen Führungsstabs Bevölkerungsschutz (RFSB) mit einem Aufwand und Ertrag von 38'900 Franken wird genehmigt.
9. Das Budget der Sozialregion Olten mit einem Aufwand und Ertrag von 39'447'700 Franken wird genehmigt.
10. Der Stadtrat wird ermächtigt, zur Deckung des gesamten neuen Fremdkapitalbedarfs (ohne Refinanzierungen, inkl. Kapitalvermittlungen sbo, Pensionskasse) maximal 6 Millionen Franken aufzunehmen.

II.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit dem Änderungsantrag der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

EINTRETEN

Matthias Borner, SVP: Ich möchte hier nur eindeutig anbringen, dass wir einen Rückweisungsantrag stellen werden und die Begründung folgen wird.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Matthias Borner, SVP-Fraktion: Wir stellen den Antrag, das Budget zurückzuweisen. Nach der Steuerfusserhöhung von 95 auf 105 %, die in diesem Jahr wirksam wurde, beantragt der Stadtrat für das nächste Jahr wieder eine Erhöhung von 10 %. Man saniert also weiterhin hauptsächlich auf Kosten der Steuer- und Gebührenzahler. Trotz dieser weiteren massiven Erhöhung sollte in diesem Jahr ein weiteres Defizit von bis zu 2,7 Millionen Franken resultieren und dies wohlgemerkt noch ohne NFA. Weiter droht in der Zukunft auch noch eine weitere Ausweitung des Defizits, beispielsweise wegen der Annahme des solothurnischen NFA am letzten Wochenende und obwohl der Gemeinderat eine paritätische Verteilung von Einsparungen und Steuererhöhungen verlangt hat, ist bislang hauptsächlich die Einnahmeseite bedient worden. Trotzdem sieht der Stadt im Finanzplan bereits für das Jahr 2019 eine Verschuldung von Fr. 5'000.— pro Kopf und somit die zwangsweise Übernahme der Verantwortung durch den Kanton. Das wäre fatal. Man stelle sich einmal die Schlagzeile vor, wenn von der Pleitestadt Olten berichtet wird. Das ist für uns inakzeptabel. Wir sehen uns in der Pflicht, dies zu verhindern, und ich appelliere auch an die anwesenden Gemeinderäte und Gemeinderätinnen, diese Verantwortung wahrzunehmen und zu verlangen, dass uns ein Budget mit Finanzplan vorgelegt wird, das langfristige Gemeindeautonomie gewährleistet und dem Standort nicht nachhaltig schadet. Die SVP-Fraktion verlangt vom Stadtrat, Verantwortung zu übernehmen, über die derzeitige Legislatur hinaus zu denken und die langfristige Gemeindeautonomie zu gewährleisten und gleichzeitig einen attraktiven Standort zu wahren und dies nicht hauptsächlich auf Kosten der Steuerzahler. Deshalb beantragt die SVP-Fraktion, beim Budget zusätzlich 6 Millionen einzusparen. Das würde konkret beinhalten, dass man Einsparungen, die ja schon in diesem Jahr hätten gemacht werden sollen, nachholt. Der Stadtrat liegt diesbezüglich wie erwähnt im Rückstand. Im Übrigen gibt es in Olten weiterhin Sparpotenzial, wie beispielsweise in Form einer grundlegenden Verwaltungsreform. Diese Realisierung von Sparpotenzial ist angesichts anhaltender Kostensteigerung, wie zum Beispiel die Sozialkosten, zwingend nötig. Merci für die Aufmerksamkeit.

Urs Knapp, FdP-Fraktion: Im Vorfeld der heutigen Parlamentsdebatte ist es mir wahrscheinlich ähnlich gegangen wie sehr vielen von Euch. Ich habe selten so viele Reaktionen erhalten. Ich habe gezählt. In den letzten Tagen habe ich weit über 100 Emails bekommen. Ich bin fast nicht mehr dazu gekommen, sie irgendwie abzuarbeiten, und zwar aus der Fraktion, aus Parteien, aus anderen Fraktionen, aus Interessengruppen und speziell in den letzten zwei, drei Tagen auch aus der Bevölkerung. Diese Meinungsäusserungen decken ein sehr breites Spektrum ab. Einen Konsens habe ich gesehen. Jetzt muss etwas passieren. Es muss wirklich etwas passieren, vor allem nach der Abstimmung über den NFA.

Die bisherigen Massnahmen, die ergriffen wurden, die der Stadtrat gegen die schlechte Finanzlage vorschlägt, genügen nach dem Ja zum NFA nicht mehr. Man hat dies auch im Finanz- und Investitionsplan gesehen, dass wir in kürzester Zeit an die Wand oder unter kantonale Aufsicht fahren werden. Unter diesem Aspekt ist das Budget 2015 des Stadtrates nicht zu verantworten. Die Regierung will die Steuern ein weiteres Mal um 10 % erhöhen und rechnet trotzdem noch mit einem Defizit von 2,67 Millionen Franken in der laufenden Rechnung, wo es noch Sonderfaktoren gibt. Sonst wäre es nämlich noch höher. Gleichzeitig drohen zusätzliche Mehrkosten für den NFA bis zu 6 Millionen Franken. Es ist unklar, wie der Stadtrat aus diesem Schlamassel heraus kommen will. Gleichzeitig stellen wir fest, dass der Stadtrat verschiedenste Aufträge, die wir als Parlament gestellt haben, wo uns der Staat auch immer wieder gesagt hat „macht doch etwas“, nicht erfüllt hat. Es zeigt sich nachher auch, dass wir alle 50 hier mit bestem Wissen und Gewissen versuchen, irgendwie noch punktuell etwas zu ändern. Es gibt Einzelanträge. Sie sind angekündigt worden, wieder zurückgezogen worden. Es sind neue angekündigt, neue schon eingereicht worden. Ich glaube, man muss sagen: Wir basteln an einzelnen Positionen in diesem Budget mit besten Absichten, aber ohne klare Informationen. Wir müssen sehen, dass der Stadtrat und auch die Stadtverwaltung an einer Aussenlinie stehen, uns etwas spielen lassen und wahrscheinlich auch hoffen: Irgendeinmal geht ihnen die Luft dann schon aus. Aber die Rollenaufteilung muss wirklich klar eine andere sein. Dafür haben wir auch einen Stadtrat, damit er als Kollegialbehörde die Richtung vorgeben muss und versuchen muss, für diese Richtung eine Mehrheit zu sein. Es kann ja nicht sein, dass man einfach Vogel-Strauss macht und sagt: Ja, 2020 werden wir halt kein Geld mehr haben und dann kommt der Kanton. Wir wissen eigentlich auch selber nicht so richtig, was wir machen wollen. Das Parlament hat in den letzten Monaten mit verschiedenen Vorstössen gesagt, wo der Stadtrat handeln könnte. Ich denke hier an den im September 2013 überparteilich eingereichten Vorstoss, grossmehrheitlich angenommen, 28 : 9 Stimmen. Dort hiess es als Entscheidungsgrundlage: Wir möchten vom Stadtrat wissen, was es heissen würde, wenn man 14 Millionen Franken einsparen würde. Das heisst nicht, dass man 14 Millionen einsparen muss. Aber man möchte doch mindestens wissen, wo dieses Potenzial ist. Es ist etwa die Hälfte von dem, was man einsparen müsste, damit wir wieder paritätisch sind. Bis jetzt, nach 14 Monaten, ist keine Antwort des Stadtrates vorliegend. Wir hatten am 25. September die Volksmotion „Sicherung der Schulqualität“. Urs Nussbaum, die Initianten, haben hier auch klar gesagt, sie würden eine Kompensation dieser Mehrkosten, die es gibt, 2015 Fr. 370'000.—, über Fr. 800'000.— ab 2016, im Bildungsbudget ab 2015 begrüssen. Dieses Thema ist null. Man merkt gar nichts im Budget. Es gibt parlamentarische Vorstösse der CVP/EVP/GLP über personelle Dotation von Schulleitern. Es gibt auch andere Vorstösse von Eurer Seite. Es gibt einen Vorstoss der FdP für eine Besoldungsrevision. Auch dies ruht irgendwo hier in diesem grossen Haus. Wir vermissen eine generelle Strategie, wie der Oltner Haushalt wieder ins Lot gebracht werden soll. Mit der Rückweisung des Budgets möchten wir dem Stadtrat eine Nachfrist geben, damit er diese Aufgaben erfüllen kann. Das würde auch das Vertrauen der Bevölkerung stärken. Ich möchte einen kleinen Rückblick machen. Ich glaube, Ende Oktober hat der Stadtrat die Fraktionspräsidenten, Parteien für eine Information über das Budget 2015 eingeladen. Dort hat der Stadtpräsident selber gesagt, wenn der NFA angenommen würde, müssten wir im nächsten Jahr, 2015, bald schon massive Massnahmen ergreifen. Offensichtlich gibt es einen Plan B. Aber ich als Parlamentarier möchte wissen, was Plan B ist und zwar auch, weil wir immer wieder – ich muss hier der SP recht geben – zum grossen Teil auch berechtigt gehört haben: 2012, 2013 hat das Parlament zu spät reagiert. Das ist uns auch wieder von hier vorne vorgeworfen worden. Ihr hättet ja auch etwas sagen können. Ihr habt ja auch nichts gesagt. Deshalb haben wir halt etwas optimistisch budgetiert. Es waren nicht alle hier, die verantwortlich sind. Diesen Vorwurf möchte ich oder möchten wir als FdP eigentlich nicht mehr hören. Sonst werden wir wieder irgendeinmal, relativ rasch, verantwortlich gemacht für etwas, wo wir es nicht sein können. Was erwarten wir jetzt? Wir erwarten nicht ein neues Budget, wo jede Zahl geändert wird. Das ist auch nicht realistisch. Aber wir erwarten, und das kann ein Stadtrat machen, bis Ende Januar ein Budget mit ganz klaren Aussagen des Stadtrates: Wohin soll die Reise gehen? Wozu raufen sich die fünf Personen hier vorne zusammen?

Was heisst das, wenn wir wissen, wie die finanzielle Lage ist, wenn wir wissen, was kommt, was wir tun müssen? Ist dies eine Leistungsüberprüfung, die man aber mit Antrag einleitet oder denken wir, wir können bestimmte Felder der städtischen Aufgaben abtrennen? Oder überlegt man sich, die SBO zu verkaufen, 60 Millionen zu gewinnen und damit auch wieder Luft zu bekommen, um wirklich eine Sanierung zu machen? All das kann man innerhalb eines Monats vom Stadtrat aus machen. Das können wir hier diskutieren und dann finden wir auch eine Basis zum Weitergehen. Vielleicht noch ein letztes Wort: Eine solche Rückweisung ist kein ungewöhnlicher Vorgang. Das ist nicht eine Revolution und es ist auch nicht so, dass die Stadt nachher stillsteht. Die Löhne werden genau gleich gezahlt. Wir werden sogar auch mit einem zurückgewiesenen Budget Parlamentsitzungen haben. Die Schulen funktionieren, die Kehrichtabfuhr funktioniert und alles. Genau vor zwölf Jahren, am 12. Dezember 2012 hat das Parlament schon einmal ein Budget an den Stadtrat zurückgewiesen, übrigens auf Antrag der CVP, weil der Stadtrat die Ausgaben zu wenig reduziert hat. Diese Rückweisung hat dann sehr viel positive Energie ausgelöst und hat bessere Lösungen geschaffen. Auf diesen Mechanismus zählen wir auch in diesem Jahr. Ich danke Euch, wenn Ihr die Rückweisung unterstützt.

Stadtrat Benvenuto Savoldelli: Ich möchte darauf hinweisen, dass uns immer wieder vorgeworfen wird, dass wir keine Strategie haben. Das ist falsch. Man hätte zwei Möglichkeiten gehabt. Entweder hätten wir gesagt, in jedem Departement wird 20 % eingespart und dann hätte man wahrscheinlich dort eingespart, wo es nicht richtig gewesen wäre. Unsere Strategie war, dass man jeden Posten überprüft und schaut, ob man etwas sparen kann oder auch, ob man restrukturieren und zusammenlegen könnte. Es ist ja gerade im Zusammenhang mit der Energie gesagt worden, dass wir dies dort, sobald es diese Möglichkeit gegeben hat, als Frau Flury gekündigt hat, generell angeschaut haben und man andere Strukturen geschaffen hat. Ich möchte noch darauf hinweisen, dass wir schon im letzten Jahr mit 115 Steuerpunkten gekommen sind. Ihr habt es nicht akzeptiert. Letztes Jahr haben wir schon gesagt, dass es eigentlich zwingend nötig wäre, dass man diesen Steuerfuss so festsetzen würde. Ich höre auch immer wieder, dass uns vorgeworfen wird, den Aufwand im Budget 2015 nicht so reduziert zu haben, wie dies im Rahmen des Finanzplans 2014-2020 dargelegt wurde. Ich habe den Finanzplan hier. Hier spricht man ganz klar von einem Entlastungspaket und nicht von einem Sparpaket, wo man 8,8 Millionen einsparen wollte. Ein Entlastungspaket enthält Aufwandkürzungen und auch Mehreinnahmen, namentlich in Form von Gebühren. Das wurde auch an den runden Tischen so kommuniziert und dort haben alle geschwiegen und jetzt verwirft man hier die Hände und sagt wir halten dies nicht ein. Wenn man schaut, haben wir gegenüber dem Budget 2013 eine Reduktion des Aufwands von 9,6 Millionen budgetiert. 9,6 Millionen in zwei Jahren, das ist nicht wenig. Gegenüber dem Budget 2014 ist der Aufwand noch einmal 4,9 Millionen tiefer. Wir haben Einsparungen von 4,2 Millionen und weitere Kürzungen von 0,7 Millionen. Dafür können wir zwar nichts. Das muss ich zugeben. Hier handelt es sich um reduzierte Beiträge an den Kanton, Beiträge an die Ergänzungsleistung, Pflegefinanzierung oder öffentlichen Verkehr. Aber immerhin gibt dies zusammen 4,9 Millionen. Wenn man die Gebührenerhöhung von 1,1 Millionen dazu rechnet, kommen wir auf 6 Millionen. Der Stadtrat schlägt weitere Massnahmen vor. Unter anderem werden wir am 18. Dezember darüber befinden, beispielsweise über die Zusammenlegung der STAPO und der KAPO. Das dürfte eine weitere Entlastung von rund 2 Millionen bringen, ohne mich jetzt hier darauf behaften zu wollen. Zur Sicherung der Schulqualität: Ich weiss nicht, wo Ihr die Illusion habt, dass man die Fr. 376'000.— im Jahr 2015 und die Fr. 815'000.— im Jahr 2016, die man wieder aufgenommen hat und wir einsparen wollten, bei der Schulleitung und bei der Schuladministration kompensieren kann. Da müsste man beide streichen und hätte keine Schulleitungen und keine Schulkompensation mehr. Wenn dies nicht so wäre, wäre jetzt nämlich die Motion oder der Sparauftrag der CVP anders gewesen. Sie wollen, dass wir Fr. 50'000.— oder Fr. 70'000.— und 2016 dann Fr. 140'000.— sparen. Hier sieht man eigentlich, wo Sparpotenzial ist. Davon, dass hier gesagt wurde, dass man, wenn man die Sicherung der Schulqualität überweist, eine Kompensierung an einem anderen Ort will, weiss ich nichts. Das wird einfach immer wieder behauptet. Aber es stimmt nicht. Eine

Kompensation wäre auch völlig illusorisch. Ich möchte noch darauf hinweisen, dass der Voranschlag 2015 einen Verlust von rund 2,67 Millionen ausweist und gegenüber der Rechnung 2013 ergibt dies eine Verbesserung von immerhin 21,3 Millionen. Wenn man jetzt die 20 Steuerpunkte nimmt, die 10,5 Millionen ergeben, haben wir immer noch über 10,5 oder 10,8 Millionen, die wir irgendwo eingespart haben. Dieser Vorwurf, dass wir uns nicht an die eigenen Vorgaben halten, stimmt so nicht.

Dieter Ulrich, SP-Fraktion: Besten Dank jetzt auch dem Finanzdirektor für das engagierte Votum. Wir haben dies an der letzten Sitzung ja auch eingefordert. Beim Finanzplan waren wir weniger glücklich. Aber jetzt sind wir doch froh, dass hier auch einmal eine klare Stellungnahme gemacht wurde. Es wird Euch nicht überraschen. Wir sind gegen die Rückweisung des Budgets. Einerseits sehen wir den Mehrwert nicht, weil, wie Urs gesagt hat, eigentlich in diesem Monat nicht viel möglich sein wird, ausser dass vielleicht noch anders, besser oder wie auch immer kommuniziert wird. Aber an den Zahlen wird sich nicht viel ändern, weil die Sachen, wo man vielleicht noch sparen kann, einfach auch Zeit brauchen. Man kann bemängeln, dass es vielleicht nicht schnell genug gemacht wurde. Bei einzelnen Punkten würde ich mich dem sogar anschliessen. Es ändert aber an der Tatsache nichts, dass wir dieses Budget nicht von neu auf aufbauen können und es dann plötzlich ganz anders aussieht. Vor allem können wir nicht verstehen, wie man die 115 % immer noch in Frage stellen kann. Genau wenn man den Finanzplan anschaut und er klar zeigt, dass es nicht aufgeht, selbst mit 115 % nicht, ist es einfach illusorisch zu meinen, man könne dies mit 105 % irgendwie lösen. Selbst wenn wir die 9 Millionen irgendwo noch einsparen, wird es nicht aufgehen. Das müssen wir einfach akzeptieren. Es bringt uns nichts, wenn wir jetzt zusätzlich auch noch Unsicherheiten schaffen, wenn wir dieses Budget erst im Januar behandeln. Wenn es dann im schlechtesten Fall noch ein Referendum gibt, haben wir bis ca. Mai einfach kein gesichertes Budget. Das ist einfach Gift in dieser Situation und ich würde wirklich nicht empfehlen, dass man jetzt diesen Weg geht. Ich finde es auch schlecht, wenn man die Verantwortung jetzt immer dem Stadtrat zuschiebt. Wie es jetzt gesagt wurde: Wir haben hier auch heute Abend wieder Entscheide getroffen, wo man einfach Sparmassnahmen abgeblockt hat. Dann kann man doch nicht immer sagen, der Stadtrat soll jetzt zeigen, wo man einspart, und wir lehnen es nachher wieder ab. Das ist nicht seriös. In diesem Sinne möchte ich wirklich empfehlen, dass wir heute Abend über dieses Budget diskutieren und ein Budget verabschieden, wie immer dies nachher aussieht. Rückweisen ist irgendwo auch eine Flucht aus der Verantwortung. Das sollten wir in dieser Situation nicht machen.

Roland Rudolf von Rohr, CVP/EVP/GLP: Unsere Fraktion ist ebenfalls gegen diese Rückweisung und zwar ist es ziemlich knapp geworden, fast die knappste aller Möglichkeiten. Aber sie ist immerhin noch da. Ich möchte dies auch noch begründen. Mir scheint, es kommt auch nicht jeden Tag vor, dass ich gleicher Meinung wie die SP bin, hier aber doch in vielen Punkten. Man kann nicht immer alles dem Stadtrat zurückschieben und wenn man dies macht, muss man auch etwas schauen, was hier zurückkommen könnte. Natürlich haben wir die gleichen Interessen wie Ihr auch, dass wir unter dem Strich bei uns wieder einmal eine schwarze Null sehen und dies im Finanzplan halt erst 2017 oder 2018 ist, tant pis. Aber wir müssen dies anstreben. Nur wenn Ihr dies zurückweist, müssen die Bürgerlichen daran denken, dass dann natürlich auch ein Bumerang kommen könnte, nämlich, dass dann am falschen Ort „geschräubelt“ wird, nämlich bei den Steuern, dass es dann dort plötzlich anders aussieht, als die 115 Punkte. Die Budgethoheit ist hier im Parlament und diese heisse Kartoffel einfach zurückzugeben, finde ich falsch. Wir haben diese Sache angeschaut. Wir haben von Anfang an gesagt – ich habe vorher von diesen 25 Millionen gesprochen – wir möchten sie paritätisch abdecken. Paritätisch heisst, die Hälfte sollte mit Mehreinnahmen sein und die Hälfte sollte mit weniger Ausgaben sein, also mit sparen. Wenn ich auch nicht die ganz genau die gleichen Zahlen wie Herr Savoldelli habe, muss ich dort sagen, dass es bei mir so aussieht, dass bis jetzt diese Parität erfüllt ist. Man kann nicht sagen, man habe nicht gespart. Wir haben vorher ein paar Zahlen gehört. Wir haben 8,5 Millionen seit dem Budget 2013 eingespart. Wir haben Mehreinnahmen von ca.

8,5 Millionen. Das haben wir jetzt. Das sind 17 Millionen, die wir haben, inklusive Budget 2015 schon gerechnet. Wenn wir in dieser Parität 2016 weitergehen, und diese Gelegenheit werden wir ja dann im nächsten Budget haben und wir können es eventuell auch mit Sparmotionen vorbereiten, aber endlich einmal etwas, das vom Parlament und nachher auch abgedeckt wird, dann 2016 noch einmal 8,5 Millionen auf beiden Seiten einholen, sind wir bei diesen 25 Millionen und die schwarze Null ist auch in Sicht, wenn es mit dem NFA nicht allzu schlimm wird, was wir ja alle hoffen. Das wäre dann noch nicht abgedeckt. Ich denke, eine Rückweisung bringt nichts. Das Parlament ist in einem Monat das Gleiche. Der Stadtrat ist auch der gleiche. Deshalb wollen wir es heute behandeln und wollen heute dazu stehen. Ihr habt gesehen, dass von der CVP auch Anträge kommen, wo man noch mehr sparen könnte. Sonst sind wir grossmehrheitlich für den GPK-Antrag, weil genau das die Parität beinhaltet. Dann haben wir ca. 4 Millionen mehr Steuereinnahmen mit dem GPK-Antrag und noch rund 4,5 Millionen sparen. Dann haben wir die 8,5 Millionen. Das ist auch ein Weg, wie wir zum Ziel kommen, und der andere Weg kann durchaus ein Durchlaufkrepiere werden. Deshalb bitte ich Euch, die beiden Anträge abzulehnen.

Myriam Frey Schär, Fraktion Grüne: Den Rückweisungsanträgen der SVP und FdP können wir wenig abgewinnen. Die beiden Vorredner haben eigentlich die Argumente, die wir auch ins Feld führen würden, weitestgehend schon gebracht. Deshalb mache ich es noch einmal. Zusammengefasst: Weder sehen wir ein grösseres Kürzungspotenzial, ohne dass bleibende Schäden entstehen, noch finden wir, dass die Annahme des NFA so überraschend gewesen wäre, dass die Stadt jetzt noch nachbessern müsste. Wenn irgendetwas, dann sind die 115 % erst recht gerechtfertigt. Wir sehen deshalb nicht, was eine Rückweisung bewirken könnte. Wir glauben nicht, dass wir auf diese Art und Weise weiter kommen, und sagen deshalb zweimal nein.

Beschluss

Mit 23 : 26 Stimmen wird die Rückweisung abgelehnt

Dr. Christoph Fink: Die GPK hat in gewohnter Weise den Voranschlag der Einwohnergemeinde Olten für das Jahr 2015 gründlich geprüft. An einer ganztägigen Sitzung hat uns Finanzverwalter Urs Tanner einen Überblick über die Finanzen der Stadt Olten gegeben mit Eckwerten, Zahlenreihen, Grafiken und den rechtlichen Aspekten. Seine Präsentation war umfassend und verständlich und soll an dieser Stelle auch noch einmal bestens verdankt werden. Beim Budget selber haben wir auf der Seite der Ausgaben zwar viele Fragen, aber keine Anträge auf Änderungen gestellt. Auf der Einnahmeseite sieht es hingegen etwas anders aus. Hier haben wir erstens einmal bei der Personalsteuer einen Antrag gestellt, sie von bisher Fr. 20.— auf Fr. 30.— zu erhöhen. Hier ist in der GPK auf die Diskussion im Kantonsrat verwiesen worden. Im Kanton ist nämlich diese Steuer von Fr. 10.— auf Fr. 30.— erhöht worden, wobei der Regierungsrat eigentlich Fr. 50.— vorgeschlagen hatte. Wir dachten, dass dies etwa gerecht ist, wenn wir in der Stadt die gleich hohe Personalsteuer wie im Kanton haben. Mehr zu reden gegeben hat dann eben der Steuerfuss. Hier war ein Entscheid dann sehr schwierig. Die Meinungen gingen sehr weit auseinander. Wir sind am Schluss auf 108 % der einfachen Staatssteuer für die Einkommenssteuer gekommen. Wir schlagen 108 % paritätisch für die juristischen und auch für die natürlichen Personen vor. Die Parität selber ist eigentlich bei uns nicht gross zur Diskussion gestanden. Wir haben ja seit einigen Jahren in der Stadt Olten den gleichen Steuerfuss für beide Steuerkategorien. Wir hatten in der GPK eigentlich vor allem drei Argumente gegen den stadträtlichen Vorschlag, der ja auf 115 % lautet. Wir haben nämlich einfach etwas unsere Zweifel, ob das Sparpotenzial wirklich ausgeschöpft ist, wenn man beispielsweise hört, dass eine Zitrone noch ziemlich viel Saft enthalten soll. Hier würden wir dies einfach etwas als gewissen Affront empfinden, wenn man 10 Steuerpunkte mehr zahlen muss und andererseits weiss, die Stadt könnte eigentlich noch etwas mehr sparen und dann müssten wir die Steuern etwas weniger erhöhen. Dann gibt es in der GPK sicher einen grossen Teil, der will, dass der Spardruck eben in der Stadt Olten und auf dem Stadtrat hoch

bleibt und der Stadtrat mit weiteren Sparvorschlägen kommt, sie dem Parlament zuleitet und das Parlament dann natürlich auch nicht umfällt und diesen Anträgen auch zustimmt. Zudem denken wir selbstverständlich auch an ein Referendum. Diese Drohung oder ein solches Damoklesschwert steht natürlich über uns. Schliesslich hatten wir letztes Jahr auch ein Referendum. Man muss sagen, wenn man innert zwei Jahren und jedes Mal um 10 Steuerpunkte erhöht, ist dies vor allem für den Mittelstand sehr schwer verkraftbar. Es gibt natürlich in der Stadt Olten viele, die gar keine Steuern zahlen. Für sie kommt es überhaupt nicht darauf an, wie hoch die Steuern sind. Diejenigen, die ziemlich viel Einkommen haben, können dies auch gut verkraften. Aber der Mittelstand, der eigentlich alles selber bezahlen muss, wenig aus dem Staatstopf erhält und auch noch die Krankenkassenprämien jedes Jahr verkraften muss. Das ist für den Mittelstand schwierig und hier könnte allenfalls die Zustimmung des Mittelstands in einer Referendumsabstimmung eben fehlen. Gesamthaft muss man sagen, dass es mit den Änderungsanträgen der GPK, wie Ihr hier gesehen habt, einen Mehraufwand von 6,2 Millionen Franken geben wird. Damit sind wir mit den Einnahmen und Ausgaben überhaupt nicht mehr im Gleichgewicht, wie dies die Kantonsverfassung des Kantons Solothurn vorschreibt, wie es im Normalfall sein sollte. Das heisst, dass wir in den nächsten Jahren sicher weiter sparen müssen. Aber sicher müssen wir auch noch weiter die Steuern erhöhen. Wir sind also nicht am Ende der Fahnenstange. Das ist ganz sicher. Wir betrachten einen Steuerbezug von 108 %, bezogen auf die einfache Staatssteuer, als das absolute Minimum. Sonst würden die Schulden eben viel zu stark und sehr rasch ansteigen. Herr Präsident, geschätzte Ratsmitglieder, ich beantrage im Namen der GPK, zumindest ohne grosse Änderungen dem Voranschlag 2015 der Einwohnergemeinde Olten zuzustimmen. Besten Dank.

Stadtrat Benvenuto Savoldelli: Wenn man das Gemeindegesetz anschaut, sagt § 144 Absatz 2, der Steuerfuss sei so zu bemessen ist, dass der voraussichtliche Steuerertrag mit dem übrigen Ertrag mittelfristig den Aufwand der laufenden Rechnung, einschliesslich der notwendigen Abschreibungen, finanziert. Das ist die gesetzliche Grundlage, an die wir uns halten müssen. Obwohl wir jetzt den Steuerfuss für das nächste Jahr festzulegen haben, ist nicht das Resultat 2015 für die Festlegung des Steuerfusses massgebend, sondern die Resultate der mittelfristigen Planergebnisse. Nach dem Abstimmungswochenende nimmt der neue Finanzausgleich massgeblich auf die mittelfristigen Planergebnisse Einfluss. Ausgehend von der mittleren Bandbreite der möglichen Parameter und unter Anwendung der Härtefallklausel hat der Kanton für die Stadt Olten eine Mehrzunahme im Jahre 2016 von 4 Millionen vorausgesagt, die im Verlauf der Jahre dann bis auf 5,1 Millionen anwachsen werden. Das ist eine Nettoszahl. Dabei sind neben dem Ressourcenausgleich auch der Lastenausgleich und die Schülerpauschalen berücksichtigt worden. Wir haben mit Mehrausgaben von 4 bis 5,1 Millionen zu rechnen. Das ist mittelfristig die Zahl, von der man ausgehen muss, was Mehrausgaben betrifft. Obwohl dieser NFA erst im Jahr 2016 zur Anwendung kommt, kann man vereinfacht sagen, dass die geplante Steuererhöhung von 10 Steuerpunkten – das macht rund 5,5 Millionen aus – spätestens ab 2016 von diesem NFA weggefressen wird. Die beantragte Steuererhöhung auf 115 % würde somit nur im Jahr 2015 zu einer effektiven Entlastung der Rechnung und zu Mehreinnahmen führen. Zu den Sparmassnahmen habe ich mich schon geäussert. Wenn ich jetzt den Verlust von 2,67 Millionen im Voranschlag 2015 anschau, ist er – ich sage nicht geschönt; das ist ja ein vorbelastetes Wort – aber man muss hier sicher Sonderfaktoren berücksichtigen. So sind zwei einmalige Sonderfaktoren für dieses „gute“ Resultat verantwortlich, einerseits die Buchgewinne aus Liegenschaftsverkäufen, die 1,18 Millionen und Entnahmen aus Vorfinanzierungen von rund 1,67 Millionen. Wenn wir die einmaligen Sondereffekte zum Verlust dazu zählen würden, wäre er viel grösser. Aufgrund dieser Tatsachen ist sich der Stadtrat durchaus bewusst und der Spardruck ist auch weiterhin gross, dass weitere Entlastungsmassnahmen absolut nötig sein werden. Insofern hat es immer noch Saft in der Zitrone, wobei der Gemüsehändler nicht ich bin. Das war Urs Huber, der diesen Satz verwendet hat. Ich habe im Interview nur davon gesprochen, dass wir noch brachliegendes Sparpotenzial haben. Aber egal, wie das Ganze heisst: Für den Stadtrat ergeben sich drei wesentliche Erkenntnisse, obwohl uns dies immer vorgeworfen wird. Wir tappen hier im

Dunkeln, ohne eine Strategie zu haben. Der Steuersatz von 115 % ist absolut zwingend. Realistisch gesehen geht dies spätestens ab dem Jahr 2016 gar nicht mehr anders. Die ganze Steuererhöhung wird von diesem NFA, wie ich bereits gesagt hat, weggefrisst. Wenn man den Plan 2016 im Finanz- und Investitionsplan anschaut, weist er immer noch einen Verlust von 4,56 Millionen aus. Das Ziel des Stadtrates wird sein, ihn wegzubringen. Es ist also nicht so, dass wir, wenn jetzt diese Steuererhöhung auf 115 Steuerpunkte durchkäme, nach hinten liegen und sagen: Juhui, wir machen nichts mehr. Man hat es eingangs zum Finanz- und Investitionsplan gehört. Auf dieser Seite möchten sie 30 Millionen investieren, hier gar nichts, und da sind sie dazwischen. Wir sind in einem Riesenspagat. Zwar haben wir gesagt, 10 Millionen sind das Maximum, das wir tragen können. Wir liegen in gewissen Jahren leicht darüber. Aber es ist klar, dass sämtliche Investitionen noch einmal kritisch hinterfragt werden müssen, ob sie absolut nötig sind oder nicht. Es kann dann sein, wenn die Schülerzahlen beispielsweise massiv zunehmen, dass man halt plötzlich ein Schulhaus bauen und etwas anderes liegen lassen muss. Das ist uns durchaus bewusst und das haben wir im Finanz- und Investitionsplan in den Risiken auch so dargelegt. Man hat es heute gesehen. Wir schlagen Einsparungen vor, ohne jetzt werten zu wollen, ob es gut oder schlecht ist, was Ihr gemacht habt. Aber Einsparungen sind schon wieder nicht so durchgekommen, wie wir dies wollten. Aufweichungen gefährden die Sparstrategie und verschärfen die desolate finanzielle Situation. Es ist von Roland Rudolf von Rohr und auch von Dieter Ulrich gesagt worden: Es ist einfach, immer dem Stadtrat den schwarzen Peter zuzuschieben. Wenn Ihr sparen wollt, seid wenigstens konsequent, winkt diese Sparmassnahmen auch so durch und macht nicht immer wieder die Hälfte rückgängig. Fazit: Die geplante Steuererhöhung widerspiegelt die Realität aufgrund der Annahme des NFA. Spätestens 2016 müssen die 10 Steuerpunkte hinauf gehen, weil wir dann 4 Millionen mehr zahlen müssen. Die 10 Steuerpunkte machen rund 5,5 Millionen aus. Im Gegenzug wird der Stadtrat weitere Spar- und Entlastungsanstrengungen unternehmen. Ich möchte darauf hinweisen, dass es eine Gemeindeordnung gibt, wo jetzt eine Kommission eingesetzt wird. Ich muss ehrlich sagen: Ich bin vielleicht nicht der geborene Politiker. Aber wenn ich sehe, wie es dort langsam vorwärts geht, fange ich an zu zappeln. Es sind alles Personen, die Ihr in diese Kommissionen gesetzt habt. Dort könnte man schon schneller vorwärts machen. Das ist so. Du bist übrigens auch dabei. Aber eine politische Diskussion braucht halt manchmal etwas länger, als wenn man in der Privatwirtschaft einfach sagen kann: Wir machen es jetzt so und fertig. Daran müsst Ihr Euch halt auch halten, gerade weil Ihr immer mitreden wollt. Sparen und entlasten, Entlastungsanstrengungen wird der Stadtrat in Betracht ziehen. Aber es ist auch zu berücksichtigen, dass die Attraktivität dieser Stadt und die Weiterentwicklung nicht einfach entscheidend beeinträchtigt werden können. Sonst stehen wir dann wirklich vor dem Nichts und haben eine Stadt, in der niemand wohnen möchte. Ich möchte Euch deshalb bitten, dem Voranschlag inklusive diesem Steuerfuss zuzustimmen, auch wenn es ein Biss in den sauren Apfel ist. Aber es geht leider nicht anders. Ich war ja der Erste, der sich im Wahlkampf dafür eingesetzt hat, dass die Steuern nicht erhöht werden. Aber die Realität ist leider eine andere.

Matthias Borner, SVP-Fraktion: In der Frage der Höhe der Steuern scheint ja hier nicht gerade eine einheitliche Meinung vor zu herrschen. Ich möchte einfach davor warnen, leichtfertig an der Steuerschraube zu drehen. Eine zentrale Eigenschaft eines Standorts ist die Planungssicherheit und zusätzlich die Rechtssicherheit. Diese sind in Gefahr. Wenn man einfach jedes Jahr die Steuern dynamisch anpasst, kann man als Firma und als Privater nicht gut planen und man bewertet dies auf jeden Fall negativ. Wenn hier jemand investiert oder hierher zieht, ist dies auch ein Vertrauensbeweis. Hier sollte man auch von der Besteuerung her eine gewisse Stetigkeit und Verlass ausstrahlen. Wenn man nur Leute anziehen möchte, für die diese Steuerdiskussion keine Rolle spielt, weil sie fast keine Steuern zahlen, ist dies sicher auch nicht der Weg des Erfolgs. Wenn dann ein Finanzplan noch vorsieht, dass man in die Kantonsverwaltung fällt, ist zusätzlich auch noch die Rechtsunsicherheit gegeben. Man kann auch davon ausgehen, dass es für eine Stadt, die sich selber in die Fremdverwaltung plant, und das ist eigentlich, was uns vorgelegt wurde, sehr schwierig wird, am Kapitalmarkt zu guten Konditionen zu finanzieren. Man schreitet hier

den Weg einer Abwärtsspirale ab. Hier machen wir nicht mit. Bei der Diskussion sollte man sich vielleicht nicht nur mit den Dörfern vergleichen. Aarau belässt zum Beispiel seinen Steuerfuss unter 100 % und zwar relativ deutlich. Wenn man, um diese Probleme zu lösen, nur den Steuerzahler schröpft, ist dies kein nachhaltiger Weg. Es sollte langsam die Erkenntnis setzen, dass man einfach weniger Geld ausgeben darf. Man muss wieder schauen: Was kann Olten und was braucht Olten? Letztes Jahr hiess es in der Begründung, wir seien schliesslich immer noch im obersten Drittel. Das heisst im untersten Drittel bei der Höhe des Steuerfusses. In diesem Jahr spricht man noch von der Hälfte. Wenn es so weitergeht, werden wir uns irgendeinmal sagen: Wir sind immer noch bei den besten 90 %. Also auch hier eine dynamische Anpassung von Grundsätzen. Es mag sein, dass wir über dem Durchschnitt sind, wenn wir uns mit Walterswil, Wisen, Bolken, diesen Wirtschaftsstandorten vergleichen. Aber für den Wirtschaftsmotor des Kantons, und das ist Olten, ist dies ein schlechter Vergleich. Wenn man dies zu Ende denkt, sollte man sich konsequenterweise auch eine Verwaltung wie diese Gemeinden leisten und auch die Löhne wie sie diese Gemeinden zahlen. Wenn es um die akademischen Planspiele aus dem Stadthaus geht, lässt man sich ja jeweils auch von Zürich und Bern inspirieren. Es ist einfach eine Tatsache, dass wir im Wettbewerb mit Städten wie Aarau, Liestal, Basel und Luzern stehen und wenn wir kompetitiv sein wollen, müssen wir auch steuerlich bei den Leuten sein. Wir werden uns, wie man es sich von uns gewohnt ist, für tiefe Steuern einsetzen und bei den anderen Traktanden enthalten oder ablehnen. Merci für die Aufmerksamkeit.

Dieter Ulrich, Fraktion SP/Junge SP: Wie ich es schon beim Votum zum Rückweisen angetönt habe, sind die 115 % in diesem Budget auch zwingend. Wie gesagt können wir nicht nachvollziehen, wie man diese Zahlen sehen und immer noch das Gefühl haben kann, man komme mit einem tieferen Steuersatz durch. Wir haben dies in der Fraktion diskutiert, wo uns Urs Tanner das Budget auch vorgestellt hat. Er hat dies dort auch angetönt. Wenn wir eine Zentrumsstadt mit entsprechenden Angeboten sein wollen, müssen wir einfach auch bereit sein, das Geld auszugeben, sprich wir müssen es aber auch einnehmen. Wir sind dagegen, dass man Olten irgendwie zu einer Schlafstadt macht, am Schluss nur der Steuerfuss zählt und vielleicht noch irgendwie die Basisleistungen gewährleistet werden. Das ist genau so oder noch viel weniger attraktiv, als wenn diese Steuern jetzt 10 % hinauf gehen. Insofern werden wir dem Budget wie gesagt, nur zustimmen, wenn wir bei diesen 15 % den Konsens finden. So müssen wir schauen, uns enthalten oder es ablehnen. Es ist vom GPK-Sprecher gesagt worden, man wolle mit diesen 108 % einfach den Spardruck aufrechterhalten. Auch dort sind wir etwas ratlos. Die letzten zwei Jahre haben wir hier eigentlich über nichts anderes als über die Notwendigkeit, dass gespart werden muss, diskutiert, damit wir die Finanzen in den Griff bekommen. Wir sehen es ja im Finanzplan. Wir werden auch in den kommenden Jahren nicht umhin kommen, auch wenn wir auf die 115 % gehen. Wir werden nach wie vor schmerzhafte Einschnitte planen und wahrscheinlich beschliessen, damit wir dies wieder ins Lot bringen. Ich sehe nicht, wie die 108 % in diesem Kontext gerechtfertigt sein sollten. Der Sprecher der CVP/EVP/GLP hat vorher angetönt, dass mit diesen 3 % 4 Millionen Mehreinnahmen generiert werden sollen. Ich habe dies nicht ganz verstanden. Nach meiner Rechnung müssten es ca. 8 % zusätzlich sein, damit dies aufginge. Wir können dies nicht nachvollziehen und können die 108 % nicht unterstützen. Wo wir die GPK unterstützen werden, ist bei den Fr. 30.— anstatt Fr. 50.— Kopfsteuer, die der Stadtrat vorschlägt. Diesen Antrag hätten wir sonst auch selber gestellt. Dort stehen wir dahinter. Wie es der Finanzdirektor auch schon angetönt hat, haben wir ein Gemeindegesetz, das auch vorschreibt, dass die Einnahmen mittelfristig auch die Ausgaben decken müssten. Auch dort sehe ich nicht, wie wir mit diesen 108 % diese Anforderungen decken sollen. An der letzten Sitzung letzte Woche wurde von bürgerlicher Seite gesagt, die Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Das stimmt. Umso mehr kann ich nicht verstehen, wieso man heute noch mehr Schulden machen will, weil wir im Endeffekt einfach morgen mit den Steuern noch stärker hinauf gehen werden müssen. Ich weiss nicht, wer wirklich glaubt, dass wir das Ganze nur mit Sparmassnahmen ins Lot bringen soll. Das ist für mich nicht nachvollziehbar. Wir sehen ja selber, dass wir, wenn es dann wieder hart auf hart geht, wir am Schluss diese Vorschläge ablehnen, weil es immer genug Interesse und genug

Gründe, um gegen diese Sparmassnahmen zu sein. Ich persönlich habe auch kein Interesse, diese Steuern unendlich weiter ansteigen zu lassen. Umso mehr finde ich, dass wir jetzt Gegensteuer geben müssen und nicht erst morgen oder übermorgen. Das ist nicht zielführend. Insofern werden wir den GPK-Antrag der Kopfsteuer unterstützen. Bei den einzelnen Anträgen, die sonst gestellt wurden, werden wir uns dann gegebenenfalls noch dazu äussern.

Roland Rudolf von Rohr, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Ein Steuerprozent ist Fr. 550'000.—. Wenn ich vorher von 4 Millionen gesprochen habe, dachte ich natürlich, dass wir auf 15 eine zweistufige Erhöhung wollen. Das ist unser Ziel und zwar hat dies auch einen Grund. Wenn wir jetzt gleich 10 % erhöhen, nehmen wir den Spardruck weg. Diesen müssen wir aufrecht erhalten, sonst kommen wir nie auf die schwarze Null, die wir anstreben. Ich habe gesagt: Wir haben bis jetzt paritätisch gespart. Mehreinnahmen und Mehrausgaben halten sich in etwa die Waage. Das muss so weitergehen. Den Sparbeweis für 2015 haben wir hier. Aber für 2016 brauchen wir ihn auch noch. Deshalb wollen wir erst im nächsten Jahr auf die 115 % erhöhen, wenn auf der anderen Seite auch gespart worden ist. Das ist ein Ziel, das wir haben, und das wollen wir auch durchsetzen. Deshalb hoffe ich nicht, dass die 115 % heute durchkommen. Ich habe von diesen 25 Millionen gesprochen, die wir über 10 Jahre hatten und gemerkt haben, wie einfach das Verteilen ist. Wir haben es auch verteilt. Wir haben es gescheit und schön verteilt. Aber jetzt merken wir, dass wegnehmen halt viel schwieriger ist. Ich glaube, das ist überall so. Trotzdem spüre ich in dieser Stadt eine Dynamik und auch Bewegung und möchte mich an dieser Stelle bei Privaten bedanken, die für Beträge eingesprungen sind, die leider weggenommen werden mussten. Ich denke an die Sonnegg. Ich denke an das Kunstmuseum. Ich denke auch an den Vögelgarten, an andere Institutionen, die einspringen, für das, was diese Stadt einfach nicht mehr zahlen kann. Das muss so weitergehen und diese Dynamik muss so weitergehen. Deshalb muss auch das Andere Schritt für Schritt gehen. Wenn wir zu sehr mit der Steuerschraube hinauf gehen, droht auch ein Referendum und dann sind wir wieder vor dem Scherbenhaufen. Ich bin aber überzeugt, wenn man sieht, dass man gleichzeitig spart und mit den Steuern hinauf geht, weiss man, der Wille ist da, damit wir dieser Stadt wieder eine ausgeglichene Rechnung bieten können. Wir werden praktisch alle Sparanträge des Stadtrates unterstützen. Es gibt noch zusätzliche Anträge, die nachher von uns kommen werden, wo wir auch hoffen, dass man hier noch etwas Zusätzliches machen könnte, und es gibt wenige kleine Sachen, die wir korrigieren werden. Hier kann sich der Finanzdirektor freuen, dass wir das Budget hauptsächlich im Sinne des Stadtrates so durchgeben. Aber ich denke, 8 % hinauf ist jetzt der richtige Schritt. Dann sind wir in der Parität und später noch etwas mehr an der Schraube gegen oben und gegen unten. Das ist der richtige Weg.

Urs Knapp, FDP-Fraktion: Ich möchte vielleicht zuerst noch etwas zu den Zahlen sagen, die Benvenuto erwähnt hat. Wenn ich die Medienmitteilung des Stadtrates vom 1. Dezember 2014 lese, stehen dort andere Zahlen drin. Ich glaube nicht, dass die Welt in den letzten drei Tagen anders gegangen ist. In dieser Medienmitteilung steht ganz klar, Einsparungen Budget 2015 gegenüber 2013 8,9 Millionen und nicht irgendwie eine andere Zahl und total Mehreinnahmen mit einem Steuerfuss von 115 % 12,1 Millionen. Von daher ist die Parität, die wir anstreben, die wir ja auch bei der CVP spüren, einfach nicht gegeben. Wir wären schon froh, wenn Ihr die gleichen Zahlen benützen würdet und vor allem auch die Zahlen nehmen, die offensichtlich offiziell sind. Das andere Thema ist, dass für uns genau aus diesem Grunde ein Steuerfuss von 115 % nicht akzeptabel. Ich habe vorher gesagt, dass ich sehr viele Mails und Anrufe erhalten habe. Ich teile dies auch gerne in einem kleineren Kreis mit der Finanzdirektion. Darunter waren konkret zwei Unternehmen, die gesagt haben: Ich habe verschiedene Standorte. Ich kann meinen Standort noch bis Ende Jahr problemlos wechseln und meine Einnahmen anders fliessen lassen und dann zahle ich praktisch nichts mehr in Olten. Man muss einfach sehen – man kann dies als Drohungen ansehen – dass die Wirtschaft auch in Olten nicht mehr so stark ist. Wir haben grosse Probleme mit dem EU-Raum. Viele Unternehmen hier exportieren gegen extern und müssen darauf achten. Ich glaube, von daher ist aus unserer Sicht wirklich wichtig, dass man zeigt: Wir möchten

eigentlich genau das, was der Stadtrat auch immer wieder gesagt hat, auch realisieren. Wir wollen gleichviel einsparen und gleichviel mit den Steuern hinaufgehen. Sonst werden wir, und das wird hoffentlich den Stadtrat freuen, seine Anträge alle unterstützen. Wir sind auch für eine Personensteuer von Fr. 50.—. Wenn man sieht, dass in Olten 40 bis 45 % gar keine Steuern zahlen, aber natürlich relativ viele auch steuerlich von den Leistungen profitieren und es darunter vielleicht auch solche wie Frau Nellen von der SP hat, die ja Steuern oder ihr Vermögen optimieren, glaube ich, dass es nicht mehr als recht ist, zu schauen, dass man für die Grundleistung dieser Stadt die Fr. 50.— ausgibt. Das sind vielleicht drei, vier Mittagessen, wenn man ganz bescheiden ist. So viel sollte einem die Stadt 365 Tage auch wert sein.

Myriam Frey Schär, Fraktion Grüne: Zuerst einmal danke den Autorinnen und Autoren des Voranschlages. Er ist wie immer übersichtlich gestaltet und sehr angenehm in der Handhabung. Wir haben ja inhaltlich keine Anträge für das Budget gemacht. Deshalb möchte ich jetzt einzelne Punkte noch kurz würdigen. Wir haben gesehen, dass der Energieverbrauch des Stadthauses gleich hoch wie vorher veranschlagt ist. Wir haben natürlich feste Erwartungen, dass der Heizenergieverbrauch ab 2016, wenn die Sanierung ganz vorbei sein wird, etwas tiefer sein wird und die Rechnung entsprechend tiefer ist. Wir haben keine Freude am Leistungsabbau im Bildungsbereich. Vermögende Haushalte rüsten auf, schicken ihre Kinder in private Übertritts-coachings und Lernstudios und gleichzeitig streichen wir die Hausaufgabenhilfe und die Begabtenförderung. Kinder aus bildungsfernen Schichten verlieren also gleich doppelt den Anschluss und die soziale Mobilität, die wir eigentlich fördern sollten, leidet. Chancengleichheit wird dann immer ein fernerer Ideal. Noch etwas Anderes zum Thema Gleichbehandlung: Wir würden es sehr schätzen, wenn sämtliche Sportvereine in der Stadt ihr Geld direkt von der Stadt erhalten würden. Für den Eissportverein ist es nicht so. Sie bekommen es über die Sportpark AG. Diese Praxis erscheint uns intransparent. Wir sprechen uns jetzt nicht konkret gegen Zuschüsse aus. Aber wir hätten gerne alle Zahlen auf dem Tisch und nicht einige etwas mehr und andere etwas weniger. Dem Vorstoss zum Betriebsbeitrag Ludothek werden wir zustimmen. Fr. 5'000.— Betriebsbeitrag scheint uns angemessen. Vieles aus dem Budget haben wir ja schon besprochen, letztes Jahr schon in diesem Saal, bei Vernehmlassungen, am runden Tisch, an Protestkundgebungen und an verschiedenen anderen Orten. Die Meinungen sind gemacht. Aber es gibt halt nicht nur Meinungen, sondern auch Tatsachen und diese gehen nicht weg, auch wenn man sehr wegschaut. Eine solche Tatsache ist, dass wir mit 115 Steuerprozenten immer noch fast 2,7 Millionen retour machen und das auch nur, weil wir die Einnahmeseite dank Liegenschaftsverkäufen diesmal etwas „aufgehübscht“ haben. Auch noch eine solche Tatsache: Es ist nicht einfach nur einseitig an der Einnahmeseite „geschraubelt“ worden, wie gewisse Leute behaupten. Man hat in der Zeitung immer von diesen 10 Millionen gelesen. Da finden wir, man darf – es ist kurz schon erwähnt worden – die 17 Millionen also durchaus auch erwähnen, wo das Investitionsvolumen seit 2013 geschrumpft ist. Natürlich werden Investitionen auch mit Schulden finanziert, aber bei weitem nicht alle. Wenn man es zusammenzählt, haben wir dann bei 115 % 28 Millionen Minderausgaben gegenüber 12,1 Millionen Zusatzeinnahmen. A propos Steuerprozent möchte ich Matthias noch sagen, dass Aargauer 100 % und Solothurner 100 % nicht ganz das Gleiche sind, so viel ich weiss. Da hast Du Rüebli mit Erbsli oder Äpfel mit Birnen verglichen. Das Ziel müsste ja eigentlich ein ausgeglichenes Budget sein. Das ist nicht ein so verwegener Anspruch. Mit 115 % wäre es dies ja noch nicht einmal. Deshalb ist für uns eigentlich auch alles, was tiefer ist, fast etwas unverantwortlich. Die Realität wird uns auch bei einem tieferen Steuersatz einholen. Dann werden wir nächstes Jahr noch einmal das Gleiche erzählen und das übernächste Jahr vielleicht auch noch einmal. Einfach der Schaden für unsere Stadt und unser Gemeinwesen wird jedes Mal etwas grösser. Wir hatten im Jahr 2000 – Anita Huber hat es schon erwähnt – einen Steuersatz von 124 %. Letztes Jahr haben wir dies im Budget oder in den Aufstellungen, die Urs Tanner gegeben hat, schon gesehen. Von den elf grössten Steuerzahlern waren damals neun schon hier. Einfach, um es noch einmal zu sagen. Es hat auch keine Grossdemonstration oder Volksaufstände gegeben. Das Argument, dass das kantonale Mittel für die Stadt Olten Mittelmass bedeutet, da sind wir dann wahrscheinlich

wieder im Bereich der Meinungsbildung. Selbstverständlich kann man alles interpretieren und mit entsprechenden Zahlen hinterlegen. Das gilt aber in diesem Punkt ganz sicher für beide Seiten. Es scheint uns, das Problem ist eigentlich wirklich vor allem das, dass wir uns im letzten Jahr aus dem Steuerparadies von 95 % heraus katapultiert gesehen haben. Das passiert halt einfach, wenn der Geldhahn von einem Tag auf den anderen zugezogen wird. Es wäre schön gewesen, wenn sich die Alpiq finanziell etwas geordnet zurückgezogen hätte. Aber das war jetzt halt nicht so. Wenn es aber die Alpiq nicht gäbe, seien wir doch einfach einmal ehrlich, wären wir nie, einfach nie, auf 95 % gewesen. Dann wären wir jetzt wahrscheinlich irgendwo in der Nähe des kantonalen Schnittes, würden dies vollkommen normal finden, weil das ist einfach so etwas das, was man für eine Kleinstadt mit Zentrumsfunktion braucht, damit man dies irgendwie unfallfrei führen kann. Das scheint uns zumindest so. Aber jetzt haben wir die reiche Tante, welche die Rechnungen zahlt, nicht mehr. Das ist vorbei. Das wird nicht mehr kommen. Da können wir uns auf den Kopf stellen. Das ist so. Natürlich ist es für einige jetzt eine wunderbare Gelegenheit, um unser Gemeinwesen auf die Knochen abzuziehen. Das finden einige gut. Es gibt Leute, die möchten eine Nachtwächterstadt. Wir gehören nicht zu ihnen und möchten dies eigentlich nicht. Deshalb können wir eigentlich heute einem Voranschlag, der weniger als 115 Steuerprozent hat, nicht zustimmen.

Heinz Eng: Ich möchte hier nicht allzu lange werden, aber doch noch zwei, drei Sachen allgemeiner Art sagen. Ich glaube, was bis jetzt gesagt wurde, ist alles legitim. Das ist alles richtig auf die entsprechende Sichtweise oder den Blickwinkel, die man hat. Ich glaube, das Grundübel ist das steigende Defizit. Die Stadt Olten ist ja nicht die erste Stadt, der erste Kanton oder sogar das erste Land, die mit einem Defizit konfrontiert ist. Dann ist es eben schon so, und hier fehlt mir jetzt die Strategie des Stadtrates, die bereits angesprochen ist, das ist genau, was Myriam vorher gesagt hat. Man muss sich bei den steigenden Defiziten überlegen, ob man einerseits den Nachtwächterstaat will oder l'état de bien-être, den Wohlfahrtsstaat, so wie ihn Dieter etwas angesprochen hat, indem eigentlich alles funktionieren und ebenfalls zur Verfügung stehen soll. Der Wohlfahrtsstaat bedeutet steigende Steuern. Das ist ganz klar. Sonst kann man es nicht mehr zahlen. Der Nachtwächterstaat heisst eben sparen, auf das Minimum hinunter. Ich habe es letzte Woche schon gesagt. Auch penser l'impensable. Als Nachtwächterstaat muss man allenfalls auch einmal denken, dass die Stadtverwaltung vielleicht mit 20 Personen oder so etwas auskommt. Also extreme Sachen. Sonst geht es nicht. Das sind die zwei Extreme. Die Stadt Olten ist an einem Scheideweg und früher oder später muss man sich hier einmal etwas entscheiden, in welche Richtung man gehen will. Ich bin hundertprozentig überzeugt, dass wir jetzt hier nachher den Mittelweg wählen werden, hier ein wenig etwas, dort nicht usw. und am Schluss ist die Misere genau gleich da und die Lösung ist nach wie vor nicht vorhanden. Die fehlende Strategie. Zweitens: Es scheint mir, der Stadtrat hat hier immer etwas zu sehr Angst vor diesem Kanton. Der Kanton und der Kanton und hier die Paragrafen und das Gesetz und ich weiss nicht was alles, Gesetze, Paragrafen, Verordnungen werden von uns Bürgern geschrieben und müssen durch uns Bürger wahrgenommen werden und wir müssen sie erfüllen. Allenfalls müssen wir sie auch ändern können. Ich glaube, der Stadtrat hat hier permanent die Haltung wie das Kaninchen vor der Schlange. Der Kanton kommt dann, der Kanton kommt dann. Die Stadt Olten ist die stärkste wirtschaftliche Metropole im Kanton Solothurn. Wir sind mit unserem Einzugsgebiet, unserer Wirtschaftsmacht usw. der Motor und die Lokomotive. Das muss man halt auch einmal sehen und ausspielen und nicht immer klein begeben und uns nachher mit einer Schlafgemeinde von 114 Einwohnern hinter dem Berg vergleichen. Hier bitte ich entsprechend auch den Stadtrat, etwas mehr in die Offensive zu gehen. Dann ist das Gemeindegesetz angesprochen worden, § 144. Dort steht mittelfristig. In der Wirtschaft heisst mittelfristig zwischen drei und sechs Jahren. Wir haben die ganze Sache bis jetzt ein Jahr lang. Hier ist es jetzt nicht gerade unmittelbarer Handlungsbedarf, indem man die Steuern hier um 10 % erhöht. Da kann man ohne weiteres entsprechend noch etwas zuwarten respektive eben gleichzeitig auch die flankierenden Massnahmen in Angriff nehmen. Das wäre es zum Allgemeinen. Alles andere wird sich dann noch in der

Detaildiskussion ergeben.

Daniel Probst: Ich möchte nur noch kurz etwas bezüglich Steuerfuss zu Myriam und auch zu Anita Huber sagen. 1997 ist immer von 124 % gesprochen worden. Man muss dies schon noch differenziert anschauen. 124 % hatten wir für die juristischen und 114 % für die natürlichen Personen. Es war unterschiedlich. Ich habe hier die Rechnung des letzten Jahres bei mir. Sie ist bis 1997 zurückgerechnet. Für die natürlichen Personen hatten wir bis 1997 zurück nie mehr als 114 %. Das könnt Ihr nachlesen. Ich habe es dabei. Interessant ist auch noch, dass wir dazumal vor allem auch schon von den juristischen Personen gelebt haben. Sie haben 14,1 Millio-nen gebracht und die Stadt konnte gleichwohl damit leben. Wenn man jetzt die 14,1 Millionen auf das heutige Steuersubstrat rechnet, könnte man heute, wenn man das Gleiche herausholen möchte, bei den juristischen Personen auf 88 Steuerprozente hinuntergehen. Dann würde man auf 14,1 Millionen kommen. Ich denke, das ist für die Diskussion nachher noch wichtig. Man war nie mehr als auf 114 % hinaufgegangen. Das ist also etwas recht Historisches für die natürlichen Personen und man hat sehr, sehr, sehr, sehr lange von den juristischen Personen gelebt. Hier steht es, Felix. Du kannst es nachschauen.

DETAILBERATUNG

XVII Referendumsfristen

Keine Bemerkungen

XVIII – XX Grundlagen

Keine Bemerkungen

XXI – XXIV Kennzahlen

Keine Bemerkungen

XXVII Ergebnisse allgemeine Verwaltung

Keine Bemerkungen

XXVIII – XXIX Laufende Rechnung Artengliederung

Keine Bemerkungen

XXX Investitionsrechnung Artengliederung

Keine Bemerkungen

XXXI Zusammenzug

Keine Bemerkungen

XXXII Investitionsrechnung

Keine Bemerkungen

Laufende Rechnung

Allgemeine Verwaltung

Kto. 210.302.00 Primarschule/Besoldungen/Reduktion um Fr. 50'000.—

Kto. 212.302.00 Sekundarstufe 1/Besoldungen/Reduktion um Fr. 30'000.--

Stephan Hodonou, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Am 27. März 2014 hat dieses Parlament mit 28 : 9 Stimmen die Motion zur Sicherstellung der Anwendung des Konzepts geleitete Schulen angenommen. Ihr könnt es erahnen. Das sind mehr als acht Monate und bis zu diesem Budget wissen wir nicht genau, wie dies umgesetzt werden soll. Das hat bei uns etwas Irritation ausgelöst. Wir haben viel von schlechter Finanzlage gesprochen. Im Jahr 2012, im Sommer, im Juni, als man schon wusste, dass wir auf ein grosses finanzielles Gewitter zugehen, ist der damalige Stadtrat vom geltenden Konzept geleitete Schule abgewichen und hat die Pensen der Schulleitungen um 72 % erhöht, ohne die Kriterien transparent zu machen, auf welcher Grundlage dies passiert ist, damals noch bei sinkenden Schülerzahlen und sie sind bis jetzt auch noch einmal etwas zurückgegangen. Das leuchtet uns nicht ein, wenn man denkt, dass an den Schulen, in der Bildung überall, der Spardruck sehr gross ist und wir eigentlich dafür sind, dass das Geld vor allem auch an der Front bleibt und der Bereich Schulleitungen auch bei den Sparvorschlägen ausgenommen ist. Das hat uns auch irritiert. In diesem Sinne möchten wir beliebt machen, wirklich zum Meccano der geleiteten Schulen, der existiert, zurückzukehren. Das Konzept geleitete Schulen ist ein gutes Konzept, das gut dotiert wurde, sehr gut im Vergleich zu den anderen im Kanton und es beruht auf einem bewährten Prinzip. Da verstehen wir nicht ganz genau, warum der Stadtrat dies nicht einfach in diesem Meccano umsetzt. Er ist relativ einfach umsetzbar. Wir möchten deshalb jetzt hier beliebt machen, die Besoldungskosten entsprechend diesem Schlüssel zu reduzieren, einerseits im Konto 210.302.00 und andererseits 212.302.00 anteilmässig wie die Pensen verteilt sind, wie sie damals erhöht wurden, rückgängig zu machen. In Anbetracht, dass es auch laufende Verträge sind, können wir nur den halben Betrag reduzieren. Aber das ist jetzt möglich und das würden wir deshalb beantragen und Euch beliebt machen, dies zu unterstützen.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Dieser Vorstoss, der überwiesen wurde, ist tatsächlich ein Auftrag, den der Stadtrat entsprechend auch umzusetzen hat. Stephan hat es richtig gesagt. Wir haben in einer ersten Phase an und für sich auch Verträge zu halten, das heisst, die Schulleitungen sind bis Mitte 2015 angestellt. Bei den Überlegungen, was die geleiteten Schulen und die Überprüfung, die wir im Stadtrat auch machen werden anbelangt, mussten wir zuerst die entsprechenden Pensenplanungen in die Wege leiten. Wie viele Klassen haben wir? Wie viele Schüler haben wir? Anhand der Struktur der Schulhäuser, wie wir sie jetzt auch aufstellen, weil wir sehen, dass sich die entsprechenden Schulhäuser nach den wachsenden Schülerzahlen, die wir 2015 erwarten, ausrichten müssen, werden wir die entsprechenden Anträge auch stellen. Das wird spätestens im ersten Quartal des nächsten Jahres sein, wo der Stadtrat dann auch fristgemäss reagieren und die entsprechenden Vollzüge machen kann. Dort sind auch gewisse Fristigkeiten zu erwarten. Ich empfehle dem Parlament, diesen Antrag nicht anzunehmen, sondern aus dem Grund, abzulehnen dass wir eigentlich von gesicherten Zahlen entsprechende Korrekturen im Budget vornehmen und dies von der operativen und strategisch verantwortlichen Ebene auch entsprechend dargelegt und begründet ist. Von daher werden wir den Auftrag erfüllen. Mit diesem Streichungsantrag zieht man an und für sich einen Entscheid vor und hat allenfalls dann wieder falsche Zahlen, weil sie eigentlich an einem anderen Ort zu Buche schlagen. Von daher kann ich Euch auch versichern, dass wir diesen Auftrag ernst nehmen und umsetzen. Deshalb plädiere ich auf Ablehnung dieses Antrags.

Thomas Rauch: Ich habe nur eine Frage an den Schuldirektor. Es ist gesagt worden, wegen der Frist habe es nicht gereicht. Diese Sache ist ja eigentlich bereits vor acht Monaten hereingekommen. Was ist den in den acht Monaten passiert? Ist es erst jetzt ein Thema oder sind die acht Monate einfach vorbei gegangen?

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Sie sind gar nicht vorbei gegangen. Man kann auch feststellen, dass in der Bildungsdirektion im Zusammenhang mit Budgeterstellung und auch entsprechenden Sanierungs- und Entlastungsmassnahmen einiges gelaufen ist. Fakt ist, dass wir anhand der Pensenplanungen, die wir haben, in den Schulhäusern, wie sie aufgestellt sind, die entsprechenden Umsetzungen, was die Schulleitungen anbelangt, machen. Was wir fristigkeitsmässig halten müssen, das ist Mitte Jahr. Das heisst, solange die Anstellungsverhältnisse der Schulleiter laufen, können wir nicht irgendwelche Reaktionen oder frühzeitige Abbrüche machen, sondern wir müssen auf den 1. Juni 2015 reagieren im Sinne und Geist dieser Motion und dort werden wir es auch umsetzen.

Stephan Hodonou: Ich möchte einfach an dieser Stelle sagen, dass man seit Jahrzehnten Schuljahre plant und Pensen festlegen muss und das war immer möglich, also schon vor 2012. Die Schülerzahlen sind seit damals massiv gesunken. Wir haben über 250 Schüler weniger. Dass man aber auf dem gleichen Stand wie 2012 ist, ist irgendwo nicht nachvollziehbar. Man vergibt sich nichts, weil wahrscheinlich immer noch etwas Luft drin ist.

Beschluss

Mit 37 : 8 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird dem Antrag auf Reduktion des Kontos 210.302.00 um Fr. 50'000.— zugestimmt.

Beschluss

Mit 37 : 8 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird dem Antrag auf Reduktion des Kontos 212.302.00 Besoldung Sek I um Fr. 30'000.— zugestimmt.

Seite 17, 340.316.02

Simon Haller, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Wir haben vorher die Jugendmotion überwiesen. Dort ist ja kein Betrag festgesetzt. Ich bin der Meinung, mit der Überweisung der Jugendmotion hat man erst den halben Weg beschritten und man müsste konsequenterweise jetzt hier auch wieder einen Betriebsbeitrag und einen Mietbetrag ins Budget aufnehmen. Ich möchte deshalb hier beantragen, dass man unter dem Konto 340.306.02 den Mietbetrag von Fr. 15'000.— wieder ins Budget aufnimmt. Daneben werde ich später beantragen, die Hälfte des bisherigen Betriebsbeitrag unter einem anderen Konto wieder aufzunehmen und zwar Fr. 16'500.— Vorher waren es Fr. 33'000.—.

Parlamentspräsident Marcel Steffen: Ich denke, hier ist das Wort gewünscht, weil wir vorher darüber abgestimmt haben. Das ist korrekt. Diesen Betrag müssen wir wieder ins Budget aufnehmen. Ihr seht dies unter 340.316.02 auf Seite 17. Dort hatten wir Fr. 15'000.— und diesen Betrag müsste man wieder hineinschreiben.

Urs Knapp: Wir sind in der Budgetbehandlung. Wir müssen über diesen Betrag abstimmen.

Beschluss

Mit 36 : 7 Stimmen bei 5 Enthaltungen wird dem Antrag auf Wiederaufnahme von Fr. 15'000.— ins Budget zugestimmt.

Seite 19, 350.365.01/Beiträge an örtliche Vereine/Verbände

Parlamentspräsident Marcel Steffen: Es gibt Anträge der SVP zum Provisorium 8, Reduktion um Fr. 20'000.—.

Matthias Borner, SVP-Fraktion: Ihr habt alle meine Argumentation und mein Antrag schon mitbekommen. „Der Beitrag des Kontos 350.365.01 für das Provisorium 8 wird um 20'000 Schweizerfranken reduziert“. Zur Begründung: Beim Budget gibt es den Punkt Provisorium 8 immer noch fast unverändert. Was man gespart hat, ist unter anderem die Abfallbeseitigung. Hier stelle ich mir die Frage: Wer macht dies jetzt und warum hat man in der Vergangenheit Fr. 1'000.— dafür bezahlt? Sie benützen gewisse Räume nicht mehr, wodurch die Stadt kleinere Mieteinnahmen macht. Angeblich stehen die Räume heute leer und das heisst, die Einsparungen im städtischen Budget sind faktisch inexistent. Der Leistungsauftrag ist Ende 2013 abgelaufen. Aufgrund der Kurzfristigkeit haben wir dann einfach einmal um ein Jahr verlängert. Aber für 2015 existiert keine Leistungsvereinbarung. Dafür bewilligen wir ja heute die budgetierten Kosten. Ich möchte auch noch dazu sagen, dass das Konzept, das wir mit Email erhalten haben, nicht vom Stadtrat bewilligt ist, und ich finde es auch etwas seltsam. Wenn jede Anspruchsgruppe ihre Konzepte vorweisen könnte, die eigentlich nicht einmal bewilligt wurden, wüsste ich nicht, wohin dies führen würde. Dieses Vorgehen fand ich etwas unschön. Ich möchte einfach betonen, dass die Zahlen, die Ihr erhalten habt, das Konzept nicht bewilligt wurde. Ich habe mich hier mehrmals erkundigt. Die Leistungsvereinbarung 2015 existiert noch nicht. Die Kommunikation in dieser Sache war allgemein nicht optimal und zwar für alle Beteiligten. Am runden Tisch war es noch kein Thema. Wenig später hat der Stadtrat nachher das Provisorium 8 ganz gestrichen. Jetzt belässt er die Kosten praktisch voll und ganz. Das, obwohl die Verantwortlichen, wie man in der Zeitung lesen konnte, ein Konzept vorgelegt haben, das Fr. 60'000.— billiger gewesen wäre. Was man eigentlich macht, ist, dass man hier Geld à fonds perdu für ein Projekt bewilligt, wo der Stadtrat noch vor ein paar Monaten gesagt hat, es sei nicht zeitgemäss, in der momentanen Situation Olten inakzeptabel. Der grösste Teil der Kosten sind Lohnkosten und anscheinend hat die Assistentin gekündigt und es ist bisher kein Ersatz gestellt worden. Dadurch ist den Umständen entsprechend eine relativ einigermassen erträgliche Art einer sofortigen Kürzung möglich. Wie schon der CS-Jugendbarometer gezeigt, haben sich die Bedürfnisse und Anforderungen der Jugendlichen stark geändert. Wenn man eine neue Leistungsvereinbarung macht, wäre dies auch wiederum eine Chance, dass man sich für die kommenden Jahre für ein zeitgemässes Angebot ausrichten kann und wir das nächste Mal, wenn wir darüber befinden werden, auch wissen, wofür wir das Geld ausgeben. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Dr. Rudolf Moor, SP-Fraktion: Ich möchte nur etwas dazu sagen. Wir sind mit dem Vorgehen der Verwaltung in diesem Punkt auch nicht glücklich. Wir finden es auch nicht richtig, dass man wegen dieses Vorgehens das Provi straft, sondern man straft damit eigentlich nicht diejenigen, die schuld sind, die Kommunikation und dass die Vereinbarung nicht unterschrieben ist.

Matthias Borner: Wenn ich hier kurz entgegnen darf. Das Vorgehen, so wie es ist, müssten wir eigentlich vollständig ablehnen, weil wir kein Konzept und keine Leistungsvereinbarung haben. Aber aus Rücksicht auf die Beteiligten und auch, weil wir wissen, dass dieses Angebot gebraucht wird und eine Nachfrage besteht, plädieren wir nur für eine Kürzung um Fr. 20'000.— und das ist ungefähr auch im Mass, wenn man Kürzungen anderer Projekte anschaut.

Beschluss

Mit 25 : 24 Stimmen wird der Antrag auf Reduktion des Beitrages an das Provisorium 8 um Fr. 20'000.— auf Fr. 222'000.— abgelehnt.

Ludothek, 350.365.01

Simon Haller, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Ich habe noch einen zweiten Antrag zu diesem Konto, zum Skatepark. Wir haben jetzt dort anderthalb Schritte gemacht. Dann müsste man

den letzten halben auch noch machen. Bei der Ludothek würde es darum gehen, dass man ja vom Stadtrat vorgesehen hat, nur noch die Mietkosten zu übernehmen und den Betriebsbeitrag von bis jetzt Fr. 10'000.— auf null herunter zu fahren. Ich möchte dort gerne beliebt machen, dass man neben den Mietkosten noch einen halben Betriebsbeitrag von Fr. 5'000.— sprechen würde. Das ist eine Reduktion von 50 %. Ich glaube, das ist im Vergleich zu anderen Institutionen eine hohe Reduktion und ganz ohne Betriebsbeitrag möchte ich die Ludothek nicht lassen, weil sie doch einen sehr wertvollen Beitrag im Stadtleben leistet.

Beschluss

Mit 25 : 20 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird dem Antrag auf Fr. 5'000.— – der neue Totalbetrag für die Ludothek wäre Fr. 20'000.— – zugestimmt.

Simon Haller: Es geht jetzt noch um den Betriebsbeitrag an den Verein Skatepark. Sie hatten bis jetzt einen Betriebsbeitrag von Fr. 33'000.—. Ich beantrage, dass wir dazu auch die Hälfte wieder ins Budget aufnehmen, also Fr. 16'500.—.

Beschluss

Mit 30 : 10 Stimmen bei 9 Enthaltungen wird dem Antrag auf Aufnahme von Fr. 16'500.— für die Trendsportanlage zugestimmt.

Seite 21, 581.365.02, IKUBO

Ramazan Balkaç: Ich fasse mich kurz, weil der Antrag lange genug ist. Er soll selbsterklärend sein. Aller Anfang ist Begegnung und IKUBO ist ein Begegnungsort, wo sich Leute treffen, die miteinander lesen, Kinder teilweise zum ersten Mal in Kontakt mit Büchern kommen, vor allem Migrantenkinder. Früher sind Hilfsarbeiter zu uns gekommen, heute kommen qualifizierte Arbeiter. Der gemeinsame Nenner ist, dass alle Kinder haben, die andere Sprachen sprechen und diese Familien sind froh, wenn sie auch Bücher in anderen Sprachen ausleihen können. Dann stellen wir fest, dass sie mit der Zeit auch den Sprung zu den deutschen Büchern schaffen. Das heisst, wir fördern eigentlich direkt die Sprache, die deutsche Sprache in den Vordergrund stellen und diese Kinder sind nachher in der Schule gestützt. Das sind angehende qualifizierte Arbeiter. Die Wirtschaft profitiert davon. Man kann hier aufzählen. Es hört nicht mehr auf. Wir sind etwas überrascht, dass der Beitrag hier gekürzt wurde. Ich betätige mich seit 25 Jahren im soziokulturellen Bereich und in Olten war für uns immer ein Thema: Integration fördern, aber auch fordern. Eine Stadt wie Olten, die 30 % Migranten hat, findet dies plötzlich nicht mehr so wichtig. Unverständlich. Der Kanton macht den Beitrag, den er geben möchte, von diesem Beitrag, den die Stadt geben sollte, würde, abhängig. Also haben wir dort nachher auch eine Schwierigkeit, wenn die Stadt den Beitrag nicht leistet. Ich denke, wir müssen zukunftsorientiert denken, weil wir in Zukunft ganz andere Herausforderungen haben werden. Ich nenne nur das Stichwort transkulturelle Gesellschaft. Ich würde mich sehr freuen, wenn die Parlamentsmitglieder unseren Antrag unterstützen würden und zwar um den Grundsatz, dass wir in Olten Integration fördern wollen, aber auch fordern. Besten Dank für die Unterstützung.

Parlamentspräsident Marcel Steffen: Wir stimmen über den Antrag ab, der Fr. 10'000.— verlangt.

Beschluss

Mit 29 : 14 Stimmen bei 5 Enthaltungen wird dem Antrag zugestimmt.

542, Kinderkrippen-Kinderhorte

Renata Pfeiler: Wir stellen keinen Antrag. Wir möchten uns aber dazu äussern, denn wir finden es etwas unglaublich. Es kommt uns etwas vor, wie in einem Leiterli-Spiel. Zurück wieder auf null. Es kommt uns vor, wenn wir diesen Budgetposten anschauen, dass nichts gelaufen ist von dem, was wir in Auftrag gegeben haben. Es liegt nach wie vor keine Vorlage für die schulergänzenden Tagesstrukturen vor. Es ist schon lange versprochen, dass wir hier eine erhalten. Es liegt noch keine neue Vorlage für Betreuungsgutscheine da, die wir vom Parlament an den Absender zurückschicken mussten, weil einfach die Forderungen, die klar waren, nicht erfüllt wurden. Wir haben neue Forderungen gestellt, auch verbunden, dass die Vorlage in diesem Jahr noch kommt, damit wir im Parlament darüber bestimmen können. Sie hätte sehr wohl Einfluss auf dieses Parlament gehabt. Wir verstehen nicht und bedauern sehr, dass noch keine Vorlage, die eine oder die andere, vorliegt. Wir finden, das Parlament sollte endlich darüber entscheiden können, wie das budgetierte Geld eingesetzt wird. Wir reden von dem budgetierten Geld. Zu welchen Bedingungen, ob die Verteilung fair ist und welche Ziele verfolgt werden. Reicht das jetzt budgetierte Geld oder nicht? Wie viel braucht es wirklich? Alles offene Fragen. Kann es eventuell sein, dass die dringenden Anliegen gar verzögert werden? Immerhin ist die Motion Trudy Küttel, eingereicht im März 2005, überwiesen 2006, bald zehn Jahre alt. Wir können also bald ein Jubiläum feiern. Oder hat die zuständige Behörde nicht verstanden oder will nicht verstehen, was die Motion, die Interpellation und auch die Parlamentarier wollen? Wir fordern den Stadtrat auf, unseren Erwartungen nachzukommen und brauchbare Vorschläge zu bringen. Zum Beispiel können dies zwei Modelle zu Krippen und Horten, die aufzeigen, welche Familien berücksichtigt werden können, Familien mit schwachem, niedrigem Einkommen, der Kreis etwas höher, Eltern bis zum unteren Mittelstand. Das könnte eine Idee sein. Das Parlament kann dann entscheiden, zu welchen Modellen es steht und in welche Richtung Olten stadtplanerisch und sozialpolitisch gehen will. Das jetzige System ist unwirtschaftlich und lässt keine neuen Innovationen zu. Uns scheint, wir gehen wieder direkt zurück auf null.

Seite 23, 622.301.01

Beatrice Schaffner, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Wir beantragen, beim Konto 622.301.01 Besoldungen Werkhof, im Jahr 2015 Kürzungen von Fr. 250'000.—. Das würde rund 500 Stellenprozente oder fünf Stellen betreffen und wir erwarten, dass die Einsparungen im Wesentlichen durch eine Stellenreduktion bei den hohen Lohnklassen erfolgen. Wir erwarten auch, dass keine Härtefälle generiert werden, dass zum Beispiel keine ungelernte Mitarbeitende entlassen werden, keine Lehrlinge oder ältere Mitarbeitende. Wir können auch noch sagen, dass der Werkhof gut arbeitet, die Leute sind zuverlässig und auch die Anlagen sind gut gewartet. Aber der Werkhof ist mit Abstand die grösste Abteilung, hat den grössten Stellenetat. Es ist gespart worden. Wir wissen nicht, ob es gespart wurde. Es ist von 44,7 Stellen auf 46,1 Stellen zurückgebaut worden. Das ist sehr wenig. Bis heute sind aus dieser Abteilung auch keine relevanten Sparanstrengungen bekannt oder auch keine Strategien zur Effizienzsteigerung. Auch ein Beitrag dieser Abteilung wäre fair, wenn man sieht, dass bei anderen Abteilungen 100 % der Stellen oder 50 % des Budgets gestrichen werden. Ich habe beim Stadtrat angefragt, welche Leistungen im reduzierten Umfang erbracht würden, wenn man 500 Stellenprozente streichen würde. Die Antwort war in diesem Sinne, dass Reinigung, Unterhalt, Winterdienst und Baumpflege reduziert würden. Aber wie es gemacht würde, in welchem Umfang oder ob man hier eine Strategie hat, ist aus dieser Antwort nicht hervor gegangen. Deshalb kann man davon ausgehen, dass im Werkhof noch erhebliches Sparpotenzial vorhanden ist und dann muss man halt auch kreative Lösungsansätze anwenden. In anderen Gemeinden ist auch beim Werkhof gespart worden. Dann kann man punktuell sparen. Man muss auch nicht immer alle Leistungen auf jede Spitze auslegen, zum Beispiel beim Winterdienst. Aber das ist ja dann eine operative Aufgabe. Dieser Antrag ist auch massvoll. Es gäbe auch die Lösung, den Stellenetat des Werkhofs in grossen Teilen zu kürzen, die Leistungen auszuschreiben und dem Billigsten vergeben. Dann wären nämlich die Arbeitsplätze nicht mehr bei der Stadt Olten. Aber wir fanden auch, der Werkhof hat eine soziale Aufgabe und diese Arbeitsstellen sollen bei der Stadt bleiben. Deshalb dieser Antrag

auf Einsparungen bei den Besoldungen von Fr. 250'000.— und wir bitten Sie um Zustimmung.

Stadtrat Thomas Marbet: Ich nehme gerne zu diesem Antrag Stellung. Vorausschicken möchte ich, dass der Werkhof 2004, also vor zehn Jahren, noch einen Stellenetat von 47,5 % hatte, 2004 40,5 %, heute 2014 sind wir bei 43,8 Stellen. Das ist schon eine deutliche Abnahme von fast fünf Stellen. In der gleichen Zeit hat die Arbeit zugenommen. Ich möchte daran erinnern, dass wir 9 % mehr Strassen, Trottoirs, Parkplätze und Fusswege zu pflegen haben. Wir haben 12 % mehr Parkanlagen, Rabatte und Grünstreifen. Wir haben 45 % mehr Wanderwege, Vitaparcours und Waldlehrpfade zu pflegen. Wir haben in zehn Jahren 400 Stück Bäume mehr, was ja schön ist und das begrünt die Stadt auch. Wir haben 25 % mehr Abfalleimer in dieser Stadt, weil das Littering zunimmt, die Bevölkerung auch, aber das Littering mehr. Wir haben also 500 statt 400 Abfalleimer und einige davon reden ja mit Euch. Wir haben 10 % mehr Kanalisation zum Unterhalten. Wir haben 7 % mehr Müll zu entsorgen und wir haben mehr Arbeit bei den Bedürfnisanstalten. Das sind die öffentlichen WCs. Hier haben wir doppelt so viel wie 2004. Das heisst, wenn ich dies jetzt so zeigen darf. Man kann es von Euch aus gesehen nicht lesen. Aber Ihr seid nicht farbenblind. Alles, was grün ist, ist eine Zunahme der Arbeit. Ich habe es deshalb grün markiert, weil es Leistungen für die Stadt, Leistungen für die Bevölkerung sind, weil es die Lebensqualität erhöht. Das Einzige, was hier rot markiert ist, sind die Stellen. Sie sind beim Werkhof innerhalb von zehn Jahren von 47,5 auf 43,8 Stellen zurückgegangen. Wenn man hier behauptet, der Werkhof leiste keinen Sparbeitrag, verletzt man uns also mutwillig. Man muss auch sehen, der Werkhof ist nicht nur steuerfinanziert. Von diesen 43 Stellen sind neun Stellen im Bereich Entsorgung und Kanalisation. Das sind Spezialfinanzierungen, die Ihr mit Euren Kehrichtsäcken und Abwassergebühren bezahlt. Diese kann man eigentlich einmal hier wegziehen. 2,5 Stellen sind im Krematorium, im Friedhof Meisenhard und machen dort eine Arbeit, die sehr viel Fingerspitzengefühl verlangt. Eine Stelle haben wir im Auftrag des Kantons. Es ist nämlich so, dass wir in der Stadt Olten auf den Kantonsstrassen im Stadtgebiet die Reinigung übernehmen, aber erhalten dafür entsprechende Beiträge vom Kanton. Jetzt könnte man natürlich sagen: Baut diese Stelle ab. Dann verliert Ihr diese Beiträge. Das ist eigentlich ein Nullsummenspiel. Vor allem haben wir dort nicht mehr im Griff, wie diese Strassen nachher aussehen. Wir reinigen sie jeden Tag. Der Kanton reinigt sie gemäss seinem Programm zweimal pro Monat. Ich sage Euch: Ich möchte die Frobürgstrasse nicht anschauen, wenn sie nur noch ein- oder zweimal gereinigt ist. Wenn man jetzt von den relevanten Stellen ausgeht, die spezialfinanzierten abzieht, die der Kanton bezahlt, und diejenigen, die im Friedhof oben arbeiten, haben wir noch rund 30 Stellen und einen Abbau von 500 Stellenprozenten. Das sind etwa 16 % und das ist erheblich, meine Damen und Herren. Das sind nicht Leute, die unsere Büros reinigen. Das sind Leute, die Leistungen für diese Stadt erbringen. Mit der Streichung eines so grossen Beitrags reduziert Ihr die Leistungen für die Stadt im Bereich Entsorgung, im Bereich Reinigung. Wir haben auch einen kleinen Bautrupp, der Ausbesserungen macht, damit wir nicht immer Aufträge teuer vergeben müssen. Hier nehmt Ihr der Stadt Leistungen weg. Übrigens ist der Werkhof 2004 extern überprüft worden. Das waren die Sternath-Beratungen, die man damals angefordert hat, als man den Werkhof neu gebaut hat. Man hat damals gesagt, man überprüfe diese Leistungsfelder, man macht die Abteilungen Entsorgung, Reinigung, Friedhof, Bautrupp und alimentiert sie entsprechend mit den Ressourcen, die nötig sind. Diesen Prozess hat man 1999 mit dem Büro HSS aus Sursee aufgegleist. Ich muss feststellen – gut, einige von uns waren damals auch noch nicht im Rat, ich selber auch nicht – dass die Leistungen des Werkhofs im Zusammenhang mit dem Neubau überprüft wurden. Jetzt behaupten, er leiste keinen Sparbeitrag, finde ich etwas seltsam. Ich habe Dir ein Gespräch im Werkhof angeboten. Du hast es nicht angenommen. Ich habe dafür den Werkhof hierher gebracht. Der Leiter, René Wernli, sitzt beim Ausgang und hört uns zu. Er kann sicher auch noch technische Erklärungen geben, wenn dies nötig ist. Du hast gesagt: 500 Stellen abbauen und dann gleich noch gesagt wo nicht. Nicht bei den Jungen, nicht bei denjenigen, die vor der Pension stehen, also bei den Familienvätern mit Kindern. Genau ihnen hat man jetzt die Betreuungszulage gestrichen, genau ihnen hat man jetzt die Kommunikationsbeiträge gestrichen. Genau sie sind heute Abend hier und

helfen umziehen, damit wir nicht teures Geld für eine externe Umzugsfirma ausgeben müssen, weil wir ja das Stadthaus umbauen und sanieren. Es ist auch nicht wahr, dass wir nicht mit anderen Gemeinden kooperieren. Wir machen die Grünabfuhr für Starrkirch-Wil und das spült uns zusätzliche Beiträge in die Kasse. Das hilft uns eigentlich, den Deckungsbeitrag zu erwirtschaften. Wir sind auch daran, mit weiteren Gemeinden zusammen zu arbeiten. Wir sind daran, uns Richtung Westen zu orientieren. Die kleinen Gemeinden, die Dörfer sind eben zu klein, um einen eigenen Werkhof zu führen. Deshalb anbieten wir uns eigentlich und versuchen, Leistungen anzubieten und natürlich entsprechend auch Beiträge herein zu holen. Es ist auch nicht so, dass wir nicht mit externen Firmen zusammenarbeiten. Schon heute haben wir in den Spitzenzeiten, wenn der Winter einbricht, externe Firmen, die uns einmal am Vormittag oder an einem Nachmittag aushelfen kommen, weil wir mit dem Werkhof eben nur die Grundabdeckung leisten. Das muss die Leistung einer Stadt sein, den Grundbedarf abdecken. Die Spitzen muss man anders organisieren. Die Spitzen kaufen wir ein. Bei den Spitzen helfen wir uns unter den Gemeinden aus. Ich finde den Antrag falsch. Ich finde, er basiert auf falschen Annahmen. Ich bin sehr gerne bereit, mit dem Werkhof einen Beitrag zum Sparen zu leisten. Aber dann müsste man eigentlich auch aufzeigen können, welche Konsequenzen es hat. Ich könnte mir vorstellen, wir könnten ja auch versuchen, mehr Geld zu erwirtschaften. Diesen Auftrag würde ich eigentlich gerne entgegennehmen. Oder man würde sagen: Überlegt Euch, welche Leistungsfelder Ihr bewirtschaften wollt. Wollt Ihr mehr Leistungen privatisieren? Dann kann man vielleicht die Besoldungen reduzieren, erhöht aber auf der anderen Seite den Sachaufwand wieder. Überlegt Euch, ob man mehr mit Externen zusammenarbeitet. Machen wir ein regionales Entsorgungszentrum? Diese Ideen sind vorhanden. Aber dann muss man auch die Auswirkungen kennen. Man muss wissen, und ich finde, ich und Ihr als Gemeinderäte müssen wissen, was es dann heisst, wenn man 500 Stellenprozente reduziert. Macht man bei der Entsorgung die Grünabfuhr nur noch alle zwei Wochen? Erhöht man dort die Gebühren? Heute ist es so, dass eigentlich diejenigen in den Blocks diejenigen in den Villen quer finanzieren, weil sie eigentlich nicht kostendeckend ist für diejenigen, die Häuser haben. Diese Überlegungen müsste man sich eigentlich machen. Geht man Richtung Reduktion beim Winterdienst? Sagt man: Wir machen einfach nur noch die Kantonsstrassen, dort, wo wir es für den Kanton machen, und die Stichstrassen dazu und lassen dann den Winterdienst in den Quartierstrassen, wo die Gemeinderäte wohnen, einmal bleiben. Man kann auch bei der Stadtgärtnerei reduzieren. Wir machen dies heute schon. Wir kaufen die billigsten Blümchen ein, wem es schon aufgefallen ist. Es sind die billigsten Blümchen an der Blumenbörse, die wir beschaffen. Auch dort leisten wir einen Sparbeitrag leisten. Ich wehre mich noch einmal. Ich wehre mich nicht gegen einen Beitrag. Wir haben auch schon sehr viele Vorleistungen gemacht. Zahlen, Daten, Fakten. Das kann man nachlesen. Mir ist es lieb, einen Beitrag zu leisten. Aber ich möchte Euch einfach auch die Konsequenzen eines solchen Hüftschusses aufzeigen. Jetzt sage ich dann bald nichts mehr. Von uns wird immer verlangt, wir sollen strategisch, konzeptionell und visionär sein. Das ist ein Hüftschuss ohne Kenntnis der Fakten. Deshalb möchte ich, dass Ihr diesen so nicht annehmt.

Heinz Eng: Ich finde den Antrag im jetzigen Zeitpunkt und vor allem im Kontext auch nicht richtig. Was meine ich mit dem Kontext? Der Finanzdirektor hat vorher angesprochen, dass wir im Dezember bald über die Zusammenschlüsse diskutieren werden, die Integration der Stadtpolizei in die Kantonspolizei. Ich glaube, das ist dann auch der Weg. Nachher sollte dies Fahrt aufnehmen und dann wird hier natürlich eine Lawine los treten. Ich glaube, dann geht auch für die Stadtverwaltung je nachdem die Büchse der Pandora auf und es kann dann nicht bei der Sicherheitsdirektion Halt machen, die Integration usw. Nachher muss auch einmal mehr die Sozialdirektion, die Baudirektion usw. überprüft werden. Dann wird sich alles, der Umbau, der vielleicht jetzt dann mit der Stadtpolizei anfängt, querfeldein bei sämtlichen Direktionen der Stadtverwaltung durchziehen müssen. Das ist dann der Zeitpunkt, wo man solche Sachen eben auch mit dem Personal anschauen müsste und nicht jetzt. Deshalb werde ich diesen Antrag jetzt ablehnen.

Matthias Borner: Viele von Euch werden jetzt vielleicht erstaunt sein. Wir und auch ich sind ja eigentlich bekannt für eine harte Linie. Aber dieser Antrag kommt mir einfach sehr unausgegoren herüber. Wir haben vorher aus der Hüfte heraus, so schnell, schnell in fünfzehn Minuten beinahe Fr. 100'000.— für Projekte, wo der Stadtrat uns erklärt hat, warum und wie man spart – zum Teil habe auch ich versucht, etwas zu erklären – ausgegeben. Jetzt sagt man, nachdem man so schnell, schnell Fr. 100'000.— ausgegeben hat: Ja, aber der Werkhof soll Fr. 250'000.— sparen. Ich finde, es ist unausgegoren. Man hat es sich nicht überlegt, wo dies stattfinden soll. Man hat es stark eingeschränkt. Man hat 43 Mitarbeiter. Die Lehrlinge sind nicht dabei. Schlussendlich sind es von denjenigen, die Stadtrat Marbet auswählen kann, wahrscheinlich 15 Personen, von denen er jetzt fünf entlassen muss. Ich bin für sparen. Aber diesen Antrag kann ich nicht unterstützen.

Felix Wettstein: Die ersten Gedanken kann ich im Namen der Fraktion sagen. Wir sind Bea Schaffner dankbar, dass sie dieses Thema aufgreift. Es ist dringend nötig, dass wir endlich vom Werkhof reden. Es ist in den letzten Wochen immer wieder etwa herum geboten worden: Ja, irgendwo gibt es ganz sicher noch im grossen Stil Möglichkeiten und sie sollen endlich einmal herausrücken. Diejenigen, die an der Veranstaltung in der Schützi waren, stadtbekannte ehemalige Parlamentarier, die sibyllinisch sagen, man müsse endlich einmal die wirklich grossen Brocken noch ausgraben und wenn wir nachfragen, sagt man offiziell nicht, woran man denkt und wenn man nachher unter der Hand und informell verschiedene Leute fragt, dann sagen alle: Ja, ja, der Werkhof ist schön im Windschatten. Er konnte sich jetzt immer schön schadlos halten. Rundum hat es „gehäschert“ und abgebaut und sie sind die Grössten, die am meisten Stellen haben und sie sind schön schadlos davon gekommen. Thomas Marbet, jetzt rede ich nicht mehr in der Fraktionshaltung, sondern nur noch persönlich: Mich persönlich hast Du überzeugt. Ich habe den Vergleich mit 2004 nicht gekannt. Ich finde es irrsinnig, das zu wissen, dass man in dieser Zeit, wo es uns finanziell super gut gegangen ist, nicht in Versuchung gekommen sind, dort auszubauen, nicht nur dort nicht, auch an anderen Orten nicht. Ich sage dies an dieser Stelle, um einmal mehr zu sagen: In der laufenden Rechnung haben wir in den fetten Jahren alles andere als das Geld zum Fenster hinaus geworfen, wie immer wieder behauptet wird. Wir sind in der laufenden Rechnung insbesondere mit dem Gesamtpersonaletat nur ganz sanft hinaus gegangen, nicht einmal so sehr, wie die Bevölkerung gewachsen ist und wir sind inzwischen tiefer als 2004. Ein Beispiel hast Du jetzt dargestellt. Das ist einfach ein genereller Trend. Mich hast Du mit dieser Darstellung überzeugt. In einem Punkt haben wir Handlungsbedarf. Ich habe eigentlich gemeint, dass der Stadtrat nicht extra den Kick des Parlaments braucht, habe aber jetzt gehört, dass Ihr froh darum wärt. Wir sagen schon lange, man könnte mit Sicherheit Personal und sicher auch Infrastruktur, Fahrzeuge etc. deutlich über das Gebiet der Stadt Olten hinaus einsetzen und man macht dazu bis jetzt noch zu wenig. Es ist einerseits eine Frage, dass man damit Einnahmen generieren. Du hast dies angesprochen. Aber es ist nicht der einzige Effekt. Ein anderer ist zum Beispiel auch die bessere Auslastung. Damals bei der Fusionsdebatte mit drei Nachbargemeinden hat man gerade am Beispiel des Werkhofs gesagt: Die Infrastruktur und die Leute, die wir haben, reichen auch für das grössere Gebiet. Es ist jetzt definitiv wichtig und nötig, dass wir hier vorwärts machen, dass wir dies wirklich wollen und dann auch umsetzen. Aber jetzt würde ich dem Antrag nicht zustimmen.

Parlamentspräsident Marcel Steffen: Wir haben 22.45 Uhr und noch fünf weitere Einzelsprecher. Ich bitte Euch, Euch etwas kurz zu halten und nicht immer das Gleiche zu wiederholen.

Daniel Probst: Ich versuche, in eine neue Richtung zu gehen und zwar finde ich auch, dass der Vorschlag zu dieser hohen Einsparung relativ überraschend gekommen ist. Auf der anderen Seite haben wir auch von Thomas Marbet vorher gehört, dass er eigentlich nicht abgeneigt ist, sich zusammen mit dem Werkhof Gedanken zu machen, sei es bei Einnahmen, sei es auch bei Ausgaben, etwas zu machen. Ich möchte hier die Motionärin bitten, dass sie sich vielleicht überlegt und sagt: Okay, wir würden vielleicht die Hälfte dieses Betrags nehmen. Das wären dann rund Fr. 125'000.— und würde nicht nur auf die

Besoldungen gehen, sondern eben sagen: Das ganze Konto 622 ist betroffen. Bei 622 insgesamt, zumindest die Hälfte für das nächste Jahr, schon einmal einspart. Dann ist der Stadtrat mit dem Werkhof frei, sich Gedanken zu machen, wo er dies nachher einspart, seien es Mehreinnahmen, wie er gesagt hat, dass er schon im nächsten Jahr wachsen kann, sei es über Besoldungen, sei es über Erträge und so weiter und so fort, einfach damit man den Nettoaufwand einmal in einem ersten Schritt, die Hälfte davon realisiert und dann vielleicht im nächsten Jahr die zweite Hälfte. Das wäre vielleicht ein Schritt in die richtige Richtung. Ich habe vorher aus dem Votum von Thomas Marbet kein generelles Nein gehört, sondern: Doch, wir haben dort Aufgaben. Wir wollen daran gehen. Wir können vielleicht etwas bewegen. Mit einem solchen ersten Schritt, nicht einem halben, könnte man dort vielleicht schon einmal einen Anstoss geben.

Parlamentspräsident Marcel Steffen: Ich glaube, der Vorstoss, den Du erwähnt hast, wird nicht gehen. Wir haben kein Globalbudget. Das kannst Du wahrscheinlich nicht so stellen.

Beatrice Schaffner: Ich mache es ganz kurz, Thomas Marbet. Du hast von 43,7 Stellen gesprochen. Im Budget sind 2015 44,7 budgetiert. Einfach noch als Verständnisfrage.

Stadtrat Thomas Marbet: Ich habe vom Vergleich 2004 und 2014 gesprochen. Dort waren es 2014 43,8 %. Du hast von 2015 gesprochen. Das ist richtig.

Anna Engeler: Ich möchte nur noch kurz etwas zu Matthias Borner sagen. Wir haben tatsächlich vorher Fr. 100'000.— mehr in dieses Budget ausgegeben. Das ist aber nicht unausgegoren, sondern ich habe mir überlegt: Was ist mir wichtig? Es ist mir sehr deutlich wichtiger, dass es in Olten eine Jugendarbeit hat, dass Olten eine Ludothek hat und solche Angebote bietet, als dass die Strasse jeden Tag einmal gereinigt wird. Ich kann durchaus mit Kartonabfuhr alle zwei Monate einmal leben. Wo dies dann eingespart wird, ist völlig egal. Aber ich finde, dort bin ich sehr wohl bereit, Kompromisse zu machen, und es ist mir bewusst, dass das Geld, das wir jetzt ausgegeben haben, wieder irgendwo eingespart werden muss. Deshalb finde ich, dass man dort, wo es bis jetzt noch nicht so weh getan hat, durchaus noch Potenzial hat.

Mike Zettel: Ich finde es eigentlich noch etwas witzig. An einem Ort geben wir Fr. 10'000.— aus, an einem anderen sparen wir Fr. 10'000.— ein. Dann kommt eigentlich zum ersten Mal ein solcher Antrag von Fr. 250'000.—, den ich eigentlich super finde, weil man so möglichst schnell etwas einsparen kann, aber nicht beim Werkhof. Den Werkhof sehe ich als logistische Dienstleistung und Logistik ist das Wichtigste, das es gibt. Ihr müsst denken: Der Werkhof ist jetzt schon am Anschlag. Das finde ich. Wenn Ihr einmal etwas mehr dahinter seht, in einen Werkhof, hinein, wisst Ihr vielleicht, was ich meine. Viele sehen ihn nur beim Blümchengiessen, beim Leeren der Kehrriechsäcke. Aber der Werkhof macht viel mehr als das. Ich finde, die Stadt Olten wird grösser. Jetzt wird noch SüdWest dazu kommen und dann kann man nicht Leute beim Werkhof einsparen. Das Gleiche auch bei den Fahrzeugen. Wenn man die neuen Fahrzeuge auch verbieten möchte, müssten wir noch drei Personen mehr einstellen, damit sie die Taxishuttles machen können. Das finde ich schlecht.

Dr. Christine von Arx: Bei diesem Antrag geht es um Besoldungskosten, das heisst Personal. Ich denke, man muss bei solchen Anträgen jeweils auch etwas aufpassen, wie es bei denjenigen ankommt, die es betrifft. Das Personal musste jetzt in den letzten zwei Jahren ein paar Schläge einstecken, auch heute Abend wieder, auch wenn es vielleicht nur ein eher kleiner ist. Aber die Fr. 250'000.— sind pauschal und sollen dann noch 500 Stellenprozente sein, wenn ich dies richtig verstanden habe. Dann frage ich mich auch etwas, in welcher Welt wir denn hier leben, wenn es dann noch nicht die ungelernten Mitarbeiterlöhne sein sollen. Ich nehme an, wenn gewisse Leute hier davon sprechen, dass die Staatsangestellten alle zu hohe Löhne haben, sind sie dann der Meinung, es ist einfach jeder oder dass es zu viele Leute in hohen Lohnklassen hat, weil es soll ja diejenigen in den hohen Lohnklassen

betreffen, welche die Fr. 250'000.— mit fünf Stellenprozenten einsparen sollen. Das macht dann Fr. 50'000.— pro Nase. Das ist sicher keine hohe Lohnklasse.

Thomas Rauch: Ich möchte nur sagen, ich finde die Kritik an Beatrice Schaffner nicht ganz korrekt, weil ich denke, dass es immerhin ein Versuch ist, irgendwo etwas anzustossen, das wesentlich ist. Das ist eigentlich genau das, was ich meine oder was wir vorher gemeint haben. Der Stadtrat müsste auf zwei Jahre hinaus mit einer Strategie zeigen, wo man durchfährt. Es ist eben genau so, dass es mit solchen Vorstössen unmöglich ist, weil man die Faktenlage nicht kennt, weil man die Details der Dossiers nicht kennt. Dann schiesst man vielleicht in irgendeinen Bereich, der falsch ist. Deshalb ist es eben so nicht möglich und deshalb erwarten wir von der Exekutive und von der Verwaltung, dass sie mit klaren Konzepten und Lösungen sagt, wo man etwas machen kann. Etwas hat Thomas Marbet ja gerade selber gesagt. Der Kanton reinigt die Strassen zweimal pro Monat und die Stadt Olten einmal pro Tag. Jetzt kann man sich überlegen, ob er nicht gleich selber gesagt hat, wo es ein erstes Sparpotenzial hat. Es wäre jedenfalls zu überdenken, gerade an diesen Orten, wo grosse Beträge sind, dass eben dort die Exekutive den Prozess führt und nicht wir hier mit Einzelpositionen probieren, ein sinnvolles Budget für die Stadt zu machen. Das ist eine relativ ungünstige Geschichte. Das sehen wir ja jetzt, wie rasch man wieder für Fr. 100'000.— grün gibt. Dann hat es sieben Interessengruppen. So funktioniert es nicht und deshalb sage ich noch einmal: Die Exekutive steht in der Verantwortung, den Prozess zu führen und nicht nachher irgendjemanden, der sich bemüht, zu kritisieren, weil er die Fakten nicht richtig kennen kann.

Parlamentspräsident Marcel Steffen: Ich glaube, langsam sind Messer gewetzt und wir haben bald alles gehört. Es ist interessant zuzuhören. Es wird immer später. Die Steuerfüsse haben wir noch nicht diskutiert. Ich habe noch drei Redner, unter anderem Stadtrat Thomas Marbet. Ich wäre froh, wenn Ihr schauen würdet, dass wir vielleicht bei diesem Thema endlich zu einem Entscheid kommen.

Roland Rudolf von Rohr: Jetzt sind wir am Anfang der Debatte heute. Hier wird das Budget gemacht und jetzt kann man zustimmen. Dann passiert etwas. Wenn es auch hart ist: Es gibt sicher Möglichkeiten, dort etwas zu tun. Thomas, wenn Du dann schon noch das Wort hast: Vorher hast Du gesagt, welche Ideen Du hättest, dass man hier etwas machen könnte und dort käme man schon auf einen Betrag. Wann willst Du diese dann bringen? Wenn wir Konkurs sind? Sie müssen doch jetzt kommen und hier hat Thomas schon recht. Solche Vorstösse kommen durch die Untätigkeit des Stadtrats. Ähnlich war es vorher.

Stadtrat Thomas Marbet: Ich lasse mir vieles vorwerfen, aber nicht Untätigkeit. Wir sind hier eine neue Regierung, die im letzten Jahr ins Amt gekommen ist. Wir mussten uns finden. Wir sind jetzt rund ein Jahr im Amt und in diesem Jahr ist sehr vieles gelaufen, auch im Werkhof. Wir haben schon viel herunter gespart, zum Beispiel bei den Fahrzeugen. Wir hatten früher Fr. 400'000.— für den Unterhalt pro Jahr eingesetzt. Heute geben wir noch Fr. 300'000.— aus und jedes zweite Jahr nur noch Fr. 150'000.—. Veränderungsprozesse brauchen Zeit und man kann nicht einfach auf die Gemeinden los gehen und verordnen, dass man jetzt ihren Werkhof übernimmt. Wir brauchen diese Anpassungszeit. Diese Anpassungen sind eingeleitet. Noch einmal: Wir sind eine wachsende Stadt und mit dem gleichen Bedarf oder mit den gleichen Möglichkeiten eine wachsende Stadt zu bedienen ist auch ein Sparbeitrag geleistet.

Simon Haller: Thomas, Du hast vorher den Werkhof in dramatischen Worten verteidigt. Ich möchte schon noch etwas die Relationen setzen. Es sollte wirklich möglich sein, Fr. 250'000.— Besoldungen bei einem Laden von 45 Stellen in einem Jahr einzusparen. Wir reden hier von natürlichen Fluktuationen. Vielleicht gibt es den einen oder anderen jungen Vater, der gerne sein Pensum um 20 % reduzieren würde. So dramatisch, wie Du es geschildert hast, wird es nicht werden.

Stadtrat Thomas Marbet: Ich reagiere noch ein letztes Mal. Fr. 250'000.— pro Jahr sind natürlich eine Jahrestanche. Wir müssen eine Stellungaufhebung ja ein halbes Jahr vorher anzeigen und vorher brauchen wir auch noch ein gültiges Budget. Wenn wir es dann erst im März haben, ist die Sparmassnahme eigentlich null. Fr. 250'000.— sind bei einer Kündigungsfrist von sechs Monaten eben Fr. 500'000.—. Das ist eine halbe Kiste und das sind im Werkhof halt mindestens fünf Personen, weil es im Werkhof die tiefsten Besoldungen der ganzen Stadt gibt. Da sind die Löhne zwischen Fr. 55'000.— und Fr. 80'000.— im Medium.

Beatrice Schaffner: Wir haben gesehen, dass die Fr. 250'000.— möglicherweise nicht mehrheitsfähig sind und möchten den Betrag auf Fr. 150'000.— im Jahr 2015 reduzieren.

Beschluss

Mit 24 : 21 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird dem Antrag auf Kürzung um Fr. 150'000.— im Jahr 2015 im Konto 622.301.01 zugestimmt.

Investitionsrechnung

Seite 39, 624.506.016

Beatrice Schaffner: Hier geht es um Ersatzinvestitionen im Fuhrpark, nicht um Wartung und Unterhalt. Im Jahr 2015 sind Fr. 150'000.— budgetiert mit der Begründung: „Die Fahrzeuge des Werkhofs sind im täglichen Einsatz hohen Beanspruchungen ausgesetzt. Sie weisen zwar wenige gefahrene Kilometer, jedoch hohe Betriebsstunden aus. Durch die gute Auslastung“ usw. „Die Kosten für Reparaturen, Ersatzteile und hohe Abgaben machen die Variante Neuanschaffung betriebswirtschaftlich günstiger“. Ich habe beim Stadtrat angefragt, wie viele Fahrzeuge sie haben und wie viele Betriebsstunden diese Fahrzeuge haben und noch ein paar weitere Fragen gestellt. Der Werkhof hat 44 Fahrzeuge und 22 Anhänger und davon sieben Elektrofahrzeuge. Sie haben sechs Betriebsstunden pro Woche, sechs LKWs kleiner als 3,5 Tonnen und sie haben sieben Betriebsstunden pro Woche, also weniger als ein Tag. Vier Tage pro Woche sind sie nicht im Betrieb. Sechs Kommunalfahrzeuge mit neun Betriebsstunden pro Woche, sechs Traktoren mit acht Betriebsstunden pro Woche. Dann hat es noch neun Transporter. Dort sind die Betriebsstunden nicht ausgewiesen, sondern die Fahrzeugkilometer. Da ist die Begründung 1, dass diese Fahrzeuge hohe Betriebsstunden und gute Auslastung haben, für uns nicht nachvollziehbar und auch die Begründung 2, dass die Neuanschaffung betriebswirtschaftlich günstiger ist. Dann müsste man die Kosten kennen. Das sind Fixkosten. Versicherungskosten, Wartung und Unterhalt sind ausgewiesen. Aber die Kapitalkosten, Kapitalzinsen, Amortisation und Abschreibung sind für diese Position nicht bekannt. Das heisst, die Begründung, dass die Neuanschaffung betriebswirtschaftlich günstiger ist, ist nicht nachvollziehbar. Man weiss es einfach nicht. Deshalb haben wir in der Fraktion gesagt, man solle die Ersatzinvestitionen – eben noch einmal: Das ist nicht Wartung und Unterhalt – die Fr. 150'000.— im Jahr 2015 streichen. Wir haben auch diskutiert, was passiert, wenn ein Kehrtraktorfahrzeug ausfällt oder beide ausfallen. Das ist davon nicht betroffen. Sie werden von der Spezialfinanzierung finanziert. Wir haben auch diskutiert, ob man den Betrag um die Hälfte, um Fr. 75'000.—, kürzen soll. Aber für Fr. 75'000.— kann man keine Ersatzinvestitionen tätigen. Deshalb beantragen wir, die Kürzung der Ersatzinvestitionen von Fr. 150'000.— für das Jahr 2015 zu streichen.

Stadtrat Thomas Marbet: Ich erlaube mir, hier auch noch zu antworten, vielleicht etwas kürzer. Ich glaube, das Missverständnis, das hier zugrunde liegt, ist, dass Beatrice Betriebsstunden mit Einsatzzeit verwechselt. Betriebsstunden sind diejenigen Stunden, während denen ein Fahrzeug läuft, wo der Motor läuft, wo der Schlüssel gedreht ist. Das sind Betriebsstunden. Sie sind naturgemäss viel kleiner als die Einsatzstunden, weil am Morgen, wenn der Mitarbeiter des Werkhofs mit dem Fahrzeug hinaus geht, zum Beispiel mit

einem Elektrofahrzeug, geht er irgendwie in einen Park oder in ein Quartier und dann stellt er das Auto ab, weil er ja nachher die Kehrichteimer leeren, die Strassen reinigen, das Littering aufnehmen, das Erbrochene wegsputzen muss. Dafür braucht er auch Material. Er braucht Kehrichtsäcke, einen Besen, einen Schlauch. Das kann er ja nicht in die Hosentasche stecken. Das ist Einsatzzeit. Während des Einsatzes läuft das Fahrzeug nicht. Es wäre sinnlos, den Motor laufen zu lassen, Betriebsmittel zu verbrauchen. Das wollen wir ja nicht. Die Einsatzzeit all dieser Fahrzeuge ist natürlich wesentlich höher. Wenn jemand mit dem Elektrowagen hinaus geht, ist das Fahrzeug vielleicht eineinhalb Stunden in Betrieb. Eineinhalb Stunden ist vielleicht der Schlüssel gedreht. Das sind Betriebsstunden. Aber im Einsatz ist es während der ganzen Arbeitszeit, in welcher der Mitarbeiter unterwegs ist. Ich glaube, das ist eigentlich der Irrtum dieses Vorstosses. Betriebszeiten sind nicht Einsatzzeiten und diese Fahrzeuge stehen nicht für etwas anderes zur Verfügung, wenn der Mitarbeiter im Sälipark ist oder wenn ein anderer Mitarbeiter im Vögelgarten oder anderswo ist. Diese Fahrzeuge sind immer draussen. 85 % aller Fahrzeuge im Werkhof gehen jeden Tag hinaus. Deshalb ist es dort immer so leer, weil die Leute mit ihren Fahrzeugen in der Stadt arbeiten. 85 % der Fahrzeuge gehen jeden Tag hinaus. Nur an einem Tag sind nur fünf unterwegs. Das ist die Fasnacht. Dann werden nur die Strassen gereinigt. 85 % der Fahrzeuge sind immer unterwegs und von diesen 6,5 Millionen Anlagensumme, die wir heute haben, sind die Fr. 300'000.—, die man eigentlich pro Jahr investiert, alternierend auch Fr. 150'000.—, rund 5 %. Das heisst, wenn man dies eigentlich dividiert, kommt man auf eine Nutzungszeit von etwa 20 Jahren. Das zeigt, dass wir diese Fahrzeuge bis zum letzten Moment ausfahren. Ich habe hier eine Liste mit allen Fahrzeugen gemacht. Hier ist jeder Jahrgang drin. Es hat auch einen 1972er, einen 1979er. Ich glaube, Du bist etwas älter. Einen 1962er hat es auch drauf. Es hat bei diesen Fahrzeugen jeden Jahrgang drauf. Das zeigt, dass der Unterhalt sehr sparsam vorgenommen wird. Wir machen bei diesen Fahrzeugen nur Unterhalt, wenn es auch nötig ist, und das entscheidet immer der Werkhofchef. Wir machen es nicht nach Betriebshandbuch. So macht der Garagist Geld. Wir gehen nach dem Werkstattchef und er entscheidet, ob wir den Unterhalt machen müssen. Wir erneuern heute jährlich eigentlich zwischen 2,5 und 5 % der Anlagensumme. Das entspricht einer Betriebsdauer von Fr. 20'000.— bis Fr. 30'000.— und einer Kilometerleistung von ca. 10'000 Kilometern pro Jahr und zwar nur in der Stadt. Wer von Euch fährt ein Fahrzeug, das 20 Jahre oder länger im Einsatz ist? Ich möchte Euch bitten, an diesem Investitionsrhythmus festzuhalten. Er ist nötig, denn alte Fahrzeuge sind schnell defekt. Sie sind teuer in der Reparatur. Sie brauchen viele Betriebsmittel. Sie sind auf Schäden anfällig und sie sind auch nicht ökologisch. Wir machen bei den Fahrzeugen immer nur das Nötigste. Es werden nicht Fahrzeuge gekauft, weil wir einfach am Freitag gerne Fahrzeuge reinigen. Das ist nicht der Fall. Ich möchte Euch bitten, bei diesem ordentlichen Rhythmus zu bleiben. Danke.

Beschluss

Mit 24 : 12 Stimmen bei 12 Enthaltungen wird der Antrag auf Streichung der Fr. 150'000.— abgelehnt.

Beschlussesanträge

4. Steuerfuss natürliche Personen

Matthias Borner: Ich möchte nur kurz den Antrag stellen, dass man den Steuerfuss auf 105 % belässt.

Felix Wettstein: Ich habe keinen Antrag, aber einen Hinweis. Wir haben in den Beschlussesanträgen 4 und 5 die natürlichen Personen und ihren Steuerfuss, die juristischen Personen und ihren Steuerfuss ausgewiesen. Nirgends steht in den Beschlussesanträgen – damit man daran erinnert wird, muss man drei Seiten nach vorne blättern – dass es innerhalb der juristischen Personen oder innerhalb der Firmen zwei verschiedene Kategorien

gibt. Es gibt die Holding- und Domizilgesellschaften und sie haben einen Steuerfuss von sage und schreibe 50 %. Nicht 105, nicht 108, nicht 115, sondern 50 %. Das ist in den letzten Jahren immer aus unserer Aufmerksamkeit verschwunden. Wir haben 44 Holding- und Domizilgesellschaften in Olten, die nur gerade zu 50 % besteuert werden. Fast alle Gemeinden in der Region haben 100 %. Der Kanton Aargau, der gerne verglichen wird, weil wir so nahe liegen, hat im ganzen Kanton für alle juristischen Personen, inklusive Holding, einen gemeinsamen, einheitlichen Steuersatz. Es ist also kein Fluchtgrund. Wenn jemand wirklich fliegen möchte, kann er nach Welschenrohr gehen. Dort haben sie 30 %. Uns entgehen hier Steuereinnahmen, wo wir wahrscheinlich die meisten nach dem Empfinden gerecht finden würden, wenn alle juristischen Personen gleich veranlagt werden. Ich möchte hier daran erinnern. Wir können jetzt keinen Antrag machen. Es bräuchte eine Reglementsänderung. Die Parlamentsmehrheit wollte im Verlaufe dieses Jahres nicht, dass das Reglement geändert wird. Aber jetzt ist einfach der Moment, daran zu erinnern: 44 Firmen in Olten zahlen nur 50 Steuerprozent.

Urs Knapp: Felix, schaust Du uns als debil an? Wir kennen die Debatte. Wir haben aufgrund Deiner Vorstösse entschieden und es war eine ganz klare, gute Begründung des Stadtrates, weshalb der Holdingsteuersatz bei 50 % ist. Dann hat eine überwiegende Mehrheit im Parlament dies entschieden. Von daher ist es allen klar, dass es so ist.

Daniel Probst: Felix, ich kann Dich hier beruhigen. Mit der Unternehmenssteuerreform 3 wird dies ohnehin auch bald ändern. Dann werden solche Sonderbesteuerungen sowieso nicht mehr erlaubt sein. Ich glaube, von daher ist es gut, wenn wir dies jetzt auch so behalten, wie das Parlament entschieden hat und mit der Unternehmenssteuerreform 3 werden wir uns sowieso mit anderen Steuersätzen für alle juristischen Personen beschäftigen müssen.

Roland Rudolf von Rohr: Ich hätte gerne gewusst, wie das Abstimmungsprozedere ist. Es ist jetzt immerhin ein Antrag GPK, ein Antrag Stadtrat und ein Antrag von Matthias da.

Parlamentspräsident Marcel Steffen: Das Abstimmungsprozedere ist ganz einfach. Es geht der 105er zum 108er und der obsiegende geht zum 115er, weil der GPK-Antrag der erste ist, der eingegangen ist und der zweite ist jetzt der SVP-Antrag. SVP-Antrag gegen GPK und der obsiegende gegen den stadträtlichen. Ich werde jetzt die zwei genannten Steuerfüsse, den 105er und den 108er, gegenüberstellen.

SVP 105 %: 7 Stimmen
GPK 108 %: 35 Stimmen
7 Enthaltungen

GPK 108 %: 27 Stimmen
Stadtrat 115 %: 22 Stimmen

5. Steuerfuss juristische Personen

Matthias Borner: Im Namen der SVP stellen wir den Antrag, den Steuerfuss auf 105 % zu belassen.

Daniel Probst: Ich stelle keinen Antrag. Aber es ist mir wichtig, auch kurz ein paar Worte zum juristischen Steuerfuss zu sagen. Die juristischen Personen sind ja eigentlich hier nicht vertreten. Es sind nur die natürlichen Personen vertreten. Wir haben es vorher schon einmal gehört. Die juristischen Personen haben die Stadt Olten sehr, sehr lange Zeit finanziert. Es ist so, dass die Steuern für juristische Personen immer wichtiger werden, weil auch die Mobilität von Unternehmen, sowohl national wie international, zunimmt und auch als Standortfaktor wichtiger wird. Das bezeugt übrigens auch die kantonale

Wirtschaftsförderung, die selber auch Mittel hat, um Firmen steuerlich zu entlasten, wenn sie sich ansiedeln wollen. Wie ich es vorher auch schon einmal gesagt habe: Mit der Unternehmenssteuerreform 3 wird der Druck auf juristische Steuererträge noch zusätzlich zunehmen. Das heisst, dort müssen sich die Kantone und wahrscheinlich auch die Gemeinden ohnehin einmal bewegen, wenn man einigermaßen konkurrenzfähig bleiben möchte. Das heisst, wenn man jetzt mit den juristischen Steuererträgen zu hoch geht, wird man es später umso schmerzlicher spüren. Wenn man die Steuersätze jetzt interkantonal auch vergleicht, sind wir im Kanton Solothurn an viertletzter Stelle und sogar Bern, das ja oft als Steuerhölle bezeichnet wird, liegt vor uns. Sämtliche Nachbarkantone, zum Beispiel auch Jura, Baselland, Bern und Aargau, sind bei der Unternehmenssteuer besser klassiert als wir. Wir wissen, zum Beispiel Aargau liegt nicht weit weg. Wir haben zwei Nachbargemeinden, Rothrist und Aarburg, die direkt an Olten grenzen. Wenn man schaut, wie der Kanton in den letzten Jahren reagiert hat. Er hat ja auch ein grosses Defizit, 150 Millionen, das er decken muss. Interessant ist dort, dass er zwar die Steuersätze für die natürlichen Personen von 100 auf 102 % erhöht hat – wahrscheinlich geht es im nächsten Jahr leider auf 104 % – aber gleichzeitig die juristischen Personen bei 100 belassen hat. Wenn man vergleicht, wie wir da stehen, mit den Nachbargemeinden – auch das habe ich kurz angeschaut – von den beiden Aargauer habe ich bereits gesprochen. Ich habe noch die sieben solothurnischen Nachbargemeinden angeschaut. Wenn man dort die Steuersätze der juristischen Personen anschaut, liegen sie bei fünf Gemeinden deutlich tiefer, nämlich bei 92, 93, 99, 102 und 103 %. Der Unterschied zu den natürlichen Personen ist teilweise markant. Bei uns ist es erst seit rund zwei Jahren so, dass wir es gleich geschaltet haben. Vorher haben die juristischen Personen lange deutlich mehr gezahlt. Seit ein paar Jahren zahlen wir gleichviel und es wäre vielleicht auch einmal ein Zeichen für die Zukunft, wie es bei anderen Gemeinden und Kantonen üblich ist, auch bei unserem Kanton, die juristischen Personen tiefer zu besteuern. Dass dies in Zukunft möglich sein kann, hat der Stadtrat eigentlich schon gesagt. Vielleicht habt Ihr es zum Teil bei einem Geschäft, das wir heute behandelt haben, auch gesehen. Es steht nämlich beim Finanzplan jetzt im Gegensatz zu früher wie drin, dass der Steuersatz zwischen juristischen und natürlichen Personen um 10 % variieren kann. Das war vorher nicht so. Vorher stand der Grundsatz drin, dass es für beide gleich sein soll. Das ist schon einmal ein Anfang. Auch noch ein Beispiel aus der Nachbarschaft: Ihr habt vielleicht auch lesen können, dass Starrkirch-Wil die Steuern für die natürlichen Personen von 102 auf 118 % erhöht, sofern das Volk dort nachher zustimmt und bei den juristischen Personen bleibt man auf 102 %. Sie wissen, was Standortförderung ist. Sie wissen, was sie ihrer Wirtschaft auch zu verdanken haben. Noch ein letzter Punkt: Vielleicht müssen wir auch aus der Vergangenheit lernen. Wir haben ja schmerzlich erfahren müssen, was es heisst, von den juristischen Personen abhängig zu sein. Es ist halt so. Die juristischen Personen sind volatiler, was Steuererträge anbelangt. Das kann man einfach ändern. Wenn es schnell hinauf geht, eben 10 % im letzten Jahr, 10 % in diesem Jahr und dann vielleicht noch einmal 10 %, ist schnell etwas geändert. Eine Firma ist restrukturiert. Sie ändert vielleicht die Gesellschaftsform. Dann kommen vielleicht die Steuern gar nicht so, wie man sich dies erhofft. Deshalb möchte ich hier einfach dieses Votum los werden, vor allem für die Zukunft, heute sicher nicht höher als 108 % und in Zukunft würde ich Euch beliebt machen, dass wir dort dann auf diesem Niveau beharren, auch wenn es dann vielleicht einmal um weitere Steuererhöhungen gehen sollte.

Parlamentspräsident Marcel Steffen: Wir sind immer noch beim Beschlussesantrag, Punkt 5, juristische Personen. Ich würde es gleich machen wie vorher. Wir würden den 105er dem 108er und den obsiegenden dem 115er gegenüber stellen.

SVP 105 %: 15 Stimmen
GPK 108 %: 27 Stimmen
6 Enthaltungen

GPK 108: 29 Stimmen
Stadtrat 115: 20 Stimmen

6. Personalsteuer

GPK Fr. 30.—: 24 Stimmen
Stadtrat Fr. 50.—: 24 Stimmen
1 Enthaltung

Stichentscheid Präsident: Personalsteuer Fr. 50.—

Parlamentspräsident Marcel Steffen: Bevor es noch ganz spät wird, möchte ich einmal Urs Tanner fragen. Wir haben zwar hier vorne versucht zu rechnen. Wir sind darauf gekommen, dass es so rund 6 Millionen geben wird, die wir im Minus sind, wenn wir dies richtig gerechnet haben. Wir haben Fr. 230'000.— gespart und Fr. 46'000.— mehr ausgegeben. Aber es hat ja noch Faktoren drin, die unsicher sind. Ich möchte hier das Wort noch gerne dem Finanzverwalter geben.

Urs Tanner: Wir werden es noch genau rechnen müssen. Vor allem bei den Personalkosten ist es so, dass das, was man gespart hat, ja noch Sozialleistungen nach sich zieht. Dort kann man noch ca. 20 % darauf rechnen. Aber ich schätze einmal, dass wir etwa auf minus 5,9 Millionen kommen. Aber das werden wir noch genau nachliefern, wenn wir die genauen Sozialkosten noch kennen.

Parlamentspräsident **Marcel Steffen:** Das war ja ab und zu so, wenn wir hier am Budget herumbasteln, dass es nicht so ist, dass wir bei Beschlussesantrag 1 den genauen Betrag haben. Ihr habt die ungefähre Zahl gehört: 5,9 Millionen.

1. 23 : 21 Stimmen bei 5 Enthaltungen
2. 43 : 0 Stimmen bei 6 Enthaltungen
3. 44 : 0 Stimmen bei 5 Enthaltungen
7. 42 : 0 Stimmen bei 7 Enthaltungen
8. 42 : 0 Stimmen bei 7 Enthaltungen
9. 31 : 7 Stimmen bei 11 Enthaltungen
10. 10 Millionen: 38 : 2 Stimmen bei 9 Enthaltungen

Parlamentspräsident Marcel Steffen: Beschlussesantrag 10 würde gemäss GPK auch ändern. Das wären jetzt die 10 Millionen, die wir aufnehmen müssten und nicht die sechs, die drin sind.

Anita Huber: Wir stellen den Antrag auf ein kurzes Time-out, einen Sitzungsunterbruch.

Parlamentspräsident Marcel Steffen: Die Grünen wollen ohne Begründungsangabe einen Sitzungsunterbruch.

Daniel Probst: Ich möchte eine Begründung hören. Sonst sehe ich keinen Grund, dem zuzustimmen.

Anita Huber: Wir wollen uns zur Schlussabstimmung absprechen.

Parlamentspräsident Marcel Steffen: Die Grünen stellen einen Ordnungsantrag, dass sie die Sitzung unterbrechen wollen, den sie zur Schlussabstimmung noch machen wollen.

Urs Knapp: Wir beantragen, dass wir dem Sitzungsunterbruch nicht zustimmen. Ich glaube, es ist alles gesagt. Jede Fraktion konnte ja ihre Variante im Vorfeld machen und vielleicht werden wir so vor Mitternacht noch fertig.

Beschluss

Mit 30 : 19 Stimmen wird der Ordnungsantrag abgelehnt.

Gesamtbeschluss

Mit 23 : 19 Stimmen bei 7 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

I.

1. Der Voranschlag 2015 der Laufenden Rechnung mit einem Mehraufwand von ca. 5,9 Millionen Franken wird genehmigt.
2. Die Investitionsrechnung der Allgemeinen Verwaltung und der Spezialfinanzierung mit Nettoinvestitionen von Fr. 11'102'000 wird genehmigt.
3. Die Feuerwehersatzabgabe wird unverändert auf 9% der einfachen Staatssteuer festgelegt (Minimum Fr. 20.00, Maximum Fr. 400.00).
4. Der Steuerfuss für die natürlichen Personen wird auf 108% der einfachen Staatssteuertarife festgelegt.
5. Der Steuerfuss für die juristischen Personen wird auf 108% der einfachen Staatssteuertarife festgelegt.

6. Die Personalsteuer wird auf Fr. 50.00 festgelegt.
7. Das Budget der Regionalen Zivilschutzorganisation (RZSO) mit einem Aufwand und Ertrag von 562'200 Franken wird genehmigt.
8. Das Budget des Regionalen Führungsstabs Bevölkerungsschutz (RFSB) mit einem Aufwand und Ertrag von 38'900 Franken wird genehmigt.
9. Das Budget der Sozialregion Olten mit einem Aufwand und Ertrag von 39'447'700 Franken wird genehmigt.
10. Der Stadtrat wird ermächtigt, zur Deckung des gesamten neuen Fremdkapitalbedarfs (ohne Refinanzierungen, inkl. Kapitalvermittlungen sbo, Pensionskasse) maximal 10 Millionen Franken aufzunehmen.

II.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

Mitteilung an:
Alle Direktionen
Finanzverwaltung/Urs Tanner
Kanzleiakte

Verteilt am:

Parlamentspräsident Marcel Steffen: Die Parlamentssitzung findet ebenfalls um 18.15 Uhr statt. Die Einladung ist unterwegs. Danke vielmals und schönen Abend.

Der Parlamentspräsident:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidenten innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.